

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und



Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 102.

Freitag, den 21. December 1894.

Jahrgang III.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.
" " mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr.
Einzelnegemplare à 10 fr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzung des Gemeinderathes.

Freitag, den 28. December 1894, 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **18. December 1894** unter dem Voritze des Bürgermeisters Dr. Raimund Gröbl.

Bürgermeister Dr. Gröbl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung wegen Unwohlseins, ebenso die Herren Gem.-Räthe Lechner und Adam.

2. Herr Gem.-Rath Rückauf hat um eine Verlängerung seinesurlaubes um acht Tage wegen Unwohlseins angefragt.

Dieser Urlaub wurde ertheilt.

3. Herr Nikolaus Dumba hat anlässlich des Hinscheidens seines Bruders, des Herrn Michael Dumba, zur Vertheilung an Arme in Wien nach meinem Ermessen einen Betrag von 5000 fl. gespendet. (Beifall.)

4. Die Imperial-Continental-Gas-Association hat anlässlich der Weihnachten zur Vertheilung an die Armen der neunzehn Bezirke Wiens 3000 Meter-Centner Coaks gespendet.

5. Herr Leopold Gasser, k. k. Hof-Waffenfabrikant, hat anlässlich der Verleihung des Franz Josef-Ordens 100 fl. für die Armen des XVI. Bezirkes gespendet.

6. Herr Fried. Suez hat zur Weihnachtsbetheiligung armer Schulkinder im XIV. Bezirke 60 fl. gespendet.

7. Die k. k. geologische Reichsanstalt hat zwei Exemplare der geologischen Specialkarte der Umgebung von Wien für das Präsidialbureau und die Stadtbibliothek zum Geschenke gemacht.

Den Spendern wird der Dank ausgesprochen.

Ich bitte um Mittheilung des Einlaufes:

Schriftführer Gem.-Rath Kaiser (liest):

8. Antrag des Gem.-Rathes Winter und Genossen:

In Erwägung, dass bei allen Schulen Wiens in den anliegenden Straßentheilen geräuschloses Pflaster gelegt wurde;
in fernerer Erwägung, dass bei den Schulen im unteren Theile von Fünfhaus daselbe bereits gelegt worden ist;
da weiters durch eine einseitige Behandlung der obere Theil des XV. Bezirkes ungerechtfertigterweise tiefmütterlich behandelt werden würde, und es endlich der sehnlichste Wunsch und das dringendste Bedürfnis der Bevölkerung und der Lehrerschaft ist, dass auch bei den Schulen in dem oberen Theile von Fünfhaus geräuschloses Pflaster gelegt werde, so stellen die Gefeierten folgenden Dringlichkeits-Antrag:

Der löbliche Gemeinderath möge beschließen, dass bei der Mädchen-Bürgerschule XV., Zinkgasse, und bei den beiden Volksschulen XV., Hackengasse 11 und 13, geräuschloses Pflaster gelegt, und dass der hiezu nöthige Betrag in das Budget pro 1895 gestellt werde.

Bürgermeister: Zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Kaiser (liest):

9. Antrag des Gem.-Rathes Winter und Genossen:

Da die Wiener Tramway-Gesellschaft bei ihrer Linie auf der Kaiserstraße bei allen Durchläufen mit Ausnahme der Seidengasse als Verbindung zwischen dem VII. und XV. Bezirke Haltestellen errichtet hat, so stellen die Gefeierten mit Hinblick auf den großen Verkehr in obgenannter Straße folgenden Dringlichkeits-Antrag:

Der löbliche Gemeinderath möge beschließen, der Herr Bürgermeister werde ersucht, das Nöthige zu veranlassen, dass die Wiener Tramway-Gesellschaft bei der Seidengasse eine Haltestelle errichte, damit dem gerechten Bedürfnisse der umwohnenden Bewohner des VII. und XV. Bezirkes genügegeleistet wird.

Bürgermeister: Zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Kaiser (liest):

10. Antrag des Gem.-Rathes Mareš und Genossen:

Schon im Vorjahre wurde ich von den Hausbesitzern und Geschäftsleuten der Friedmannsgasse im XVI. Bezirke mit Bitten beauftragt, mich für

die baldige Pflasterung dieser Gasse zu verwenden. Ich hielt einerseits andere Pflasterungen im Bezirke für noch dringender, wollte aber andererseits auch nicht Veranlassung zu Schwierigkeiten in der Budgetierung bieten, weshalb ich den Interessenten nahelegte, ihre Wünsche auf gelegener Zeit zu vertagen.

Nun hat sich aber infolge Durchbruches der Florianigasse, insbesondere aber seit Beginn des Breitenfelds Kirchenbaues, der Passanten- und Wagenverkehr durch die Friedmannsgasse mindestens verdreifacht, und diese Gasse ist leider in so schlechtem Zustande, daß der Mangel einer gepflasterten Fahrbahn besonders bei nasser Witterung umso fühlbarer wird. Infolge dessen werde ich neuerdings brieflich und mündlich immer wieder in dieser Angelegenheit urgirt, und ich stelle daher hiemit den Antrag:

Es sei die Pflasterung der Friedmannsgasse im XVI. Bezirke in Angriff zu nehmen und ein entsprechender Betrag hiezu in den Jahresvoranschlag pro 1895 einzustellen, damit im Laufe des Jahres 1895 wenigstens der obere Theil dieser Gasse vom Austria-brunnen bis zur Reinhartsgasse, dessen Pflasterung am dringendsten geboten erscheint, gegebenenfalls mit alten Granitwürfeln gepflastert werden kann.

Bürgermeister: Zur geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung.

Schriftführer Gem.-Rath Kaiser (liest):

11. Antrag des Gem.-Rathes Jedlicka:

Die Termine, in welchen in Wien der Mietzins bezahlt wird und in welchen die Wohnungen und Geschäftslocale bezogen und geräumt werden, sind in zweierlei Arten eingetheilt. In der inneren Stadt, wo die meisten Wohnungen nur im Mai und November bezogen und geräumt werden, wird die Wohnungsmiete in zwei Semester getheilt, und zwar vom 1. Mai bis 1. November und vom 1. November bis wieder zum 1. Mai des künftigen Jahres.

In den äußeren Bezirken wird die Wohnungsmiete meistens in Quartale getheilt, und zwar erster Zinstermin am 1. Februar, zweiter Zinstermin 1. Mai, dritter Zinstermin 1. August und vierter Zinstermin am 1. November, ebenso werden die Wohnungen und Geschäftslocale nach diesem Modus bezogen und geräumt.

Die Hauszinssteuerquartale halten wohl mit dieser Einteilung gleichen Schritt, anders ist es jedoch bei der Einkommensteuer und anders bei der Einhebung von Erwerbsteuern.

Die Einkommensteuer wird in Quartale getheilt, welche den Quartalen, in welchen der Zins gezahlt wird und daher die Wohnungen und Geschäftslocale bezogen und geräumt werden, sehr nahe steht und daher die Differenzen der Steuer nicht so groß sind, obzwar auch hier eine andere Einteilung dringend geboten erscheint.

Die Erwerbsteuer jedoch wird auf eine Art eingehoben, welche geradezu unbegreiflich ist.

Infolge der verschiedenen Einteilung in der Einhebung der Erwerbsteuer sammt Zuschlägen, welche in zwei Semester eingetheilt ist, und zwar im ersten Semester vom 1. Jänner bis letzten Juni und im zweiten Semester vom 1. Juli bis letzten December, und infolge der Einteilung der Mietzinsquartale muß jeder Geschäftsmann bei der Anmeldung, respective bei der Eröffnung und bei der Abmeldung oder Schließung seines Geschäftes für ein halbes Jahr Erwerbsteuer sammt Zuschlägen bezahlen, in welchem halben Jahre er das Geschäft gar nicht ausgeübt hatte. Zum Beispiel: Bezieht jemand ein Geschäftslocale im Mai, muß er den ganzen ersten Semester Erwerbsteuer sammt Zuschlägen bezahlen und kann das Geschäft nur circa anderthalb Monate ausüben; gibt er dasselbe im November auf, so muß er das ganze Jahr Erwerbsteuer bezahlen und übt das Geschäft nur 10½ Monate aus.

In den Stadttheilen, wo eine vierteljährliche Kündigung eingeführt ist, ist es dasselbe, nur daß es einerseits für den Geschäftsmann günstiger, dagegen andererseits noch ungünstiger aussieht als in den Bezirken, wo eine halbjährliche Kündigung usuell ist.

Bezieht einer zum Beispiel zum Augusttermin ein Geschäftslocal und räumt es zum Wintertermin, so zahlt er für drei Monate Erwerbsteuer sammt Zuschlägen, ohne daß er das Gewerbe ausgeübt hat; meldet er aber umgekehrt das Gewerbe an, zum Beispiel im November, und gibt das Gewerbe, wenn auch erst in einigen Jahren, im Februar auf, so zahlt er für volle neun Monate diese Abgaben, ohne das Geschäft ausgeübt zu haben; kurz, der Geschäftsmann zahlt, ob er es so oder so macht, in jedem Falle für ein halbes Jahr Erwerbsteuer sammt Zuschlägen unberechtigt, ob er das Geschäft lange behält oder ob er es in kurzer Zeit aufgibt.

Diese Steuern, welche von den Geschäftsleuten unberechtigt eingehoben werden, machen, wenn man die Gesamtleistung der Wiener Geschäftsleute an Erwerbsteuer sammt Zuschlägen vom Jahre 1892 im Betrage von 5.615.690 fl. als Maßstab nimmt und wenn man die Dauer eines Geschäftsbestandes im Durchschnitt mit zehn Jahren berechnet, jährlich die nette Summe von 280.784 fl. aus, wahrhaft eine Ziffer, die Beachtung verdient.

In Anbetracht des obangeführten und des weiteren Umstandes, daß der Mittelstand ohnehin mit allen erdenklichen Lasten bedacht erscheint, deren Er-schwingung ihn geradezu erdrückend trifft, stelle ich folgenden Antrag:

Der Gemeinderath beschließe: Der Herr Bürgermeister wird beauftragt, alles Nöthige zu veranlassen, daß die Zinsquartale

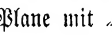
mit den Erwerbsteuersestern zusammenfallen, damit nach der Regelung dieses unrichtigen Verhältnisses der Steuerzahler nicht gezwungen werde, unberechtigte Steuern zahlen zu müssen.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Wir kommen zur Tagesordnung.

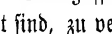
12. (9520.) Referent Gem.-Rath Josef Müller: Ich habe die Ehre, Bericht zu erstatten über den Stadtraths-Antrag, welcher die Baulinienbestimmung für die Langacker- und Sandgasse, ehemalige Rußdorfer- und Johannesgasse in Grinzing im XIX. Bezirke betrifft. Der Gemeinderath hat bereits in seiner Sitzung vom 17. April 1894 in diesem Theile eine Baulinie bestimmt, und zwar in der Langackergasse in der Ausdehnung, wie sie in dem Plane unter den Buchstaben D E F zu sehen ist; in der Sandgasse nach den Buchstaben A B C. Der übrige Theil ist in suspenso geblieben, und zwar deshalb, weil der General-Regulierungsplan in dieser Hinsicht Aufschluß und nähere Details geben sollte. Nun ist der Eigentümer der Parcellen 437 bittlich eingeschritten, man möge die Baulinie für diesen Theil bestimmen. Das ist jene Parcellen, welche unmittelbar anstoßt an die, für welche der Gemeinderath die Baulinie genehmigt hat. Es handelt sich heute nur um die Verlängerung der bereits genehmigten Baulinie, welche gleichlautend ist mit der Baulinie, welche seinerzeit vom Ministerium bestimmt worden ist, und zwar soll die Baulinie verlängert werden bis zu den Buchstaben C B in der Sandgasse und von F nach G und H in der Langackergasse. Es soll auch dieselbe Bedingung bezüglich der Vorgärten plaggreifen, welche seinerzeit vom Gemeinderathe genehmigt worden ist. Diese sollen in der Langackergasse mit einer Tiefe von 4 m, und in der Sandgasse mit 5 m festgesetzt werden. Es soll auch hier die Verbauungsart nach § 82 der Bauordnung erfolgen, das heißt in einzelnstehenden gruppierten Häusern. Ich ersuche daher um die Annahme des Ihnen gestellten Antrages. Derselbe lautet (liest):

„Es seien:

1. die bereits vom Gemeinderathe mit Beschluß vom 17. April 1894 genehmigten Baulinien für die Langackergasse (ehemals Rußdorferstraße) und die Sandgasse (früher Johannesgasse) nach den seinerzeit ministeriell bestimmten Linien F G H in der Langacker- und C C' in der Sandgasse, welche im Plane mit  eingezeichnet sind, zu verlängern und die bestimmten Vorgartenbreiten mit 4 m, beziehungsweise 5 m auch für diese Strecken vorzuschreiben;

2. die Verbauung habe nach § 82 der Wiener Bauordnung in der mit Gemeinderaths-Beschluß vom 17. April 1894 ad M.-B. 44434 für die übrigen Theile dieser Straßen bestimmten Weise zu erfolgen.“

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Beschluß: 1. Die bereits vom Gemeinderathe mit Beschluß vom 17. April 1894 genehmigten Baulinien für die Langackergasse (ehemals Rußdorferstraße) und die Sandgasse (früher Johannesgasse) sind nach den seinerzeit ministeriell bestimmten Linien F G H in der Langacker- und C C' in der Sandgasse, welche im Plane mit  eingezeichnet sind, zu verlängern und die bestimmten Vorgartenbreiten mit 4 m, beziehungsweise 5 m auch für diese Strecken vorzuschreiben.

2. Die Verbauung hat nach § 82 W.-B.-O. in der mit Gemeinderaths-Beschluß vom 17. April 1894 ad M.-Z. 44434 für die übrigen Theile dieser Straßen bestimmten Weise zu erfolgen.

13. (9361.) Referent Gem.-Rath v. Götz: Es betrifft das Baulinienproject für die Rosenthalgasse in Hütteldorf. Diese Baulinie wurde für einen Theil der Gasse bereits im Jahre 1894 bestimmt, und es soll im beiderseitigen Anschlusse, wie aus der Skizze zu ersehen ist, die Baulinie für die weiteren Strecken bei Annahme von 12 m Straßenbreite und beiderseitigen 4 m breiten Vorgärten nach den Baulinien A B E F, G H und C D, I K L M bestimmt werden.

Nachdem die Rosenthalgasse eine secundäre Straße mit geringem Fuhrwerksverkehr ist, wird vom Bauamte diese Linie vorgeschlagen und beantragt, den serpentinartigen Charakter beizubehalten. Der Stadtrath empfiehlt Ihnen daher folgenden Antrag (liest):

„Es werden die Baulinien für die Rosenthalgasse im XIII. Bezirke in der Strecke von der Dehnegasse bis zur Zufahrtsstraße zum Limpach'schen Steinbruche nach den im Baulinienplane eingezeichneten Linien A B E F, G H und C D, I K L M bei einer Straßenbreite von 12 m und unter Herstellung von beiderseits 4 m breiten Vorgärten bestimmt.“

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — *Angenommen.*

Beschluß: Es werden die Baulinien für die Rosenthalgasse im XIII. Bezirke in der Strecke von der Dehnegasse bis zur Zufahrtsstraße zum Limpach'schen Steinbruche nach den im Baulinienplane eingezeichneten Linien A B E F, G H und C D, I K L M bei einer Straßenbreite von 12 m und unter Herstellung von beiderseits 4 m breiten Vorgärten bestimmt.

14. (9480.) Referent Gem.-Rath v. Götz: Es handelt sich um die Herstellung eines Klinkertrottoirs vor der Kirche und dem Pfarrhofe in der Linzerstraße im XIII. Bezirke. Vom Gemeinderathe wurde für Neupflasterungen im XIII. Bezirke im Budget pro 1894 ein Betrag von 5000 fl. vorgesehen. Es hat sich nun bei den vielen dringenden Pflasterungen herausgestellt, daß es nothwendig ist, auch die Herstellung eines Klinkertrottoirs vor der Kirche und dem Pfarrhofe in Hütteldorf vorzunehmen, und nachdem der Betrag von 5000 fl. nicht ausreicht, wird vom Stadtrathe die Bewilligung eines Zuschusses in der Höhe des unbedeckten Theilerfordernisses von 776 fl. 87 kr. zur Rubrik XII 1 b zur Herstellung von Klinkertrottoirs vor der Kirche und dem Pfarrhofe in der Linzerstraße im XIII. Bezirke beantragt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — *Angenommen.*

Beschluß: Behufs Herstellung eines Klinkertrottoirs vor der Kirche und dem Pfarrhofe in der Linzerstraße (Hütteldorf) im XIII. Bezirke wird ein Zuschusscredit in der Höhe des unbedeckten Theilerfordernisses von 776 fl. 87 kr. zur Rubrik XXII b genehmigt.

15. (9124.) Referent Gem.-Rath Schneiderhan: Ich habe die Ehre, zu berichten. Es handelt sich um die Herstellung eines Schöpfwerkes an der Preßburger Reichstraße im XI. Bezirke zur Beprißung der zum Friedhofe führenden Straßen.

Vom Gemeinderathe wurde im Vorjahre diese Beprißung bewilligt, sie konnte aber nicht durchgeführt werden, weil die Wasserbeschaffung unmöglich war. Das Bauamt hat nun ein Project

vorgeschlagen, nach welchem ein Brunnen mit einer Pumpanlage und einem Maschinenhause mit zwei Reservoirs hergestellt und zum Betriebe eine Maschine von vier Pferdekraften aufgestellt werden soll. Die Kosten betragen 10.300 fl. Der Stadtrath schlägt vor, das Project und die Kosten zu genehmigen.

Gem.-Rath Wirtl: Im Budget ist dies eingestellt?

Referent: Ja!

Bürgermeister: Keine Einwendung? — *Angenommen.*

Beschluß: Das Project für die Errichtung eines Schöpfwerkes an der Preßburger Reichstraße im XI. Bezirke wird mit dem Kostenbeirage von 10.300 fl. genehmigt. Für die Bedeckung dieses Betrages ist im Budget pro 1895 Vorsoorge zu treffen.

16. (8907.) Referent Gem.-Rath Dr. Lederer: Es hat die Budget-Commission im heurigen Jahre beantragt, es sei außer den zu schaffenden gemeinderäthlichen Commissionen auch eine Gartenüberwachungs-Commission einzusetzen. Der Stadtrath hat auch diesen Gegenstand der Berathung unterzogen und ist zur Ansicht gekommen, daß in gleicher Weise, wie ich leghin bemerkte, auf Grund des § 47 G.-St. allerdings auch eine solche Commission eingesetzt werden könnte, mit jenen Beschränkungen, die aber der § 47 überhaupt für solche gemeinderäthliche Commissionen normiert. Es wird daher beantragt, zur Prüfung der Geschäftsführung in Gartenangelegenheiten nach § 47 G.-St. eine Commission aus fünf Mitglidern einzusetzen.

Ich bitte, diesem Antrage Ihre Zustimmung zu ertheilen.

Gem.-Rath Seidler: Ich wollte schon das leghmal, als der geehrte Herr Berichterstatter hier wegen Zusammenfassung einer Commission für Humanitätsanstalten seinen Vortrag erstattete, auf einen Antrag zurückkommen, der in derselben Angelegenheit von jener Budget-Commission hier im Gemeinderathe vorgeschlagen wurde, die den ersten Voranschlag für das erweiterte Wien zu prüfen hatte. Es hat nämlich damals die Budget-Commission den Antrag gestellt, es möge zur Überprüfung der Geschäfte des Lagerhauses, ganz so wie es bereits für die Humanitätsanstalten und Gartenanlagen geschieht, im Sinne des § 47 der Gemeinde-Ordnung eine Commission ernannt werden. Dieser Antrag der Budget-Commission wurde dem Stadtrathe zur Vorberathung übergeben und, wie ich vor einiger Zeit gelesen habe, hat der Stadtrath in seinem Wirkungskreise diesen Antrag abgelehnt. Ich glaube, der Herr Berichterstatter war Gem.-Rath Boschan. Es ist schon einige Jahre her, daß dies vorgefallen ist. Ich hätte bereits in der letzten Sitzung darüber gesprochen, das Haus war aber schon so leer, daß ich auf irgendwelche Aufmerksamkeit nicht rechnen konnte.

Ich glaube, es geht nicht an, daß im Gemeinderathe gestellte Anträge, welche im Stadtrathe vorgetragen werden, wenn sie auch dort negativ erledigt werden, im Gemeinderathe nicht zur Verhandlung kommen. Ich erlaube mir, diese Sache heute zu berühren, weil der frühere Herr Bürgermeister der Ansicht war, daß solche Anträge, wenn sie im Stadtrathe erledigt werden, im Gemeinderathe überhaupt gar nicht mehr zur Berichterstattung kommen. Das liegt, glaube ich, nicht im Sinne des Statutes. Denn wir bringen die Anträge im Gemeinderathe nicht zu dem Zwecke ein, daß sie im Stadtrathe positiv oder negativ entschieden werden, sondern wir bringen sie deswegen ein, damit sie nach der Vorberathung im Stadtrathe hier im Gemeinderathe berathen werden und darüber referiert werde. Ich möchte mir daher an den Herrn Bürgermeister die Bitte erlauben, er möge sobald als möglich den

betreffenden Beschlufs des Stadtrathes, betreffend die Ablehnung des Antrages der Budget-Commission, dem Gemeinderathe zur Berathung und Beschlußfassung vorlegen.

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, darauf Folgendes zu bemerken:

Zwischen dem Antrage, von dem der Herr Vorredner gesprochen hat, und dem, den er heute formuliert hat, ist ein großer Unterschied. Seinerzeit wurde der Antrag gestellt, es sei zur Führung der Geschäfte des Lagerhauses eine Commission zu wählen, und dieser Antrag ist eben statutenwidrig. Der Antrag, welchen der Herr Vorredner heute formuliert hat, ist unter § 47 zu subsumieren, und wenn der Herr Redner heute diesen Antrag stellt, ist kein Anstand, daß dieser Antrag dem Stadtrathe zur geschäftsordnungs-mäßigen Behandlung überwiesen wird, und ich zweifle nicht, daß der Stadtrath diesem Antrage auch Folge geben wird und daß dann der Gegenstand auf die Tagesordnung des Plenums gesetzt werden kann. Ich glaube, es läßt sich auf diese Weise der Gegenstand vollkommen leicht und in positiver Weise erledigen.

Gem.-Rath Seidler: Ich bitte, ich nehme dankend zur Kenntniß, daß der Herr Bürgermeister den Weg vorschlägt, auf welchem wir zum Resultate kommen; denn wir wollen gerade über die Lagerhaus-Angelegenheiten möglichst ebenso informiert sein wie über die anderen Anstalten.

Damit aber, was der Herr Bürgermeister gesagt hat, ist dasjenige, was ich gemeint habe, nicht erledigt. Denn ich glaube, daß, wenn der Beschlufs, den die damalige Budget-Commission gefaßt hat, statutenwidrig wäre, der damalige Vorsitzende nicht gesagt hätte, wir werden den Antrag dem Stadtrathe zuweisen, wie das gewöhnlich der Fall ist, sondern er hätte gesagt: „Dieser Antrag ist statutenwidrig, er kann sonach gar nicht der Berathung unterzogen werden.“

Ich glaube daher, daß, was der Herr Bürgermeister jetzt gesagt hat, nicht die Beantwortung jener Frage ist, die ich an ihn gestellt habe; ich glaube, der Antrag, den die Budget-Commission damals gestellt hat, war ein solcher, der im Rahmen des Statutes gelegen war; der Stadtrath hat ja auch darüber berathen, und zwar — ich weiß mich jetzt daran zu erinnern — über Antrag des St.-R. Boschan, der die Ablehnung beantragt hat. Wenn der Stadtrath die Ablehnung beantragt hätte deswegen, weil der Antrag, den die Budget-Commission gestellt hat, statutenwidrig war, so wäre das in dem Amtsblatte notiert gewesen. Das ist aber nicht der Fall gewesen. Der Antrag ist ganz einfach im Stadtrathe abgelehnt worden, wie andere Anträge, die hier gestellt wurden, im Stadtrathe abgelehnt werden, und ich möchte doch glauben, daß die Ansicht nicht richtig ist, daß ein Antrag, der im Gemeinderathe gestellt wurde, nicht im Gemeinderathe zur Discussion und Beschlußfassung kommt. Das ist eine principielle Sache. Ich glaube, wir können uns durch den guten Willen, den der Herr Bürgermeister jetzt und bei jeder Gelegenheit befundet, nicht über die Sache selbst hinwegsetzen. Über jeden Antrag, der im Gemeinderathe gestellt und im Stadtrathe vorberathen wird, soll hier im Gemeinderathe beschloffen werden. Meine Herren, wenn wir nicht auf diesem Standpunkte beharren, so können wir bei einem anderen Bürgermeister so wie bei dem früheren Bürgermeister vielleicht dazu kommen, daß wir unsere Anträge hier nur deswegen stellen, damit sie im Stadtrathe überhaupt berathen und, wenn überhaupt berathen, abgelehnt werden

und dann hier nicht mehr zur Berathung kommen. Meine Herren, die Sache ist nicht so einfach, und deswegen habe ich erst heute Gelegenheit genommen, darüber zu sprechen, weil ich gewußt habe, daß in der letzten Sitzung der Anlaß dazu nicht war, weil das Haus bereits leer gewesen ist. Meine Herren! Ich bitte Sie, sich auf diesen Standpunkt zu stellen, sonst ist die Macht und der Einfluß des Gemeinderathes minim.

Bürgermeister: Ich habe nur eine Bemerkung zu machen, nämlich die, daß die Competenz des Gemeinderathes durch § 52 in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise festgesetzt ist. In diesem Paragraphen ist genau bestimmt, was in die Competenz des Gemeinderathes gehört und au contraire läßt sich schließen, was vom Stadtrathe erledigt werden kann.

Es hat sich niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlußwort.

Referent (zum Schlußworte): Ich möchte in meinem Schlußworte auf den Unterschied aufmerksam machen, den ich übrigens bereits im Referate hervorgehoben habe, der nämlich zwischen dem Antrage der Budget-Commission und dem des Stadtrathes besteht. Die Budget-Commission hat sich damals in dem Irrthume befunden, daß der Gemeinderath gewisse ständige Commissionen einsetzen könnte, welche die Verwaltung gewisser Geschäftszweige ständig überwachen könnten. Der Stadtrath hat aber nicht nur heute, sondern bei verschiedenen anderen Gelegenheiten betont, daß nach § 47 des Gemeindestatutes die Einsetzung solcher ständiger Commissionen nicht zulässig ist, daß es aber allerdings dem Gemeinderathe jederzeit freisteht, bezüglich jeden einzelnen Zweiges der Verwaltung eine Commission einzusetzen, die diesen Verwaltungszweig zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten hat. Aber die Aufgabe dieser Commission erlischt in dem Augenblicke, als sie diese Prüfung durchgeführt hat.

Es steht also dem Gemeinderathe frei, jederzeit, sobald es ihm nothwendig erscheint, über denselben Geschäftszweig wieder eine Commission einzusetzen. Das ist der wesentliche Unterschied zwischen dem, was eigentlich der Herr Vorredner bemerkt hat, und dem, was jetzt im Antrage des Stadtrathes gelegen ist. Der Stadtrath beruft sich darum in dem Antrage ausdrücklich auf den § 47 des Statutes, wo es heißt (liest):

„Infolge des der Gemeinde zustehenden Rechtes der Oberaufsicht ist der Gemeinderath befugt, die Geschäftsführung aller Gemeindeämter und Gemeindegewerke in Angelegenheiten des selbständigen Wirkungskreises zu untersuchen, beziehungsweise untersuchen zu lassen, die Vorlage aller einschlägigen Acten, Urkunden, Rechnungen, Schriftstücke und Berichte zu verlangen und sich in einzelnen Fällen von besonderer Wichtigkeit die Genehmigung vorzubehalten.“

Also dem Gemeinderathe steht diese Prüfung jederzeit frei, aber eben nur diese einmalige Prüfung. Die fortlaufende Überwachung durch eine Commission — das ist auch nie von irgend-einer Seite behauptet worden — steht dem Gemeinderathe nicht zu. Dieser Antrag war damals in diesem Sinne gemeint und mußte darum vom Stadtrathe abgelehnt werden. Ich bitte nunmehr dem Antrage in der Fassung, wie er vorliegt, freundlichst Ihre Zustimmung zu ertheilen.

Bürgermeister: Gegen den Referenten-Antrag ist eine Einwendung nicht erhoben worden. Ich erkläre denselben für angenommen.

Der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Geitler geht an den Stadtrath zur Vorberathung. Ist die Versammlung damit einverstanden? (Zustimmung.) **Angenommen.**

Beschluß: Zur Prüfung der Geschäftsführung in Gartenangelegenheiten ist nach § 47 des Gemeindestatutes eine Commission aus fünf Mitgliedern zu wählen.

17. (1359.) Referent Gem.-Rath Ritt. v. Neumann: Beilage Nr. 124. Es handelt sich hier um den Antrag des Stadtrathes, betreffend einen Theil der Trace der Gürtelstraße, und zwar im XI. beziehungsweise im X. Bezirke, abzuändern. Das Referat wurde bereits einmal erstattet, die Debatte aber unterbrochen. Ich erlaube mir, in Kürze den Sachverhalt zu wiederholen. Die verehrten Herren sehen auf dem Plane — Beilage Nr. 124 — daß die Gürtelstraße von der Simmeringer Hauptstraße gegen den Donaukanal längs des Central-Viehmarktes projectiert erscheint. Nach dem X. Bezirke wird die Trace parallel zum Arsenal gelegt. In dem vom Ministerium genehmigten Plane findet sich nun die Verbindung des einen Stranges, welcher parallel zu dem Viehmarke gelegt erscheint, mit jenem, welcher parallel zum Arsenal gelegt ist, in schiefwinkliger Weise projectiert, die Herren sehen auf dem Plane dies in schraffierten Linien angegeben. Die schiefwinkliger Verbindung dieser beiden Äste hat gewisse Nachtheile. Es wird dadurch eine schiefe Traversierung der Aspangbahn und des Wiener-Neustädter Canales hervorgerufen. Es gibt Constructionsschwierigkeiten. Es entstehen an der Simmeringer Hauptstraße spitzwinkliger Baublöcke, welche sich nur ungünstig verbauen lassen. Und es war daher der Stadtrath der Ansicht, es habe hier eine Abänderung platzzugreifen. Es wurde das Stadtbauamt beauftragt, einen Vorschlag hierüber zu erstatten; dieser Vorschlag ist auch auf dem Plane ersichtlich gemacht. Der Vorschlag des Stadtbauamtes gieng dahin, die beiden Stränge unmittelbar aneinanderstoßen zu lassen. Die Herren sehen dies auf dem Plane mit punktierten Linien eingezeichnet. Es würde dadurch eine rechtwinkliger Verbindung geschaffen, welche der Tendenz der Gürtelstraße wohl kaum entspricht; denn eine Gürtelstraße soll in sich eine gewisse ununterbrochene Circulation zulassen, und das rechtwinkliger Aufeinanderprallen zweier Straßenäste in einer Gürtelstraße ist indes nicht zweckmäßig, es ist aber auch nicht schön und verkehrstechnisch ungünstig.

Dieses Project wurde nun allerdings einer commissionellen Verhandlung unterzogen. Bei dieser Commission haben sich die Vertretungen der Bahn, des Canales und der Gemeinde — welche durch den III. und XI. Bezirk vertreten war — für das Project des Stadtbauamtes ausgesprochen, und als Motiv für diese Zusage wurde, wie ganz richtig, ausgeführt, daß es sich empfehle, eine möglichst rechtwinkliger Übersehung der Simmeringerstraße, der Eisenbahn und des Canales anzustreben. Der Stadtrath war nun der Ansicht, daß diesem Gedanken Rechnung zu tragen sei, daß aber statt der unmittelbaren Verbindung dieser beiden Stränge eine Curve eingeschaltet werden soll. Dieser Vorschlag, mit einer Curve die Verbindung der beiden Stränge durchzuführen, ist aus dem Regulierungsplane des Baudirectors Stübgen entnommen; ein solcher Vorschlag ist auch enthalten im Projecte des Architekten Baumann. Durch die Einführung einer solchen Curve wird eine sehr zweckmäßige und ästhetisch günstige Verbindung geschaffen, es wird die Continuität der Straße aufrecht erhalten.

Diese Curve weicht nicht viel ab von den vom Ministerium bestimmten Linien, ist aber gewiß wesentlich vorzuziehen. Es wird

dadurch auch erreicht, daß die Staatsbahn und der Canal möglichst senkrecht traversiert werden.

Der Stadtrath hat nun geglaubt, diesem Vorschlage, Brechungen in der Gürtelstraße mittels Curven zu lösen, auch auf jenen Punkt im Zuge der Gürtelstraße von der Simmeringer Hauptstraße zum Donaukanale anwenden zu sollen und bei Punkt E' daher ebenfalls eine Curve einzuschalten.

Es wird demnach beantragt, die Gürtelstraße in den Verbindungsstrecken abzuändern.

Der Antrag lautet (liest):

„Es seien die ministeriell genehmigten Baulinien der Gürtelstraße im XI. Bezirke dahin abzuändern, daß an den Bruchpunkten die Kreislinien A A' B — C C' D einerseits und E E' F — G G' H andererseits einzuschalten sind.“

Gem.-Rath Trambauer: Meine Herren! Ich werde nicht gegen die projectierte Abänderung der Baulinien der Gürtelstraße sprechen, möchte mir aber erlauben anzuregen, daß auch die Baulinien für die Gürtelstraße vom Arsenele bis zum Margarethner Gürtel bestimmt werde. Dort ist eigentlich bis heute noch gar nichts geschehen. Es wäre von außerordentlicher Wichtigkeit, wenn die Baulinie in dieser Strecke bestimmt werden würde. Der X. und XI. Bezirk hat von der Stadtbahn nichts zu erwarten, obwohl, wie das Programm hier im Gemeinderathe besprochen worden ist, sowohl Dr. Linke als auch meine Wenigkeit sich bemüht haben, daß die Stadtbahn auch den X. Bezirk betreffen solle.

Der löbliche Stadtrath hat seinerzeit auch beschlossen, unsere Anregung der Verkehrs-Commission vorzulegen. Die Verkehrs-Commission ist aber nicht darauf eingegangen; mithin bleiben der X. und XI. Bezirk von den Verkehrsanlagen gänzlich ausgeschlossen, obwohl diese beiden Bezirke ebenso an der Aufbringung der Geldmittel participieren müssen, wie alle anderen Bezirke. Es wäre von außerordentlicher Wichtigkeit, wenn die Gürtelstraße hergestellt würde, und zwar schon aus dem Grunde, damit wir im X. Bezirke endlich einmal den Viehtrieb, der schon durch etwa 25 Jahre zu einer historischen Erscheinung geworden ist, wegbringen.

Leider sind vor ganz kurzer Zeit auf dieser Strecke, wo die Gürtelstraße hergestellt werden sollte, vier Neubauten aufgeführt worden. Ich weiß nicht, ob sie gegen Revers aufgeführt worden sind oder nicht. (Rufe: Gewiß!) Aber es dürfte kaum sechs Wochen her sein, daß bei der Magleinsdorferlinie auch solche Baracken aufgeführt worden sind, die gerade in den Spiegel der künftigen Gürtelstraße hineinfallen. Bis jetzt hat die Wiener Local-Dampftramway-Gesellschaft ihr Geleise bis zur Magleinsdorferlinie gelegt. Wenn die Gürtelstraße ausgebaut würde, so wäre es möglich, daß die Local-Dampftramway-Gesellschaft ihre Linie bis an den Central-Viehhof legen könnte. Dadurch wäre es möglich, daß der Viehtransport durch die Dampftramway-Gesellschaft geschehen könnte. Bei der Meidlinger Brücke, bei der sogenannten „Stadt Philadelphia“ könnte ganz gut das Geleise in den Schlachtviehhof hineingeleitet werden und auch eine Abzweigung am Margarethnergürtel wäre sehr leicht herzustellen.

Wenn das verehrte Präsidium, respective der Stadtrath auf meine Anregung eingehen würde, würde der X. Bezirk von einem Übelstande befreit werden. Jetzt ist die richtige Zeit dazu, bedenken Sie, daß am Montag der Viehtrieb stattfindet, daß hunderte von Ochsen um circa 4 Uhr durch diese Straße getrieben werden, daß

am Reppelerplatz eine Doppel-Volkschule ist, daß ferner die Tramwayremisen dort sind und von dieser Stelle die Verkehrslinien ausgehen, und zwar die durch die Gumpendorferstraße, die nach Ottakring und die nach Währing. Es kommt oft vor, daß sechs bis acht Tramwaywagen auf der Straße halten müssen, jeder der Herren kann sich davon überzeugen.

Nun denken Sie sich, daß vielleicht noch ein Zeichenconduct stattfindet; welch ungeheure Verkehrsstörung dies für den X. Bezirk ist!

Ich möchte also, daß dieser Übelstand endlich beseitigt wird, und erlaube mir, in dieser Richtung einen ganz bescheidenen Antrag zu stellen. Derselbe lautet (liest):

„Der löbliche Gemeinderath beschließe:

1. Der Magistrat werde beauftragt, sowohl mit der österr.-ungarischen Staatseisenbahn-Gesellschaft als mit der Südbahn-Gesellschaft wegen der Grundabtretung zur Herstellung der Gürtelstraße in Verhandlung zu treten.

2. Mit der Wiener Local-Dampftramway-Gesellschaft seien Verhandlungen zu pflegen wegen Ausbau der Linie von der Matzleinsdorferlinie bis zum Central-Viehhoft zum Behufe des Viehtransportes.“

Ich bitte, diesem Antrage Ihre Zustimmung nicht zu versagen.

Gem.-Rath Rosenfingl: Meine Herren, ich habe auch diesen Gegenstand benützen wollen, um ein Petit an das Präsidium und den Stadtrath zu richten. Sie wissen, daß kaum mit irgend einer Straße Wiens so grausam vorgegangen wurde, wie mit der sogenannten Gürtelstraße.

Ich habe mir schon bei einer früheren Gelegenheit erlaubt, darauf aufmerksam zu machen, mit welcher Willkürlichkeit diese Gürtelstraße projectiert wurde, so zwar, wie es kaum in einer anderen Stadt der Welt stattfindet; sie haben hier Differenzen von 18 m bis 75 m Breite! Dazwischen sind natürlich alle möglichen Breiten!

Ich war sehr erfreut, daß wenigstens dieses Stück bezüglich der Breite verbessert wird und vom Donaucanal bis zum Arsenal eine Breite von 75 m bestimmt wird. Ich möchte aber auch bitten, daß der Stadtrath endlich Zeit finde, auch die übrigen Theile der Gürtelstraße auszubessern, damit derlei unbegreifliche Dinge nicht mehr vorkommen, daß man Häuser einfach in die Straße hineinbaut und sich nicht darum kümmert, daß diese Gürtelstraße gerundet werden muß, daß man die ministeriell genehmigten Baulinien absolut nicht beibehalten kann.

Bei der Gumpendorferlinie verdanken wir es glücklicherweise der Stadtbahn, daß der große Fehler, der dort mit der Breite von 18 m gemacht wurde, einigermaßen ausgebessert wurde, obwohl man leider gleichzeitig drüben in Michelbeuern die Gürtelstraße gänzlich vernichtet hat — das muß ich bei jeder Gelegenheit constatieren, damit es in Erinnerung bleibt.

Was aber speciell diesen Gegenstand betrifft, so muß ich leider sagen, daß ich persönlich mich auch mit dieser Linie nicht befreunden kann. Ich muß dem Herrn Referenten wohl zustimmen, wenn er sagt, daß diese Abkantung einen Schnitt zur Folge hat, der unter verhältnismäßig kleinem Winkel stattfindet, was deshalb besonders unangenehm ist, daß die Aspanglinie so schief geschnitten wird. Aber ganz ausgebessert wird das hier auch nicht. Es wird verbessert, das gebe ich zu, aber ausgebessert würde es nur dann werden, wenn man sich mit etwas mehr Muth in die Sache hineingewagt hätte. Wenn man gleich die Gürtelstraße, wie

sie beim Donaucanal heraufgeht, fortgesetzt hätte, ähnlich wie es das Stadtbauamt vorgeschlagen hat, und wenn man dann diese Bruchlinie, diese Abschöpfung, parallel zu der ministeriell genehmigten herausverlegt haben würde, so, glaube ich, hätte man dann das erreicht, daß sowohl die Schlachthauslinie in einen, einem rechten sich nähernden Winkel geschnitten worden wäre. Die Aspangbahn wäre in einem vollen rechten Winkel geschnitten worden, was ganz gewiß, ich will nicht von ästhetischen, sondern praktischen, finanziellen und allgemein technischen Gründen sprechen, jedenfalls vorzuziehen wäre. Es hätte noch einen anderen Vortheil nach meiner Ansicht, nämlich den, daß dann dieses Areal, das zwischen der Aspangbahn und dem zu verbauenden Theile vor dem Arsenal liegt, in praktischer und rationeller Weise hätte parcelliert werden können, was nach meiner Auffassung auch mit dieser runden Linie nicht erfolgen kann.

Ferner möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, es ist zwar die Gürtelstraße auch keine Prachtstraße, sie soll diesen Zweck auch nicht haben, aber wenn man eine solche Straße etwas schöner machen kann, so muß ich mich immer dem zuneigen, so möchte ich sie auch schöner haben. Hier haben Sie eine ideale Linie gezogen, den Theil eines Kreises. Der Herr Referent wird mir zugeben, daß es keinem Menschen einfällt, eine solche Kreisbogenstraße wirklich auszuführen, sondern das wird eine polygonale Straße sein — es wäre noch das Günstigste, wenn bei jedem Schnittpunkt einer Straße das Vieleck sich abbiegen würde. Ich glaube die Herren verstehen, was ich meine; es ist doch gewiß sehr störend, wenn zwei oder drei Häuser nebeneinander stehen und jedes eine andere Fassade hat. Das macht auf jeden Menschen den Eindruck, daß die Häuser nur so hingestellt worden seien und man beim ersten nicht gedacht hat, wie das zweite und dritte einmal zu stehen kommen wird. Diesen Eindruck macht eine derartige Straße. Wenn Sie ein Beispiel haben wollen, so gehen Sie nach Meidling hinaus. Bevor Sie zum Schönbrunnerpark kommen, sehen Sie eine solche Straße, in der jedes Haus eine andere Baulinie hat. Die Winkel sind nicht dieselben, ein Haus bricht gegen das andere mit 10°, ein drittes mit 20°, ein viertes mit 25° ab. Die Häuser stehen dort, wie wenn kleine Kinder mit dem Spielzeuge Häuser auf den Tisch stellen. Es sieht geradezu gräßlich aus. Etwas Ähnliches wird auch hier eintreten, denn Sie werden diesen Kreisbogen nicht regelmäßig theilen können.

Sie werden nicht ein regelmäßiges Vieleck, sondern ein unregelmäßiges hineinconstruieren können, und dann werden auch diese Häuser so dastehen mit einem Bruch zu dem anderen, vielleicht mit 10°, 15°, je nachdem es ausgeht. Das sieht abscheulich aus. Es entspricht auch dem Verkehre nicht, ich getraue mich jedoch nicht — ich sage es offen — weil ich jetzt schon ein paarmal mit Vertagungs-Anträgen gekommen bin, einen Vertagungs-Antrag zu stellen, aber subjectiv möchte ich es am liebsten thun und Ihnen nahelegen, ob es sich nicht doch besser empfehlen würde, wenn die Baulinie bis zur Aspangbahn geführt, in einem scharfen Bruch herabginge und beim Arsenal einmünden würde. Einen Antrag will ich jedoch nicht stellen.

Gem.-Rath Hoch: Was die technische Seite der Frage anbelangt, schließe ich mich ganz dem Stadtrathe an, mit dem Antrage Traubauer bin ich jedoch vollständig einverstanden, denn welche Unannehmlichkeiten der X. Bezirk hat, das brauche ich Ihnen nicht erst zu sagen.

Wenn die Herren zufällig einmal auf den Central-Friedhof an einem Markttage hinunterfahren, so finden Sie Zustände, die für eine Großstadt ganz ausgeschlossen sein sollen. Da fahren 20 bis 30 Leichenzüge und die Ochsen werden durchgetrieben. Dafs da nicht bereits Unglücksfälle geschehen sind, wundert mich. Ich muß mich in dieser Beziehung dem Antrage des Gem.-Rathes Trambauer anschließen, damit wir die Aussicht haben, dafs etwas geschieht. Weiters möchte ich die Herren auf Folgendes aufmerksam machen. Dort hat das Bürgerhospital einen großartigen Besitz. Die ganze rechte Seite von der St. Margerlinie bis herunter gehört dem Bürgerhospitalfond. Die Gründe sind verpachtet. Die Herren werden wissen, dafs dort nur Hütten stehen. Diese Grundstücke können nicht früher verbaut werden, bevor nicht die Gürtelstraße angelegt ist. In dem Momente, in welchem die Gürtelstraße angelegt ist, wird das Bürgerhospital diese Gründe um ein horrendes Geld verkaufen können. Bei uns draußen ist große Noth von Baugrundstücken an Straßen. Es ist nichts mehr zu verbauen. Wir sind ganz eingeschränkt von den Bahnen, nämlich der Spangbahn, Staatsbahn und von der Schlachthausbahn. Wir haben gar keine Baugründe, und die Herren werden finden, dafs wir in Simmering eine große Wohnungsnoth haben, so dafs von unseren dreißig Communalbeamten nur drei draußen wohnen können, weil die Herren keine Wohnung dort finden können. Wenn das heute abgeändert wird, so wird die ganze Seite sofort verbaut. Die ganze Calamität, die bei uns besteht, würde sich sofort ändern. Deshalb werde ich mich dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Trambauer anschließen, damit etwas geschieht. Denn in dem Momente wird die Baulust, die bei uns gleich Null ist, gehoben. Auch jenseits der Spangbahn hat wieder die Commune eine Befigung, die verpachtet ist, ich glaube, per Joch 20 bis 30 fl. Das sind Baugründe, die dann erst den Wert bekommen, wenn dieses Stück eröffnet ist. Ich muß mich deshalb dem Antrage des Gem.-Rathes Trambauer anschließen.

Gem.-Rath Wärtl: Ich möchte etwas richtigstellen, was der Herr Vorredner gesagt hat, der sich darüber gewundert hat, dafs kein Unglück geschieht. Vielleicht im XI. Bezirke nicht, jedenfalls aber im X. Bezirke.

Wie viele Unglücksfälle sind dort schon geschehen! Der Herr College aus dem X. Bezirke von jener (rechten) Seite drüben hat vor einigen Monaten betreffs eines Unglücksfalles interpelliert. Ich kenne den Betreffenden genau, es ist ein Hauseigentümer; er ist in einen Viehtrieb hineingekommen — es war dies der letzte Unglücksfall — und wurde aufgespießt. Der Mann war fünf Monate krank, und es war ein Wunder, dafs der Mann mit dem Leben davon gekommen ist.

Es ist geradezu unglaublich, was da alles gesprochen und beantragt wurde, und bis heute ist doch der Viehtrieb in dem alten Zustande, in dem er vor 20 Jahren war. Die Bevölkerung wird immer zahlreicher, und trotzdem nimmt der Viehtrieb denoch kein Ende. Es ist unbedingt nothwendig, an die Sache heranzutreten und Ordnung zu machen. Ich glaube, es wird gar keinem Anstande unterliegen, dafs die Herren den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Trambauer unterstützen. Unglücksfälle sind ja schon häufig genug geschehen. Ich möchte Sie daher bitten, den Antrag des Herrn Collegen Trambauer anzunehmen.

Referent (zum Schlussworte): Meine Herren! Ich habe nur nothwendig, den Ausführungen des Herrn Collegen Rosenstingl entgegenzutreten.

Ich leugne nicht, dafs Herr College Rosenstingl oft sehr zweckmäßige Anträge einbrachte, und sie werden dann immer mit Freude begrüßt. Ich muß aber sagen, den Antrag, den er heute anregte, hätte ich nicht erwartet, denn es wäre damit eigentlich nichts anderes gethan, als dafs die von ihm selbst getadelte Führung des Verbindungsstückes in der schiefen Weise ein Stück weiter hinaus verlegt werden würde.

Der Antrag, wie er heute vorliegt, ist aus dem Projecte des Baudirectors Stübgen. Der Herr College Rosenstingl war Mitglied der Jury und hat in gleichem Sinne votiert. Diesem Manne ist der erste Preis zuerkannt worden. Das allein dürfte genügen, diesen Vorschlag ernst zu nehmen.

Ich war sehr erfreut darüber, diese Curve hier eingeführt zu sehen. Es wird immer gesprochen von der langweiligen Geradlinigkeit unserer Straßen, und wenn Gelegenheit ist, Curven einzuführen, dann wird das auch bekämpft. Das scheint nicht richtig zu sein. Ästhetisch ist die Sache gewifs viel günstiger. Die Continuität der Straße wird erhalten, das Bild wird ein wechselvolles, und die Häuser werden liegend im Sinne eines Polygons in einer Curve gebaut.

Ich muß allerdings sagen, dafs, wenn der Herr College einen Vertagungs-Antrag gestellt hätte, ich im Stadtrathe gegen seinen Vorschlag gesprochen hätte.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Gegen den Referenten-Antrag ist eine Einwendung nicht erhoben worden. Derselbe ist angenommen.

Herr Gem.-Rath Trambauer hat einen Zusatz-Antrag gestellt. Soll ich denselben nochmals zur Verlesung bringen? (Nach einer Pause.) Es wird nicht gewünscht. Dieser Antrag wäre, wenn die Versammlung damit einverstanden ist, vorerst dem Stadtrathe zur Vorberathung zuzuweisen. Ich bitte jene Herren, welche hiemit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Angenommen.

Beschluß: Die ministeriell genehmigten Baulinien der Gürtelstraße im XI. Bezirke sind dahin abzuändern, dafs an den Bruchpunkten die Kreislinien A A' B — C C' D einerseits und E E' F — G G' H andererseits einzufassen sind.

18. (10102.) Referent Gem.-Rath Dr. v. Billig: Der Antrag befindet sich auf der hektographierten Tagesordnung. Die Leitung des communalen Kindergartens im XI. Bezirke hat von der früheren Gemeinde Simmering zur Christbesserung 30 fl. als Spende bekommen. Als der communale Kindergarten an die Gemeinde Wien übergieng, hat die Gemeinde diese Spende fortgesetzt. Es wird nun gebeten, auch für dieses Weihnachtsfest diesem communalen Institute 30 fl. als Spende zu bewilligen.

Ich bitte um Ihre Genehmigung.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluß: Der Leitung des communalen Kindergartens im XI. Bezirke wird für die Christbaumfeier eine Spende von 30 fl. bewilligt.

19. (10064.) Referent Gem.-Rath Dr. v. Billig: Ich habe die Ehre, zu referieren über diejenigen Höchsteredite, welche den verschiedenen Bezirksvorstehungen, beziehungsweise Comitès zur Bekleidung armer Schulkinder zur Winterszeit bewilligt werden sollten. Bei diesem Anlasse wurde von Seite des Gemeinderathes der Stadtrath beauftragt, darüber noch einmal Bericht zu erstatten, ob nicht auch den Bezirken V und VII, bezüglich deren der Bezirksvorsteher, sowie der Obmann des Armeninstitutes und des Orts-

schulrathes erklärt haben, einer Subvention nicht zu bedürfen, nachdem dieselben mit den privat gesammelten Mitteln ihr Auslangen finden, nicht irgendein Credit bewilligt werden solle. Es wurden infolgedessen die betreffenden Functionäre, nämlich der Bezirksvorsteher, der Obmann des Armenrathes und der Obmann des Ortschaftsrathes vorgeladen, und dieselben haben übereinstimmend folgende Erklärung abgegeben: „Dieselben halten ihre im Protokolle vom 7. d. M. abgegebene Erklärung aufrecht, jene Erklärung, welche dahin geht, daß sie damals auf Grund der gemachten Erfahrungen mit den privaten Mitteln ihr Auskommen zu finden der Meinung waren und daher damals eine derartige Subvention nicht beanspruchten. Sie begrüßen es selbstverständlich mit Freuden, wenn ihnen von Seite des Gemeinderathes irgendein Höchstcredit zur Verfügung gestellt wird, und sie erklären, daß sie von demselben nur im Falle und nach Maß des Bedarfes Gebrauch machen würden.“

Angeichts dieser Thatfache, welche gewiß beruhigend wirken muß, nachdem vorausgesetzt ist, daß die Herren dieser ihrer Erklärung doch treu bleiben werden, und daß sie nur im Falle des Bedarfes und nach Maß des Bedarfes von dem Credite, welcher ihnen bewilligt werden soll, Gebrauch machen werden, hat der Stadtrath keinen Anstand genommen, zu beantragen: „Es möge dem Bezirksvorsteher, beziehungsweise dem Bezirks-Comité im V. Bezirke ein Betrag von 1000 fl. und dem im VII. Bezirke ein Betrag von 300 fl. zur Verfügung gestellt werden zu dem Zwecke der Bekleidung armer Schulkinder während der Winterzeit.“

Ich habe die Ehre, Ihnen diesen Antrag des Stadtrathes zu empfehlen.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — **Angenommen.**

Beschluß: Den Vorstehern des V. und VII. Bezirkes werden behufs Bekleidung armer Schulkinder zur Winterzeit Höchstcredite, und zwar für den V. Bezirk ein solcher von 1000 fl. und für den VII. Bezirk ein solcher von 300 fl. bewilligt.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Ich habe gehört, daß das Referat des Herrn St.-R. Wurm, betreffend die Erweiterung des Verzeichnisses der für die 18jährige Steuerfreiheit in Aussicht genommenen Baulichkeiten, beziehungsweise Häuser nicht erstattet (**Bürgermeister:** Heute nicht!), respective vertagt werden soll. Ich würde aber doch bitten, nachdem das Referat schon so lange auf der Tagesordnung steht, daselbe in einer der nächsten Sitzungen vorzubringen. Solche Referate bilden immer Gegenstand für Speculationen, und ich bin der Meinung, je schneller so etwas erledigt wird, umso besser ist es, ob die Erledigung nun in dem einen oder anderen Sinne erfolgt. Ich würde sehr bitten, wenn es nicht möglich ist, diesen Gegenstand in der heutigen Sitzung zu erledigen, es in einer der nächsten Sitzungen zu veranlassen.

Bürgermeister: Ich werde den Gegenstand sobald als möglich auf die Tagesordnung setzen; es ist aber der Wunsch ausgesprochen worden, daß Gelegenheit geboten werde, den Gegenstand vorher noch näher zu besprechen.

Ich werde mich aber bemühen, die Sache sobald als möglich auf die Tagesordnung zu setzen.

20. (9556.) Referent Gem.-Rath Dr. Aloßberg: Es handelt sich um Aufnahme von sechs Veterinärpraktikanten. Seit langem wird schon über den Mangel an Personal im Veterinäramte geklagt, und auch der Vorstand des Veterinäramtes hat eine Eingabe an die

Magistrats-Direction gerichtet und gebeten, die Zahl der Veterinärpraktikanten in entsprechender Weise zu vermehren, da für den Fall, als einer der Herren Veterinärbeamten erkrankt, für ihn kein Ersatz vorhanden ist; wenn einer der jüngeren Praktikanten zum Militär einrückt, ist kein Ersatz für ihn vorhanden. Wenn sich daher das Amt und die Arbeit auf wenige concentrirt, so entsteht eine allgemeine Überbürdung. Dessenungeachtet ist bis in die letzte Zeit der Dienst zur größten Zufriedenheit von Seite der Veterinärbeamten geführt worden. Sie wurden infolgedessen von der Statthalterei belobt. Aber in den Wintermonaten kann der Dienst infolgedessen ungünstig geführt werden, als die Tageszeit eine weit kürzere ist und die Veterinärbeamten nicht in der Lage sind, alle die Sendungen, welche am Central-Viehmarkte eintreffen, auch zu überprüfen. Die Folge davon ist, daß hin und wieder einige Waggons Thiere zurückbleiben müssen und des nächsten Tages der Untersuchung harren. Die Marktparteien sind infolgedessen damit nicht zufrieden und wäre es aus diesem Grunde wünschenswert, wenn eine Vermehrung dieser Beamten eintreten würde. Andererseits ist dadurch, daß zwischen dem Markt- und Veterinäramte eine Trennung nicht besteht, der Contact etwas schwerfällig. Bei der letzten Konferenz, welche bei der Statthalterei stattgefunden hat, wurde hervorgehoben, daß ein großer Mangel an Veterinärbeamten herrscht, und aus diesem Grunde erlaubt sich der Stadtrath Ihnen den Antrag zu unterbreiten, sechs Veterinärbeamten, beziehungsweise Praktikanten aufzunehmen. Ich bitte um Annahme des Antrages.

Gem.-Rath Seiler: Die Begründung des Herrn Referenten, betreffend die Aufnahme thierärztlicher Praktikanten, ist richtig. Es ist ein großer Mangel an Beamten; es hätte mich aber sehr gefreut, wenn der Herr Referent auch erwähnt hätte, daß endlich einmal auch irgendetwas bei diesem Amte in Betreff der Reorganisation geschieht. Als die Rangseinteilung hier verhandelt wurde, wurde uns vom verstorbenen Bürgermeister das Versprechen gegeben, recht rasch in dieser Beziehung etwas zu machen; ich möchte daher an den Herrn Bürgermeister die höfliche Anfrage richten, was denn eigentlich in Betreff der Reorganisation des Marktammtes geschehen wird, ob einmal schon das Veterinäramt vom Marktamt getrennt wird, ob das Veterinäramt endlich nach Statuten arbeiten wird, ob ihm gewisse Vorschriften gemacht werden, nach welchen es arbeiten kann; denn die Zustände, welche jetzt bei diesen Ämtern herrschen, sind unhaltbar. Es müssen entweder Veterinäramt und Marktamt selbständig gemacht werden, oder es muß irgendetwas anderes geschaffen werden, und ich möchte an den Herrn Bürgermeister die Bitte richten, bei dieser Gelegenheit mitzutheilen, was in dieser Beziehung schon geschehen ist oder wenn einmal diese Angelegenheit zur Verathung an den Gemeinderath kommen wird.

Bürgermeister: Darauf kann ich nur erwidern, daß ich nicht die Absicht habe, eine Änderung herbeizuführen. (Gelächter links.)

Gem.-Rath Steiner: Als vor ungefähr einem Jahre ein ähnliches Referat hier erstattet wurde, habe ich auf die unhaltbaren Zustände, welche auf dem Ruzsdorfer Bahnhofe herrschen, wenn Rutz- oder Schlachtvieh mit dem ersten Zuge in der Früh dort anlangt, hingewiesen. Ich habe darauf hingewiesen, daß das Vieh bei der strengsten Kälte oft von 3 Uhr morgens bis 7 Uhr morgens im Waggon bleiben muß. Abgesehen davon, daß der betreffende Besitzer für diese Zeit Lagerzins zahlen muß, ist das

auch eine bedeutende Gefahr für das Vieh, welches der Kälte ausgesetzt ist. Ich habe darauf im Plenum des Gemeinderathes einen Antrag gestellt, der dahin gieng, daß der Magistrat aufzufordern sei, diesem Übelstande abzuheffen und die Viehbeschau durch den in der Nähe des Rußdorfer Schlachthaus befindlichen Thierarzt vornehmen zu lassen oder überhaupt durch ein Organ der Gemeinde Wien, weil die Beschau der Landesthierarzt vorgenommen hat. Es sind Noten mit der n.ö. Statthalterei gewechselt worden, und diese hat sich auf den Standpunkt gestellt, sie könne die Gebühren nicht verlieren, die sie durch die Viehbeschau erhält.

Die Statthalterei soll aber die Sache jetzt so kühn gemacht haben, daß der Landesthierarzt das Vieh nicht mehr beschaute, aber der Thierarzt von Tulln herunterfahren muß, wenn in Rußdorf Vieh ankommt und beschaute werden soll! Ich weiß nicht, ob der Magistrat die Interessen der Wiener Fleischhauer auf diese Weise gewürdigt hat, denn durch eine solche Entscheidung, wie sie von der Statthalterei erfolgt ist, ist gewiß niemandem genügt worden. Es nützt auch nichts, heute einen Antrag zu stellen, weil ich glaube, daß der Magistrat denselben wieder ebenso behandeln wird, und die Statthalterei wird erklären, sie könne auf die Gebühr nicht verzichten u., so daß es beim alten bleibt.

Ich appelliere an Sie, ob da richtig vorgegangen ist, wenn in der strengen Kälte das Vieh, welches tags zuvor vielleicht in Neulengbach einwaggoniert wurde und morgens mit dem Marktzuge ankommt, bis 8 Uhr im Waggon bleiben muß, abgesehen von der Schädigung der Besizer, schon mit Rücksicht auf die Gefahr für das Vieh selbst.

Gem.-Rath Dr. Gehmann: Ich kann mich nur den Ausführungen des Herrn Collegen Steiner vollinhaltlich anschließen. Es sind in der Richtung auch aus anderen Gegenden des Waldviertels die allerschwersten Klagen erhoben worden, daß in der That durch diese Verzögerung der Beschau schwere Schäden erwachsen. Ich kann also nur bitten, daß in der Richtung möglichst vorgesorgt werde, damit diesem Übelstande, der seit Jahren besteht, und gegen den fort und fort Beschwerden erhoben werden, endlich abgeholfen werde.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Wünscht der Herr Referent noch eine Bemerkung zu machen?

Referent: Ich bitte nur um Annahme des Antrages.

Bürgermeister: Gegen die Referenten-Anträge wurde eine Einwendung nicht erhoben; sie sind daher angenommen.

Beschluß: Die Aufnahme von sechs thierärztlichen Praktikanten mit einem jährlichen Adjutum von 500 fl. wird genehmigt.

21. (9806.) Referent Gem.-Rath Dr. Aloßberg: Es handelt sich um die Subventionierung des St. Annen-Kinderospitals zur Errichtung eines Scharlach-Pavillons. Anlässlich der Verheiratung der durchlauchtigsten Erzherzogin Marie Valerie hat die Gemeinde Wien 50.000 fl. votiert und Ihre kaiserliche Hoheit die Kaiserstochter hat in Ihrer Hochherzigkeit diese 50.000 fl. direct dem St. Anna-Kinderospitale zur Disposition gestellt, und es wurde um diesen Betrag ein Diphtherie-Pavillon eingerichtet.

In Anbetracht nun, daß so viele Infectionskrankheiten herrschen, ist das Spital daran gegangen, einen eigenen Pavillon für Scharlachfranke zu errichten, und wurden auch von vielen Seiten hiefür Spenden bewilligt, so auch vom n.ö. Landtage als erste Baurate 3000 fl.

Die Ubcationen für Infectionskrankheiten sind derzeit ganz ungenügend, es wird auch von unseren Sanitätsorganen darüber geklagt, und könnte dem abgeholfen werden, wenn dieser Pavillon ausgebaut werden könnte. Der Rohbau ist bereits fertig und handelt es sich lediglich um die innere Einrichtung.

Nachdem nun hochherzige Gönner schon viel dazu beigetragen haben, kann auch die Gemeinde nicht zurückbleiben, und es stellt aus diesem Grunde der Stadtrath den Antrag, dem St. Annen-Kinderospitale eine einmalige Subvention von 3000 fl. zu widmen. Durch diese Bewilligung fördert der löbliche Gemeinderath besonders die Interessen der armen Bevölkerung, deren frankten Kindern insbesondere dieser Pavillon zum Wohle gereichen würde; derselbe wäre gleichsam ein Pendant eines Diphtherie-Pavillons. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Dem St. Annen-Kinderospitale wird zum Baue des Scharlach-Pavillons ein einmaliger freiwilliger Beitrag von 3000 fl. bewilligt.

22. (8872.) Referent Gem.-Rath Wigelsberger: Ich habe über die Zulagen an die Feuerwehrmannschaft anlässlich des Theaterdienstes zu berichten. Es wurde wiederholt gelegentlich der Budgetdebatte vom Herrn Collegen Dr. Aloßberg beantragt, es möge den in den Theatern beschäftigten Feuerwehrmännern eine Zulage gegeben werden. Von Seite des Feuerwehr-Commandos wurde der gleiche Antrag gestellt und darauf hingewiesen, daß dieser Theaterdienst außerordentlich schwierig ist; die Mannschaft müsse von 6 Uhr abends bis 1/2 11 und 11 Uhr, auch noch länger, im Theater sein, und wenn sie nach Hause kommen, ist nichts mehr offen, sie können sich nichts mehr kaufen. Im Theater ist es auf das strengste verboten, zu essen, sie dürfen sich nichts mitnehmen, sondern müssen ihre ganze Aufmerksamkeit dem Theaterdienste zuwenden. Es bleibt ihnen sohin nichts anderes übrig, wenn sie nicht hungrig schlafen gehen wollen, als daß sie sich etwas im Gasthause kaufen. Es ist selbstverständlich, daß einem Manne, der mit 1 fl. 20 kr. täglich entlohnt ist und fünf bis sechs Stunden im Theater zugebracht hat, nicht viel übrig bleibt. Es wurde dieser Gegenstand vom Stadtrathe schon seinerzeit eifrig erwogen, wurde aber zurückgestellt, weil darauf hingewiesen wurde, daß man warten solle, bis die allgemeine Gehaltsregulierung dieser städtischen Feuerwehrmannschaft stattfinde. Der Magistrat aber hat darauf verwiesen, daß diese Regulierung noch längere Zeit dauern werde, so daß es an der Zeit wäre, wenn dieser Gegenstand erledigt werde.

Der Stadtrath stellt daher folgenden Antrag (liest):

„Es sei jedem dem technischen Beamten zum Inspectionsdienste in den Wiener Privattheatern und in den denselben gleichgestellten Vergnügungs-Etablissements beigegebenen städtischen Feuerwehrmannen inclusive der Chargen eine Zulage von 50 kr. per Vorstellung zu bewilligen und zur Bestreitung dieser Ausgabe die von den Wiener Privattheater-Unternehmungen, beziehungsweise den Unternehmungen der den Theatern gleichgestellten Etablissements für die beigegebenen städtischen Feuerwehrmannen zu leistenden Gebühren von 50 kr. per Mann und Vorstellung zu verwenden.“

Der Betrag, der daraus entsteht, macht pro Jahr 4493 fl. 50 kr. aus. Das ist jener Betrag, der heute schon von den betreffenden Unternehmern für die Feuerwehrmannschaft gezahlt wird.

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Ich bedauere, wieder das Wort ergreifen zu müssen, um einen vom Gemeinderathe dem Magistrat zur Erledigung zugewiesenen Antrag zu urgieren. Es wurde gerade vor einem Jahre von Seite der Opposition der Antrag gestellt, der Magistrat werde aufgefordert, im Vereine mit der Centrale, mit den Commandanten der freiwilligen Feuerwehren und Mitgliedern des Gemeinderathes eine Besprechung in diesen Angelegenheiten vorzunehmen und das Ergebnis dem Gemeinderathe vorzulegen.

Ich erinnere daran, daß vor sehr kurzer Zeit St.-R. Dr. Lueger auch im Stadtrathe einen Antrag eingebracht hat, welcher vom Stadtrathe dem Magistrat zugewiesen wurde. Ich glaube, der Magistrat hat die Pflicht, die ihm vom Gemeinderathe übermittelten Anträge zu erledigen und dem Stadtrathe, eventuell dem Gemeinderathe wieder vorzulegen.

Es sind aber im Laufe der Budgetdebatte unzählige Anträge eingebracht und vom Plenum dem Magistrat zugewiesen worden, und kein einziger wurde noch erledigt. Der Magistrat ist nicht die Vormundschaftsbehörde des Gemeinderathes, sondern hat über die ihm zugewiesenen Anträge zu referieren und sie zu erledigen.

Bürgermeister: Ich kann darauf nur erwidern, daß, soweit es möglich ist, alle Beschlüsse des Gemeinderathes ausgeführt werden. Wenn dieser Antrag noch nicht erledigt worden ist, so war es bisher noch nicht möglich. Ich werde aber den Gegenstand urgieren.

Gem.-Rath Wünsch: Ich habe gegen den Antrag des Referenten nichts einzuwenden; ich möchte im Gegentheile bitten, daß er angenommen werde. Ich glaube aber zur Klarstellung noch einen kleinen Zusatz machen zu sollen. Die Gründe, welche der Herr Referent angeführt hat, beziehen sich jedenfalls nur auf die Abendvorstellungen. Nun gibt es aber auch Nachmittagsvorstellungen, bei welchen jene Momente, daß der Mann nachts nach Hause kommt, nicht mehr nachtmahlen kann u. s. w., nicht eintreten. Ich glaube daher, daß zur Klarheit statt des Wortes „Vorstellung“ das Wort „Abendvorstellung“ zu setzen wäre. (Widerspruch.)

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich bin der Ansicht, daß der Stadtrath gemeint hat, daß die betreffenden Feuerwehrmänner diese Entschädigung bekommen sollen, ohne Rücksicht darauf, wann die Vorstellung stattfindet. (Zustimmung.) Die körperliche Plage ist vollkommen gleich, ob es sich um eine Abend- oder Nachmittagsvorstellung handelt.

Ich möchte den Herren nur noch Folgendes mittheilen: Es ist vom Stadtrathe beschlossen worden, den Magistrat aufzufordern, Bericht darüber zu erstatten, wie es möglich sein werde, die Kosten dieser Überwachung von Seite der einzelnen Vergnügungsinstitute hereinzubringen. Jeder von Ihnen wird das Gefühl haben, daß es sonderbar ist, der Gemeinde Wien die Kosten dieser Feuerwachen aufzubürden. Diese Entschädigung, die jetzt den Feuerwehrmännern gezahlt wird, ist eigentlich eine solche Entschädigung gewesen, welche der Gemeinde gebürt hätte; das wird jetzt den Feuerwehrmännern gegeben, aber zweckmäßig ist es und dazu gehört ein Landesgesetz, daß endlich auch einmal die Privattheater dazu verhalten werden, uns jene Kosten zu ersetzen, welche die Feuerwehr der Gemeinde Wien verursacht. Wie kommen denn die übrigen Steuerträger dazu, deswegen, weil in verschiedenen Theatern Feuerwehr sein muß, daß die Feuerwehr in so ungemessener Weise vermehrt wird? Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen, und hoffe, daß demnächst eine Erledigung dieses Antrages stattfinden wird.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, die Debatte ist geschlossen, der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Ich habe nur zu bemerken, daß in dem Antrage schon enthalten ist, daß diese 50 kr. per Vorstellung zu bewilligen seien, und daß darin auch die Nachmittagsvorstellungen enthalten sind.

Ich bitte um die Annahme des Antrages des Stadtrathes.

Bürgermeister: Ich ersuche jene Herren, welche den Antrag des Stadtrathes annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Jedem dem technischen Beamten zum Inspectionsdienste in den Wiener Privattheatern und in den denselben gleichgestellten Vergnügungs-Etablissements beigegebenen städtischen Feuerwehrmännern inclusive der Chargen ist eine Zulage von 50 kr. per Vorstellung zu bewilligen und zur Bestreitung dieser Ausgabe die von den Wiener Privattheater-Unternehmungen, beziehungsweise den Unternehmungen der den Theatern gleichgestellten Etablissements für die beigegebenen städtischen Feuerwachen zu leistenden Gebühren von 50 kr. per Mann und Vorstellung zu verwenden.

23. (8512.) Referent Gem.-Rath Dr. Suber: Ich habe die Ehre, zu referieren über Anträge, welche bereits seit einiger Zeit auf der gedruckten Tagesordnung sich befinden. Das erste, worüber ich zu referieren habe, ist das Ansuchen des Kirchenmusikvereines „St. Florian“ in Margarethen. Schon seit einigen Jahren wird diesem Vereine eine Subvention von 50 fl. gegeben. Ich bemerke, daß der Verein sich damit befäßt, dafür zu sorgen, daß in der Kirche zu St. Florian eine ordentliche Kirchenmusik stattfindet. Der Verein unterhält auch auf seine Kosten eine Gesangsschule und eine Violine-Schule. Ich bitte also, diesem Vereine die angesuchte Subvention zu bewilligen.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Nach einer Pause:) Angenommen.

Beschluß: Dem Kirchenmusikvereine „St. Florian“ im V. Bezirke wird eine Subvention von 50 fl. ohne Anerkennung einer rechtlichen Verpflichtung bewilligt.

24. (9059.) Referent Gem.-Rath Dr. Suber: Es liegt ferner ein Ansuchen des Vereines zur Pflege von Jugendspielen in Wien vor. Dieser Verein besteht bereits seit ein paar Jahren und es hat bereits die Sache eine gewisse Ausdehnung in der Weise genommen, daß in 18 Bezirken Wiens bereits Ortsgruppen bestehen, welche die Jugendspiele einführen und fördern sollen. Die Sache macht jedoch Auslagen. Der Verein hat dafür zu sorgen, daß Plätze beschafft werden und daß eine gehörige Überwachung stattfindet.

Der Stadtrath glaubte, da er die Möglichkeit des Vereines in seinem Wirken anerkennt, eine Subvention von 500 fl. beantragen zu sollen, und zwar für alle Bezirke Wiens.

Ich bitte, diesen Antrag des Stadtrathes auf Gewährung einer Subvention von 500 fl. zu genehmigen.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluß: Dem Vereine zur Pflege des Jugendspiels wird eine Subvention von 500 fl. pro 1894 bewilligt, welcher Betrag mangels Deckung im Budget pro 1894 erst nach dem 1. Jänner 1895 zur Auszahlung zu gelangen hat.

25. (9191.) Referent Gem.-Rath Mayer: Ich ersuche um einen Zuschusscredit zur Rubrik XLIII 2 „Instandhaltung der Localitäten und nöthigen Einrichtungen“.

Bis zum 20. October ist auf dieser Rubrik ein Betrag von 96.895 fl. 20 kr. aufgelaufen. Nach der Zusammenstellung der Buchhaltung dürfte bis Ende dieses Jahres noch ein Betrag von 22.341 fl. 9 kr. nothwendig werden. Im Zusammenhang mit dem präliminirten Betrage von 84.450 fl. ergibt sich ein wahrscheinlicher Abgang von 34.786 fl. 29 kr. Es wird daher das Ansuchen gestellt, rund einen Betrag von 35.000 fl. als Zuschusscredit zu dieser Rubrik zu gewähren.

Die Überschreitung ist keine wesentliche, weil, nachdem wir kein Objecten-Budget haben, aus dem vergangenen Jahre ein großer Betrag auf das heurige Jahr verwiesen werden mußte, und weil wir eine Reihe von unaufschiebbaren Arbeiten gehabt haben, welche diesen Mehrbetrag involvieren.

Ich bitte, den Betrag von 35.000 fl. als Zuschusscredit zu bewilligen.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — **Angenommen.**

Beschluß: Zur Rubrik XLIII 2 „Instandhaltung der Schullocalitäten und deren Einrichtung“ wird ein Zuschusscredit von rund 35.000 fl. bewilligt.

26. (8398.) Referent Gem.-Rath Areindl: Der Kirchenmusikverein an der Pfarrkirche in Gersthof bittet um eine Subvention. Die Einkünfte werden verwendet zu kirchlichen Aufführungen, zur Anschaffung von Musikalien und Instrumenten. Im Vorjahre hat der Verein eine Subvention von 50 fl. bekommen. Ich bitte, demselben im heurigen Jahre eine gleiche Subvention zu gewähren.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — **Angenommen.**

Beschluß: Dem Kirchenmusikvereine an der Pfarrkirche in Gersthof wird eine Subvention von 50 fl. bewilligt.

27. (9137.) Referent Gem.-Rath Areindl: Dieses Referat betrifft die weitere Verwendung von 20 Aushilfsarbeitern auf dem Central-Viehmarkte. Das Veterinäramt sucht neuerdings, nachdem schon durch drei Jahre diese Desinfectionsarbeiter zur Verwendung gekommen sind, an, dieselben weiter zu belassen. Es ist das aus sanitären Gründen äußerst dringend nothwendig. Nachdem die Entlohnung, welche ein solcher Arbeiter bekommt, 1 fl. 30 kr., und welchen ein Partieführer bekommt, 1 fl. 50 kr. beträgt, demnach eine Summe von 9570 fl. erheischt, welche jedoch bedeckt ist, bitte ich um die Bewilligung, diese 20 Arbeiter aufstellen zu dürfen. Ich bitte um die Annahme.

Gem.-Rath Seiler: Ich möchte an den Herrn Referenten eine Anfrage richten. Vor circa drei Jahren habe ich einen Antrag in der Budgetdebatte bei der Post „Desinfectionierung des Viehmarktes“, die sehr theuer ist, gestellt, dahin gehend, daß eine andere Methode eingeführt werden soll, welche einerseits billiger, andererseits rationeller sein soll. Ich möchte nun wissen, ob in dieser Beziehung schon vom Stadtrathe irgendetwas verhandelt ist, oder was mit dem Antrage geschehen ist.

Referent: Es wurde von Seite des Magistrates darauf hingewiesen, daß eine Regulierung seinerzeit platzgreifen wird, bis der Viehmarkt ausgebaut ist. Nachdem aber bisher nur einige Abicationen dazugebaut worden sind und andererseits im heurigen Jahre eine Seuche platzgegriffen hat, so ist es umsomehr nothwendig, die Arbeiter nicht nur zu belassen, sondern auch an eine Aushilfe zu denken. Ich glaube, daß die Herren mit gutem Gewissen dem Antrage ihre Zustimmung geben können, weil von

Seite des Magistrates darauf hingewiesen wird, daß Gefahr im Verzuge wäre.

Gem.-Rath Seiler: Ich bin vollständig einverstanden mit dem Antrage, aber ich muß doch betonen, daß in allem, was die Markt- und Approvionierungs-Angelegenheiten anbelangt, auszuweichen wird. Es geschieht gar nichts, um eine Organisirung durchzuführen. Ich bin mit dem Antrage einverstanden.

Bürgermeister: Wünscht jemand noch das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte die Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) **Angenommen.**

Beschluß: Die Weiterverwendung von 20 Aushilfsarbeitern zur Desinfection des Central-Viehmarktes im Jahre 1895, wovon 19 einen Taglohn von je 1 fl. 30 kr. und der Partieführer einen solchen von 1 fl. 50 kr. zu erhalten haben, wird genehmigt.

28. (9209.) Referent Gem.-Rath Areindl: Der Wiener Unterstützungsverein für entlassene Sträflinge bittet um eine Subvention. Dieser Verein verfolgt den Zweck, die hilf- und schuldlosen Familien von Verhafteten mit Geld und Naturalien zu unterstützen. Dieser Verein, der wirklich humanitär wirkt, besteht seit 28 Jahren. Es wurde ihm in letzter Zeit eine Subvention von 300 fl. für drei Jahre vom löblichen Gemeinderathe bewilligt. Es wird neuerlich von Seite des Stadtrathes gebeten, für die nächsten drei Jahre, und zwar vom 1. Juli 1895 an, eine Subvention von 300 fl. zu genehmigen. Ich bitte um die Annahme.

Gem.-Rath Stehlik: Meine Herren! Ich möchte doch bitten, daß wir in diesem Falle etwas splendider sein sollen. Es ist sehr nothwendig, weil die Sträflinge, die nicht nach Wien zuständig sind, zumeist abgeschoben werden. Hier haben sie, meine Herren, für die Kinderpiele 300 fl. bewilligt, ich möchte daher bitten, daß Sie diese Subvention wenigstens auf 500 fl. erhöhen. Was thun denn sonst die Leute wieder? Sie gehen in den Häusern herum betteln. Ich möchte daher die Herren bitten, die Subvention auf 500 fl. zu erhöhen.

Referent (zum Schlussworte): Ich habe hier die Verpflichtung, den Antrag des Stadtrathes aufrecht zu erhalten, und bitte um die Annahme dieser 300 fl.

Bürgermeister: Ich bitte um die Abstimmung. Der Herr Referent beantragt, dem Wiener Unterstützungsvereine für entlassene Sträflinge eine Subvention von 300 fl. für die nächsten drei Jahre vom 1. Juli 1895 an zu gewähren.

Herr Gem.-Rath Stehlik stellt den Antrag auf 500 fl. Ich bitte die Herren, welche für diesen Antrag sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) **Minorität. Abgelehnt.**

Ich bitte nun die Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) **Majorität. Angenommen.**

Beschluß: Dem Wiener Unterstützungsvereine für entlassene Sträflinge wird eine Subvention von jährlich 300 fl. für die nächsten drei Jahre vom 1. Juli 1895 an bewilligt.

29. (7621.) Referent Gem.-Rath Dr. v. Bissing: Ich habe die Ehre, an Stelle des Herrn Collegen Baugoin zur Seite 2 der gedruckten Tagesordnung zu referieren. In Ybbs befindet sich ein Friedhof, welcher der Gemeinde Wien und dem Lande gehört und für das städtische Versorgungshaus und die Landesanstalt daselbst dient. Dort ist ein Todtengraber angestellt,

namens Schwarz; derselbe hat 16 fl. monatlich Lohn, sonst nichts. Derselbe ist bittlich eingeschritten um Erhöhung dieses Monatsgehaltes, welcher wirklich wohl ein sehr minimier genannt werden kann. Es wird seine Bitte allseitig unterstützt, und der Stadtrath beantragt: „Es möge dieser Monatslohn auf 24 fl. aufgebessert werden.“ Ich bemerke, daß die Hälfte dieses Betrages vom Lande getragen wird und wird diesbezüglich der Landtag beziehungsweise der Landesauschuß zu beschließen haben, und nur wenn dieser zustimmt, wird unser Beschluß rechtskräftig werden.

Ich bitte um Ihre Genehmigung.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — *Angenommen.*

Beschluß: Der Monatslohn des Todtengräbers auf dem gemeinam der Gemeinde Wien und der n.ö. Landes-Irrenanstalt gehörigen Friedhöfe der städtischen Versorgungsanstalt in Ybbs wird von 16 fl. auf 24 fl. erhöht.

30. (8511.) Referent Gem.-Rath Dr. v. Willing: Der zoologisch-botanische Verein wird von Seite der Gemeinde bereits seit langer Zeit subventioniert. Die letzte Subvention wurde im Jahre 1892 bewilligt und endet im Jahre 1894. Der Verein kommt nun wieder um Fortsetzung dieser Subvention ein. Ich glaube, daß dieser Verein speciell so bekannt ist, daß ich nicht erst wiederholen muß, daß selber die Subvention für seine erhebliche wissenschaftliche Thätigkeit verdient. Der Stadtrath beantragt Ihnen, für die nächsten drei Jahre wieder einen Betrag von 500 fl. zu bewilligen unter den üblichen Bedingungen, nämlich unter Vorbehalt des Widerrufs in den Jahren 1896 bis 1897. Ich bitte um die Bewilligung.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — *Angenommen.*

Beschluß: Der k. k. zoologisch-botanischen Gesellschaft in Wien wird eine Subvention von je 500 fl. für die Jahre 1895, 1896 und 1897 bewilligt.

31. (9617.) Referent Gem.-Rath Boschan: Ich habe die Ehre, an Stelle des Herrn Collegen Schlechter zu berichten. Die Verwaltung des Kronprinz Rudolf-Kinderhospitals im III. Bezirke ist um eine Subvention eingeschritten. Der Gemeinderath hat zuletzt mit Beschluß vom 5. August 1892 dieser Anstalt für drei Jahre, und zwar für die Jahre 1892, 1893 und 1894, eine Subvention von 1250 fl. gewährt. Nachdem diese Zeit nun abgelaufen ist, schreitet der Verein neuerdings ein und es wird der Antrag gestellt, welcher, wie ich glaube, bei der allgemein bekannten Nützlichkeit und Nothwendigkeit dieses Institutes nicht näher begründet werden muß, auch für die Jahre 1895, 1896 und 1897 eine jährliche Subvention von 1250 fl. zu bewilligen. Ich bitte die geehrten Herren um Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — *Angenommen.*

Beschluß: Dem Verwaltungs-Comité der Kronprinz Rudolf-Kinderhospitalstiftung im III. Bezirke wird eine Subvention von je 1250 fl. für die Jahre 1895, 1896 und 1897 bewilligt.

32. (164.) Referent Gem.-Rath Dr. Vogler: Ich habe die Ehre, zur Zahl 164 zu referieren. Das Referat steht seit Februar auf der Tagesordnung.

Gem.-Rath Jedlicka: Lauter! Man hört nicht ein Wort!

Bürgermeister: Erstens ist gar kein Anlaß zu einer Aufregung, und zweitens hat der Referent ja noch gar nicht angefangen. (Lebhafte Heiterkeit rechts.)

Referent (fortfahrend): Herr Gem.-Rath Dr. Proßsch und Genossen haben am 22. December v. J. folgenden Antrag gestellt (liest):

„Die Verordnung des Unterrichtsministers vom 27. Juni 1891 legte das Volksschulgesetz in einer Weise aus, daß bei der Besetzung der Lehrstellen an Volks- und Bürgerschulen die männlichen Lehrkräfte gegenüber den weiblichen zurückgesetzt werden, indem für die Lehrer- und Leiterstellen an Mädchenschulen auch dienstältere Lehrer mit bester Qualifikation nicht präsentiert werden dürfen. Dadurch wurde ein Zurückdrängen der männlichen Lehrkräfte eingeleitet, das nicht wünschenswert erscheint. Die männlichen Lehrkräfte sind diesfalls beim Unterrichtsminister vorstellig geworden, und der Gefertigte beantragt, der löbliche Gemeinderath wolle diese Bestrebungen der Lehrer in geeigneter Weise unterstützen.“

Nun, meine sehr geehrten Herren, der Stadtrath hat diesen Antrag einer Erwägung unterzogen, aber er hatte es eigentlich nicht nöthig, in das Meritum desselben näher einzugehen, weil schon lange bevor dieser Antrag im Gemeinderathe gestellt worden ist, und bevor die Lehrerschaft ihre Petition an das Unterrichtsministerium überreicht hatte, der Stadtrath in der Angelegenheit, die in diesem Antrage berührt worden ist, Stellung genommen hat, und zwar in einer Weise Stellung genommen hat, welche den Intentionen dieses Antrages vollkommen entspricht. Der Stadtrath hat infolgedessen über Antrag Proßsch und Genossen beschlossen, dem Gemeinderathe mündlich Bericht zu erstatten über jene Schritte, welche der Stadtrath in dieser Angelegenheit unternommen hat, und ich erlaube mir daher, des Näheren auf diesen Gegenstand einzugehen.

Die Angelegenheit ist zunächst bei der Geschäftsführung des Stadtrathes praktisch geworden anlässlich jenes Falles, der als Fall Rajtan bekannt geworden ist. Es handelte sich um die Präsentierung eines Leiters für die ausgeschriebene Oberlehrerstelle an der Mädchen-Volksschule im IV. Bezirke, Allee-gasse 11. Der Stadtrath hat für diese Stelle unter dem 12. Juli 1892 eine männliche Lehrkraft präsentiert, trotzdem der Bezirkschulrath in der Note, mit welcher er den Präsentationsact dem Stadtrathe übermittelte, bemerkt hatte, daß für diese Stelle eine weibliche Lehrkraft zu präsentieren sei. Der Stadtrath wurde hierauf vom Landes-Schulrath, als der Act an diesen gelangt war, aufgefordert, zunächst seinen Beschluß zu rechtfertigen in der Richtung, warum dem Verlangen des Bezirks-Schulrathes nach Präsentierung einer weiblichen Lehrkraft nicht Folge gegeben wurde. Der Stadtrath hat diese Rechtfertigung in der Weise erstattet, daß er darauf hinwies, daß er sich veranlaßt sehen mußte, einen Mann, der 29 Dienstjahre zähle und von diesen 26 Jahre an Mädchenschulen vollstreckt hatte und der eine vorzügliche Qualifikation hatte, weiblichen Lehrkräften vorzuziehen, welche zumindest, was Dienstzeit betrifft, erheblich gegen den Betreffenden zurückstanden.

Trotz dieser Äußerung des Stadtrathes hat der Landes-Schulrath die Präsentation nicht bestätigt, wovon der Stadtrath im September 1892 verständigt wurde.

Der Stadtrath beschloß, sofort gegen diese Nichtbestätigung den Recurs an das Ministerium zu ergreifen. Das ist geschehen. Der Recurs wurde abgewiesen. Der Stadtrath hat darauf eine Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof ergriffen, worüber ja in der Plenarsitzung vom 12. Jänner 1893 referiert worden ist.

Wie die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes ausgefallen, das ist auch allen bekannt. Dieselbe datiert vom

10. Jänner 1893, und gieng dahin, daß der Beschwerde der Gemeinde Folge gegeben werde, weil die Concursauschreibung ohne Rücksicht auf das Geschlecht, also für männliche und weibliche Lehrkräfte, erfolgte, und insolge dessen weil der präsentationsberechtigte Stadtrath in der Lage gewesen ist, entweder eine männliche oder eine weibliche Lehrkraft für diese Stelle zu präsentieren.

Der Stadtrath hat aber gleichzeitig, als der erste Recurs gegen die Nichtbestätigung in dieser Angelegenheit ergriffen wurde, ein Promemoria an Se. Excellenz den damaligen Herrn Unterrichtsminister gerichtet, in welchem so ziemlich die sämtlichen Gründe dargelegt sind, welche später in der Petition der Lehrerschaft an den Unterrichtsminister in dieser Frage geltend gemacht worden sind.

Es wurde in diesem Promemoria, welches auf Antrag des damaligen Vice-Bürgermeisters Dr. Gröbl vom Stadtrathe beschlossen worden ist, dargelegt, daß, wenn gleich der Stadtrath sich entschlossen habe, den Rechtsweg in dieser Angelegenheit zu betreten, er, abgesehen von diesem Rechtswege, es für zweckmäßig erachte, dem hohen Ministerium jene Zweckmäßigkeitsmomente vorzuführen und eingehend zu erörtern, welche der Anordnung des Ministeriums vom Jahre 1891, welche dahin gieng, daß sämtliche Lehrstellen an Mädchenschulen in erster Linie mit weiblichen Lehrkräften zu besetzen seien, entgegenstehen.

Es wurde zwar der Bedeutung der Lehrerinnen für die Mädchenerziehung im allgemeinen die vollste Anerkennung gezollt, und es wurde anerkannt, daß in dieser Richtung nicht geleugnet werden kann, daß, was die ethische Bedeutung der Erziehung betrifft, Vieles und Nützliches durch die Erziehung durch Lehrerinnen geschaffen werde. Andererseits wurden aber auch verschiedene Bemerkungen widerlegt, welche angeblich für die Bevorzugung — denn um eine solche Bevorzugung des weiblichen Geschlechtes bei der Besetzung der Schulleiter-Stellen könnte es sich hier eigentlich nur handeln — sprechen.

In dieser Richtung wurde von anderer Seite geltend gemacht, es sich ja am Lande zeige, daß dort die Lehrerinnen in ganz erspriesslicher Weise wirken, und daß dort eine ziemlich große Zahl derselben sogar an Knabenschulen angestellt sind. Dagegen wurde bemerkt, daß am Lande dieser Fall vielleicht deshalb leichter möglich sei, weil dort eine geringere Schüleranzahl in einer Classe und vielleicht ein lentfameres und gefügigeres Schülmateriale vorhanden sei.

Es wurde auch darauf hingewiesen, daß in manchen kleinen Orten die Erhaltung einer Frau leichter möglich sei als einem Manne, namentlich bei dem geringen Gehalte, der nach dem jetzt bestehenden Ortschaftensysteme in kleineren Orten der männlichen Lehrkraft ausgesetzt sei.

Andererseits wurde auf die Klosterschulen hingewiesen, welche zum Theile unter weiblicher Leitung stehen. Dieser Hinweis wurde damit widerlegt, daß es sich bei den Klosterschulen im wesentlichen um Internate handle, bei welchen das Erziehungsmoment, die erzieherische Aufgabe von ungleich größerer Bedeutung sei als in den Externaten, als welche unsere Volksschulen im allgemeinen erscheinen; es wurde insbesondere darauf hingewiesen, daß in allen diesen Klosterschulen gewiß auch ein geringerer Parteienverkehr stattfindet.

Es wurden in dem Promemoria dann des Ausführlichen alle jene Momente geltend gemacht, welche dafür sprechen, speciell die Leiterstellen an den Volksschulen in Wien und insbesondere an den

großen Volksschulen, welche wir hier haben, männlichen Lehrpersonen anzuvertrauen.

Es wurde hingewiesen auf die Aufrechterhaltung der Ordnung und Disciplin in der Schule, auf die Aufgabe, welche dem Leiter in Bezug auf die Aufsicht und das gedeihliche Zusammenwirken des Lehrkörpers obliegt, auf die Vermittlung und unparteiische Entscheidung bei den nicht allzu selten vorkommenden Differenzen im Schoße des Lehrkörpers, auf die Wahrung des Ansehens der Schule gegenüber dem Publicum, auf die mannigfaltigen Geschäfte administrativer Natur, welche dem Schulleiter obliegen, auf den Verkehr mit den vorgesetzten Behörden und mit den Eltern der Kinder und auf vieles andere, als auf Umstände, welche gewiß ebensoviel Energie erfordern, als eine ununterbrochene physische Disposition, über welche die Kräfte einer Frau nicht zu verfügen vermögen. (Unruhe und Ruhe links: Man hört nichts!)

Bürgermeister: Ich bitte, der Herr Referent spricht so laut er kann, er ist auch ganz gut vernehmlich, es muß nur so ruhig sein, wie es überhaupt immer sein sollte. (Gem.-Rath Strobach ruft dazwischen.) Herr Gem.-Rath Strobach, ich bitte, beruhigen Sie sich.

Referent (fortfahrend): Ich wollte nur bemerken, daß das alles Umstände sind, welche ebensowohl eine entsprechende Energie als eine ununterbrochene physische Disposition erfordern, über welche normalerweise die Kräfte einer Frau nicht zu verfügen vermögen; sie lasten derselben eine moralische und geistliche Verantwortung auf, welcher voll und ganz nur der Mann entsprechen kann. Vereinzelte Ausnahmen, deren Vorkommen zugegeben werden kann, können an der Wahrheit dieses Satzes nichts ändern.

In diesem Memorandum wurde endlich auch hingewiesen auf die große Verringerung, welche die Aussicht auf das Avancement bei den männlichen Lehrkräften erfahren muß, wenn sämtliche Leiterstellen an Mädchenschulen den weiblichen Lehrkräften vorbehalten sind. In dem Zeitpunkte, in welchem dieses Memorandum überreicht wurde, d. i. im März 1893, waren an unseren Volksschulen 1893 männliche und 928 weibliche Lehrkräfte thätig. Das Verhältnis der männlichen zu den weiblichen Lehrkräften war daher nahezu 2 : 1. Wenn nun berücksichtigt wird, daß eventuell bei vollster Durchführung des vom damaligen Unterrichtsminister ausgesprochenen Principes nur 133 Schulleiterposten für männliche Lehrkräfte verbleiben würden, 94 aber ausschließlich weiblichen Personen vorbehalten werden würden, so käme man zu dem Resultate, daß ein Mann erst nach 30 Jahren eine Leiterstelle erreichen könnte, während einer Frau dies bereits nach sechzehn- bis achtzehnjähriger Dienstzeit möglich gewesen wäre. Es wurde endlich noch auf verschiedene volkswirtschaftliche Momente hingewiesen. Kurz und gut: Es wurde in dieser Denkschrift die ganze Frage meines Erachtens so erschöpfend erörtert, daß alles, was später eigentlich gefolgt ist, auf den Inhalt und die Ausführungen dieser Denkschrift zurückbezogen werden kann.

Der Stadtrath hatte ferner Gelegenheit, sich mit dieser Sache zu befassen, als es sich um die Besetzung der Leiterstelle an der Schule im III. Bezirke, Salmgasse Nr. 9, handelte. Hier war ein Concurs ausgeschrieben worden. Nach der Ausschreibung des Concurses und als die Sache beim Ortschaftsrathe wegen des Vorschlages in Verhandlung stand, hat der Bezirkschulrath die Verfügung getroffen, daß diese Stelle ausschließlich einer weiblichen Lehrkraft vorbehalten sei, und es ist an den Ortschaftsrath der Auftrag ergangen,

nur weibliche Lehrkräfte zu präsentieren. Der Ortschulrath ist dieser Verfügung nicht nachgekommen und hat in seinen Vorschlag zwei Lehrer und eine weibliche Lehrkraft hineingenommen.

Der Act gelangte an den Stadtrath, und der Stadtrath beschloß, sofort den Recurs gegen die Verfügung zu ergreifen, wonach diese Stelle ausschließlich mit einer weiblichen Lehrkraft zu besetzen sei. Der Landeschulrath hat den Recurs abgewiesen. Der Minister hat jedoch schließlich dem Recurse der Gemeinde Folge gegeben, im wesentlichen mit der Begründung, die auch von der Gemeinde in ihrem Recurse geltend gemacht worden ist, daß die Ausschreibung des Concurses für männliche und weibliche Lehrpersonen stattgefunden hat und nach den betreffenden gesetzlichen Vorschriften der Präsentationsberechtigte, ohne an den Vorschlag des Ortschulrathes gebunden zu sein, berechtigt ist, diejenige Person unter den Bewerbern zu präsentieren, beziehungsweise zu ernennen, welche ihm als die geeignetste erscheint.

Ein dritter Fall ergab sich, als es sich um die Systemisirung einer Directorinstelle im XIX. Bezirke, Kreindlgasse, handelte. Der Stadtrath hat hier den principiellen Standpunkt eingenommen, daß das Reichs-Volkschulgesetz zwar eine Oberlehrerin, aber keine Directorin kenne, und hat aus diesem Grunde gegen die Systemisirung einer Leiterstelle an einer Bürgerschule ausschließlich als eine „Directorinstelle“ den Recurs an den Landeschulrath ergriffen. Der Recurs wurde abweislich erledigt.

Ein anderer Fall ergab sich, als es sich um die Concursausreibungen für die Directorinnenstellen an den Schulen II. Bezirk, Holzhausergasse Nr. 7 und Czerninplatz Nr. 3, handelte.

Hier waren zwei Leiterstellen zur Erledigung gekommen; beide sollten nach einer Verfügung des Landeschulrathes ausschließlich mit weiblichen Lehrkräften besetzt werden. Der Stadtrath hat auch hier den Recurs gegen die landeschulrathliche Verfügung beschloßen. Der Recurs wurde abgewiesen; es wurde an das Ministerium recurriert; da jedoch die Concursauschreibung dadurch nicht aufgehoben wurde, der Act an den Stadtrath gelangt war und aus diesem Acte sich ergab, daß für diese Stellen keine weiblichen Competentinnen sich beworben haben, wurde dieser Recurs der Gemeinde gegenstandslos. Die Stellen wurden mit männlichen Lehrkräften besetzt.

Ein fünfter Fall ergab sich bei der Concursauschreibung für die Directorinnenstellen im I. Bezirke, Jedlitzgasse, im II. Bezirke, Leopoldsgasse, im III. Bezirke, Rochusgasse, und im IX. Bezirke, Herzgasse. Auch in diesen Fällen ergriff der Stadtrath gegen die Verfügung des Bezirkschulrathes, daß diese Leiterinnenstellen ausschließlich mit weiblichen Lehrkräften zu besetzen seien, den Recurs; als derselbe abgewiesen wurde, den Ministerial-Recurs und als auch dieser abgewiesen wurde, wurde im Stadtrathe die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof beantragt, welche hier im Plenum am 31. Juli beschloßen wurde und noch anhängig ist. Gleichzeitig hat der Stadtrath noch beschloßen, gegen die Verfügung des Landeschulrathes den Recurs zu ergreifen, welche nach der Abweisung des Ministeriums erfließen ist und in welcher der Landeschulrath neuerdings Verfügungen bezüglich der neuerlichen Concursausreibungen traf. In dieser Richtung steht die Entscheidung des Ministeriums noch bei dem Stadtrathe in Verhandlung.

Ein anderer Fall ergab sich, als es sich um die Concursausreibungen für sämtliche erledigte Lehrerinnenstellen an den Mädchen-Volks- und Bürgerschulen Wiens handelte, welche Concursausreibungen unter dem 20. November 1893 vom Bezirkschul-

rathe verfügt worden sind. In die Concursausreibungen wurde damals vom Bezirkschulrathe die Clausel aufgenommen, daß bezüglich aller Stellen an Mädchenschulen zu gelten habe, daß dieselben in erster Linie mit weiblichen Lehrkräften zu besetzen seien. Der Stadtrath hat gegen diese Concursausreibungen unter dem 29. November 1893 den Recurs ergriffen.

Über die erfolgte Abweisung dieses Recurses seitens des Landeschulrathes wurde der Ministerial-Recurs an das Ministerium für Cultus und Unterricht ergriffen. Dieses Ministerium hat nun unter dem 23. Juni 1894 die Angelegenheit mit einem Erlasse erledigt, durch welchen die Concursausreibungen aufgehoben wurden wegen mangelhaften Verfahrens.

Es ist in diesem Erlasse ausgeführt, daß die gedachten Concursausreibungen nicht klar seien, weil nicht klar ausgesprochen sei, in welcher Weise die Besetzung der betreffenden Lehrstellen stattfinden soll. Es sei allerdings richtig, daß nach § 14 des Reichs-Volkschulgesetzes die Lehrstellen an selbstständigen Mädchenschulen in der Regel in erster Linie mit weiblichen Lehrkräften zu besetzen seien. Allein nach § 15 des letztcitirten Gesetzes können Lehrstellen an Mädchenschulen auch männlichen Lehrkräften übertragen werden. Aus dem in diesem Paragraphen angesichts der Bestimmung des § 14 des Reichs-Volkschulgesetzes gebrauchten Ausdrucke „übertragen“ ergibt sich, daß, wenn besondere Verhältnisse die Anstellung männlicher Lehrkräfte an Mädchenschulen entweder zur Gänze oder auch nur theilweise als nothwendig oder zweckmäßig erscheinen lassen, dies von dem hiezu competenten Landeschulrathe ausdrücklich ausgesprochen werden muß.

An diese Entscheidung reichte das Ministerium eine Verfügung für die Zukunft, indem es aussprach, daß in jeder Concursauschreibung in Zukunft klar ausgesprochen werden müsse, ob die betreffende Stelle nur mit einer weiblichen oder nur mit einer männlichen Lehrkraft zu besetzen ist, oder ob die Bewerbung um Stellen Lehrkräften beiderlei Geschlechtes eingeräumt wird.

Gegen diese Entscheidung des Ministeriums glaubte der Stadtrath beim Gemeinderathe die Ergreifung der Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof beantragen zu müssen, insofern als das Präsentationsrecht der Gemeinde durch die Verfügung des Ministeriums für die Zukunft tangiert erscheint. Die Beschwerde ist noch anhängig.

Der Stadtrath hat jedoch unter einem gegen die gleichzeitig intimierte Verfügung des Landeschulrathes den Recurs ergriffen. Es hat nämlich der Landeschulrath in dem Intimations-Decrete, mit welchem dem Stadtrathe dieser Ministerial-Erlaß bekanntgegeben wurde, verfügt (liest):

„Unter einem werden die angefochtenen Concursausreibungen vom 11. und 20. November 1893, Z. 5727 und 7321, aufgehoben und wird der Bezirkschulrath aufgefordert, den Concurs für die erledigten Lehrstellen an Mädchenschulen neuerdings und sofort auszuschreiben und wären, insofern der Bezirkschulrath in dem angefochtenen Beisatze der erwähnten Concursausreibungen bereits ausgesprochen hatte, daß die erledigten Lehrstellen an den genannten Mädchenschulen gemäß dem § 14 des Reichs-Volkschulgesetzes in erster Linie mit einer weiblichen Lehrkraft zu besetzen sind, alle diese Lehrstellen derart auszuschreiben, daß die Bewerbung um diese Lehrstellen auf die weiblichen Lehrkräfte beschränkt wird.“

Der Stadtrath glaubte, in dieser Verfügung die Entscheidung erblicken zu müssen, daß auch für die neu angeordneten Concursausreibungen von Seite des Landeschulrathes sofort das Ge-

schlecht der Lehrkräfte bestimmt wird, was gewiß nicht in der Intention des Ministeriums gelegen war, weil das Ministerium lediglich angeordnet hatte, daß in jedem einzelnen Falle, daß bezüglich jeder einzelnen Lehrstelle zu constatieren und zu prüfen ist, ob für diese Lehrstelle eine männliche oder weibliche Person zu präsentieren sein wird.

Die Erledigung des Ministerial-Recurres ist erst jetzt herabgelangt und sie geht im wesentlichen dahin, daß die Verfügung des Landes Schulrathes als eine endgültige Anordnung, insbesondere nicht über das Geschlecht der Lehrkräfte angesehen werden könne, und wurde übrigens der Landes Schulrath angewiesen, die einzelnen Fälle genauer zu untersuchen.

Mittlerweile hatte der Landes Schulrath übrigens selbst diesen Standpunkt bereits eingenommen und erklärte die Auffassung des Stadtrathes bezüglich dieses Passus in seinem Intimations-Decrete selbst für einen Irrthum. Er hat nämlich den Bezirks Schulrath angewiesen, bezüglich jeder einzelnen ausgeschriebenen Stelle einen Bericht zu erstatten, ob dieselbe mit einer männlichen oder weiblichen Lehrkraft zu besetzen sei.

Wir haben dann noch einige andere Fälle bezüglich der Stellen an Systemisirung von Mädchenschulen, die im wesentlichen ähnlicher Natur sind wie die bereits besprochenen.

Eine andere neue Seite der Frage entstand dadurch, daß plötzlich im August d. J. eine Verfügung des Landes Schulrathes kam, wonach der Bezirks Schulrath angewiesen wurde, bei der Besetzung einer provisorischen Stelle an einer Mädchenschule dieselbe mit einer weiblichen Kraft zu besetzen. Nach dem Gesetze steht die Besetzung einer provisorischen Lehrstelle ausschließlich dem Bezirks Schulrath zu. Der Landes Schulrath hat hier eine Verfügung getroffen, welche über seine Competenz hinausgeht, beziehungsweise er hat die gesetzliche Competenz des Bezirks Schulrathes ignoriert. Der Stadtrath glaubte infolgedessen auch hingegen den Recurs ergreifen zu müssen. Der Recurs ist noch nicht erledigt, wenigstens ist die Erledigung bisher der Gemeinde noch nicht zugestellt. Aber das kann ich constatieren, daß die Praxis bereits abgestellt erscheint, indem in allen weiterfolgenden Erlässen des Landes Schulrathes die betreffende Clausel, das heißt die Weisung an den Bezirks Schulrath, die provisorischen Lehrstellen mit einer weiblichen Kraft zu besetzen, in Wegfall gekommen ist. Damit wäre ich mit meinem Berichte am Ende.

Ich glaube, aus diesem Berichte werden Sie entnehmen, daß der Stadtrath in dieser Angelegenheit alles gethan hat, was im Interesse der Schule und vom Standpunkte des Interesses der Gemeinde in dieser Angelegenheit von Seite der präsentationsberechtigten Körperschaft geschehen konnte. Ich glaube, daß der Stadtrath die Sache wesentlich zur Klärung gebracht hat durch das Memorandum, welches er aus Anlaß des Falles K a j t a n schon im März 1893, also gleich zu jener Zeit, wo die Sache noch im Embryo lag, an das Ministerium gerichtet hat. Der Stadtrath hat in allen späteren Fällen consequent eine und dieselbe Haltung beobachtet, und ich glaube aus der Darstellung auch constatieren zu können, daß der Stadtrath bei dieser Haltung bereits wiederholt Erfolge aufzuweisen gehabt hat. Ich bitte, diesen Bericht des Stadtrathes zur Kenntnis zu nehmen.

Gem.-Rath Dr. Prokisch: Die Schülerlässe, welche den Gegenstand des vorliegenden Referates bilden, betreffen — wie ich glaube — nicht bloß die materiellen Interessen der Lehrer, sondern (Gem.-Rath S t r o b a c h: Die Wahlen!) sie betreffen in erster

und hervorragender Linie die Interessen der Schule selbst. (Auf links: Zweiter Wahlkörper!) Die Gemeinde bringt gewiß gerne große Opfer für die Schule, aber es ist auch Recht der Gemeinde, in derlei wichtigen Schulangelegenheiten ein Wort drein zu reden (Sehr richtig!), und ich glaube, es ist sogar Pflicht der Gemeinde, gegenüber Grundsätzen, welche einen großen Theil der Lehrerschaft beunruhigen, ja dieselben in ihrem Fortkommen, in ihrer Existenz geradezu bedrohen, klar und entschieden Stellung zu nehmen. Nach unserem Landesgesetze steht der Lehrerin der Zutritt zu den unteren Classen der Knaben-Volksschulen offen.

Die Tendenz der Schülerlässe geht nun dahin, den Lehrer aus der Mädchenschule auszuschließen, und die Dinge würden sich, wenn es nach diesen Erlässen gienge, so entwickeln, daß dem Lehrer als unbestrittenes Arbeitsgebiet lediglich die oberen Classen der Knaben-Volksschule und die Knaben-Bürger Schulen verbleiben. Das wäre, wie ich hier constatieren muß, nach meiner Ansicht eine ganz verkehrte Welt. (Sehr richtig!)

Meine Herren! Es liegt mir ferne, den legitimen Beruf der Lehrerin in der Schule zu bestreiten. Ich anerkenne mit dem Memorandum, welches wir unserem gegenwärtigen hochverehrten Herrn Bürgermeister verdanken, daß insbesondere die ethische Seite der Erziehung der Kinder durch die Frau in hervorragender und ausgezeichnete Weise gefördert werden kann, aber das ist gewiß nicht alles!

Wenn wir einen großen Theil unserer Wiener Schulen bei den Wiener Verhältnissen dem weiblichen Geschlechte übergäben, so würde gewiß die Schule einseitig und schwächlich. (So ist es! rechts.) Sie können im Leben oft aus dem Munde von Frauen, die eine ausgezeichnete Erziehung genossen haben, hören: Ja, imponiert hat mir nur dieser oder jener Lehrer. Und wenn einer von Ihnen, meine Herren, für den häuslichen Unterricht eine Lehrkraft zu sich nimmt — ich bin überzeugt, in den weitaus meisten Fällen wird die Wahl auf eine männliche Lehrkraft fallen. Es ist höchst charakteristisch, daß die Privat-Mädchenschulanstalten — und deren Directionen sind doch gewiß gezwungen, in erster Linie die Wünsche der Eltern zu berücksichtigen — zum überwiegenden Theile männliche Lehrkräfte beschäftigen. Ja, meine Herren, die kaiserlichen Mädchen-Erziehungsanstalten selbst können der Mithilfe, und zwar der ausgiebigen Mithilfe männlicher Lehrkräfte nicht entbehren.

Es ist ja noch nicht lange her, daß die Lehrerin in unseren Schulen aufgetreten ist. Sie können noch in der politischen Verfassung unserer Volksschulen den Satz lesen, daß den Lehrpersonen ein männliches, sich stets gleich bleibendes Benehmen empfohlen wird. Es ist gut möglich — und ich glaube es — daß, wenn das weibliche Geschlecht sich durch längere Zeit — aber das wäre gewiß Sache von Generationen — dem Lehrberufe widmet, die Lehrerin dann auch genau daselbe wird, was der Lehrer ist, nicht mehr und nicht weniger und nichts anderes.

Aber, meine Herren, ich würde diese Entwicklung bedauern. Denn sehen Sie, unsere Verhältnisse sind gegenwärtig so, daß die Eltern, der Vater und die Mutter, von der Sorge um das tägliche Brot erschöpft werden. Das Elternhaus kann dem Kinde oft das nicht bieten, was es ihm in erster Linie bieten soll: die Entfaltung seiner gemüthlichen Anlagen. Die Aufgabe des Hauses geht zum Theile auf die Schule über, und je mehr sich dieser Proceß entwickelt, desto mehr, sage ich, ist die Stellung der Lehrerin in der Schule gesichert. Sie sehen, daß ich das Auftreten der Lehrerin in

der Schule nicht etwa einseitig als eine Phase der Frauen-Emancipation betrachte, sondern als eine aus unseren socialen Verhältnissen sich ergebende, der Schule förderliche Erscheinung.

Der heißeste Kampf ist um die Leiterstellen entbrannt. Es wurden verschiedene Analogien angezogen, und sie werden auch anderswo angezogen. Die Klosterschulen! Meine Herren, die sind doch vom Weltlichen viel zu viel abgekehrt. Die Schulen auf dem Lande, glaube ich, bieten überhaupt eine geringe Analogie mit unseren großstädtischen Verhältnissen. Es sind zwei Beispiele, auf die hingewiesen wird, nämlich das Hernalser Officierstöchter-Institut und das Civil-Mädchen-Pensionat. Das sind zwei Institute, an deren Spitze, wie ich constatieren muß und gerne constatiere, weibliche Kräfte mit ausgezeichnetem Erfolge thätig sind. Aber, meine Herren, diese Anstalten sind Internate, sie haben eine geringe Anzahl von Schülern, durchwegs aus sogenannten besseren Häusern. Der Leiter einer derartigen Schule hat eine ganz andere Aufgabe, als der Leiter einer großen Wiener Volksschule. (Unruhe links. — Gem.-Rath Dr. Lueger: Das gehört nicht zur Sache!)

Bürgermeister: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen. Jetzt hat Herr Gem.-Rath Dr. Procksch das Wort. Er ist bei der Sache. Der Bericht des Referenten hat sich mit der Sache beschäftigt, in welchem Maße männliche und weibliche Lehrkräfte in der Schule in Verwendung kommen. Damit beschäftigt sich auch der Herr Redner. (Zwischenruf des Gem.-Rathes Strobach.) Ich bitte, Herr Gem.-Rath Strobach, unterbrechen Sie nicht immer.

Gem.-Rath Dr. Procksch: Meine Herren! Ich sage, daß eine solche große Wiener Volksschule mit einer Schülerzahl von 500 bis 600, mit einem großen Lehrkörper, mit einem Schülermaterial, welches Bevölkerungsfreien angehört, die der Schule nicht fördernd zur Seite stehen, sondern gleichgiltig, ja feindlich derselben gegenüberstehen, an den Leiter solche Anforderungen stellen, welche in der Regel eine Lehrerin nicht wird erfüllen können.

Meine Herren! Ich habe absichtlich von den materiellen Interessen der männlichen Lehrer hier nicht gesprochen, aber die Gerechtigkeit gebietet es, einiges hervorzuheben. (Erneuerte Unruhe links.)

Bürgermeister: Darf ich bitten! Es werden auch die Redner von dieser (linken) Seite mit voller Aufmerksamkeit angehört. (Gem.-Rath Strobach ruft dazwischen.) Herr Gem.-Rath Strobach, Sie unterbrechen in einemfort. (Zwischenruf seitens des Gem.-Rathes Jedlička.) Herr Gem.-Rath Jedlička, ich muß Sie zur Ordnung rufen, das ist eine Beleidigung! — Meine Herren! Das ist kein lokaler Vorgang, einem Mitgliede der Versammlung es unmöglich zu machen, zu reden. (Gem.-Rath Dr. Rechanský: Ist aber Methode!) Herr Gem.-Rath Purscht, Sie haben nicht das Wort. (Erneuerte Unruhe.) Meine Herren! Machen Sie nicht aus einer öffentlichen Gemeinderaths-Verhandlung eine Komödie. (Bravo! rechts. — Zu Gem.-Rath Dr. Procksch gewendet.) Bitte fortzufahren.

Gem.-Rath Dr. Procksch: Gerechtigkeit aber gebietet, Folgendes anzuführen: Es gibt, wie bereits vom Herrn Referenten hervorgehoben wurde, zwei Drittel männliche, ein Drittel weibliche Lehrkräfte, und man hat ausgerechnet, daß Lehrer, welche über 22 Dienstjahre haben, in einer Zahl von 300 vorhanden sind, Lehrerinnen nur 46. Würden nun sämtliche Leiterstellen an Mädchenschulen den Lehrerinnen vorbehalten, so stünden denselben 94, den Lehrern nur 133 Leiterstellen offen. (Hört!) Meine

Herren, das ist ein Verhältnis, welches geradezu ungeheuerlich ist. Sie sehen, 300 dienstältere Lehrer — 133 Leiterstellen, 46 dienstältere Lehrerinnen — 94 Leiterstellen. Sie wissen ja, daß leider aus Mangel an Stellen es unmöglich ist, alle ausgezeichnet qualifizierten Lehrer zu Oberlehrern zu machen. Wenn aber diese Grundsätze, die wir hier bekämpfen, zum Durchbruche kämen, dann würde die Aussicht eines Lehrers, einen Leiterposten zu erlangen, außerordentlich gering, und das würde den männlichen Lehrkräften geradezu die Berufs- und Schaffensfreude nehmen!

Der Herr Referent hat Ihnen die ganze Action des Stadtrathes vor Augen geführt. Er hat Ihnen gezeigt, daß der Stadtrath stets consequent seinen Grundsatz verfochten hat durch eine Reihe von Jahren, und wie ich jetzt gleich sagen kann, auch zum großen Theile mit Erfolg.

Gestatten Sie mir nun, daß ich gegenüber den gehäuften Anführungen von Beispielen Ihnen den nunmehrigen Stand der Angelegenheit kurz vorführe.

Im Mittelpunkt steht der Ministerial-Erlass vom 23. Juni d. J. In diesem Erlasse wird ausgeführt, daß bei jeder Concursauschreibung zunächst zu entscheiden sei, ob die betreffende Stelle einem Lehrer oder einer Lehrerin oder einem Lehrer und einer Lehrerin zugleich zugänglich sein solle.

Dieser Grundsatz hat nun eine consequente Ausbildung gefunden, er wurde sozusagen in ein System gebracht. Man hat nämlich gefunden, wenn bei jeder Concursauschreibung das Geschlecht des Bewerbers zu unteruchen und festzustellen ist, dann kommt man aus den Recursen nicht heraus und hat daher einfach die Schuloberbehörde verjucht, das Geschlecht in die Systemisierung aufzunehmen.

Es gab aber, meine Herren, noch etwas zu bewerkstelligen. Wie ist es denn, wenn der Bezirksschulrath etwa provisorisch lauter Lehrer anstellt? Dann könnten im gegebenen Falle Lehrerinnen überhaupt nicht in Vorschlag gebracht werden. Es wurde daher verfügt, daß an Mädchenschulen auch provisorisch männliche Lehrkräfte nur mit Zustimmung des Landes Schulrathes angestellt werden können. Das ist das System, das vor uns liegt, mit dem wir es zu thun haben. Ich glaube, daß das ein Erbstück aus dem Ministerium Taaffe, aus dem Ministerium Gautsch ist, von dem wir überhaupt mehrere Erbstücke übernommen haben. (Unruhe links.) Meine Herren! Die Frage ist doch ernst und wichtig genug, daß ich mir erlauben kann, sie hier eingehender zu besprechen und das Für und Wider des Gesetzes vorzubringen.

Betrachten wir nun die einzelnen Punkte, zunächst Concursauschreibung. (Anhaltende Unruhe links. Bürgermeister gibt das Glockenzeichen.)

Es fällt zunächst auf, daß das Reichs-Volksschulgesetz durch 25 Jahre in Kraft gewesen ist und es bisher noch niemandem einfallen ist, das Geschlecht der Bewerber in die Concursauschreibung aufzunehmen. Man muß daher wohl annehmen, daß man hiebei vielleicht nicht etwas herausinterpretiert, sondern hineininterpretiert. (Fortdauernde Unruhe links.) Ich bemerke Ihnen, daß mich Ihre Unruhe nicht aus dem Contexte bringen wird. (Bravo! rechts.) Der § 2 des Gesetzes vom 5. October 1870 verfügt ausdrücklich, was in einer Concursauschreibung stehen soll.

Da heißt es, die Concursauschreibung habe nebst der Bezeichnung der Kategorie und des Dienstortes für jede erledigte Stelle den damit verbundenen Jahresgehalt und die Modalitäten seiner eventuellen Steigerung, sowie die beizubringenden Behelfe namhaft

zu machen und die Bewerber anzuweisen, ihre Gesuche bei der betreffenden Ortschulbehörde einzubringen. (Anhaltende Unruhe links.)

Bürgermeister: Meine Herren! Wenn auf dieser (rechten) Seite ein Mitglied auch nur lacht, so betrachten Sie das schon als eine Beleidigung und kommen in die größte Aufregung. Sie machen nun absichtlich Lärm. (Widerspruch links.) Es wäre ja außerordentlich leicht, stille zu sein. Sie brauchen nur nicht miteinander zu sprechen, dann ist es ruhig. Sie sprechen aber miteinander und erschweren es dem Herrn Gem.-Rathe Dr. Prokisch, seine Rede fortzusetzen. Wenn Sie empfindlich sind, so bitte ich, die gleiche Billigkeit doch auch für den Kollegen von der anderen Seite zu haben. (Rufe links: Wir sind ja mit ihm einverstanden! Gem.-Rath Jedlička: Uns haben Sie ersucht, kurz zu sein, und dort wird eine lange Rede gehalten.)

Gem.-Rath Dr. Prokisch (fortfahrend): Wenn von jener (linken) Seite bemerkt wird, daß die Herren ohnehin einverstanden sind, so ist mir dieser Zuruf sehr willkommen; aber leider sind die Schuloberbehörden nicht in allen Theilen einverstanden, und deswegen müssen Sie es doch wohl über sich ergehen lassen, daß ich etwas näher auf die Sache eingehe.

§ 14 des Reichs-Volksschulgesetzes, welchen das Ministerium für sich anruft, bestimmt allerdings, daß, wenn an einer Mädchenschule mehrere Lehrkräfte bestellt sind, die leitende Lehrerin den Titel „Oberlehrerin“ führt. Aber hieraus ist keineswegs der Schluß gerechtfertigt, daß an einer Mädchenschule nur eine Oberlehrerin angestellt werden kann. Im § 19 der Schulgesetz-Novelle vom Jahre 1883 wird beispielsweise bestimmt, daß der Leiter einer Bürgerschule den Titel „Director“ zu führen hat; gleichwohl soll dann doch wieder eine „Directorin“ bestellt werden können. Mit einem Worte: aus dieser Nomenclatur des Gesetzes läßt sich eine Folgerung überhaupt nicht deducieren. Im Gegentheile sagt aber das Gesetz ausdrücklich, daß auch an Mädchenschulen männliche Lehrkräfte und männliche Leiter angestellt werden können. Der wichtigste Einwand aber, meine Herren, den wir, die Gemeinde Wien, gegen die Auslegung des Ministerial-Erlasses haben müssen, ist der, daß derselbe mit dem Ernennungsrechte der Gemeinde nicht vereinbarlich ist. Die Gemeinde hat als die Körperschaft, welche ihre Schulen erhält, das Recht, bei der Bestellung der Lehrpersonen, und zwar der Directoren, Oberlehrer, der Oberlehrerinnen, der Lehrer und Unterlehrer mitzuwirken, und zwar durch die Präsentation. Aber, meine Herren, es würde die Geduld der Opposition geradezu erschöpfen, wenn ich ausführen wollte, daß dieses Präsentationsrecht im wesentlichen nichts anderes ist, als ein Ernennungsrecht. Der Gemeinde Wien steht ein Ernennungsrecht zu und die von der Gemeinde präsentierten Lehrpersonen müssen vom Landeschulrath bestellt werden, ausgenommen in den im Gesetze genau vorgesehenen Fällen. In dieser Beziehung bestimmt § 50 des Reichs-Volksschulgesetzes, daß die Bestätigung eines Präsentierten nur verweigert werden kann, „wenn demselben erhebliche sittliche Gebrechen oder Handlungen zur Last fallen, wegen welcher die Entlassung eines schon angestellten Lehrers ausgesprochen werden könnte“. (Gem.-Rath Jedlička: Er macht Obstruction!)

Bürgermeister: Sie haben nicht das Wort, es schickt sich nicht, in die Versammlung hineinzuschreien. (Rufe links: Er liest! Unruhe links.)

Gem.-Rath Dr. Prokisch: Ich habe nichts von der Rede aufgeschrieben, ich habe bloß Gesetzesstellen vorgelesen.

Meine Herren! Alles dasjenige, was gegen diese Concursauschreibung vorgebracht werden kann, alles dasjenige gilt auch, selbstverständlich noch in einem erhöhten Maße, bezüglich der Systemisirungen. (Unruhe links.)

Bürgermeister: Ich bitte um Ruhe!

Gem.-Rath Dr. Prokisch (fortfahrend): Ich werde zum Schlusse eilen. — Wie steht die Sache gegenwärtig? — Ich weiß nicht, ob die geehrten Mitglieder der Opposition imstande sind, darüber eine entsprechende Auskunft zu geben. Heute steht die Frage so, daß wir, dank der consequenten Haltung des Stadtrathes, dank der unausgesetzten Bemühungen des Herrn Bürgermeisters und Ihrer Vertreter in den Schulbehörden, einen Zustand geschaffen sehen, mit dem wir wenigstens bis auf weiteres zufrieden sein können. (Gem.-Rath Strobach macht Zwischenrufe.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Strobach! Ich habe Sie heute schon wenigstens zehnmal ersucht, Ruhe zu halten. Sie werden sich nicht wundern dürfen, wenn ich auch einmal die Geduld verliere. Ich werde Sie nicht mehr ermahnen.

Gem.-Rath Dr. Prokisch (fortfahrend): Es ist die größte Calamität gewesen, daß eine Reihe von Leiterstellen durch Jahre hindurch nicht besetzt werden konnten, ich sage durch Jahre hindurch. Diesen traurigen Mißständen wird nunmehr abgeholfen. Es ist vom Landeschulrath ein Erlass verfügt worden, daß die erledigten Directoren- und Leiterstellen an Mädchen-Volks- und Bürgerschulen nunmehr zur Besetzung kommen sollen, und zwar in der Art, daß sämtliche Directorstellen, dann die Oberlehrerstellen, mit Ausnahme von zweien, den Lehrern oder den Lehrerinnen zugänglich sein sollen, und nur zwei Stellen, nämlich die Leiterstellen an den Mädchenschulen in der Paulanergasse und in der Ottakringer Hauptstraße, den weiblichen Lehrpersonen vorbehalten bleiben.

Meine Herren! Das ist ein Zustand der Dinge, mit dem wir wohl jetzt zufrieden sein können. Eine principielle Erledigung, meine Herren, liegt hierin nicht. Wir helfen den gegenwärtigen unhaltbaren Zuständen ab, und wenn der Erlass des Landeschulrathes an den Stadtrath herabkommt, so, glaube ich, kann dann der Standpunkt des Landeschulrathes ohneweiters getheilt werden, jedoch mit der Rechtsverwahrung, daß der principielle Standpunkt, den die Gemeinde in dieser Angelegenheit einnimmt, nicht alteriert wird. Die Frage der Concursauschreibung ist ja gegenwärtig beim Verwaltungsgerichtshofe anhängig. Dort soll dieser höchst wichtige Gegenstand zur endgiltigen Austragung kommen.

Was aber die provisorischen Besetzungen anbelangt, so wissen Sie bereits aus dem Munde des Herrn Referenten, daß der Standpunkt des Stadtrathes vollständige Anerkennung seitens der Schulaufsichtsbehörden gefunden hat.

Das unbedingte Recht des Bezirksschulrathes, provisorische Lehrkräfte anzustellen, ist anerkannt, und ich glaube, das ist ein ganz entschiedener Erfolg der Bemühungen, insbesondere unseres Herrn Bürgermeisters. (Beifall rechts.) Ebenso, meine Herren, glaube ich, daß der Gemeinderath allen Grund hat, dem Stadtrath und dem Herrn Bürgermeister für ihre consequente und energische Vertheidigung der Rechte nicht der Lehrer, sondern ich sage der Schule, dankbar zu sein. (Beifall rechts.) Wir werden immer und immer den Grundsatz festhalten, daß bei allen Lehrbesetzungen einzig und allein maßgebend sei die größere Würdigkeit des Bewerbers, daß aber niemals die Besetzungen erfolgen sollen

unter einseitiger Bedachtnahme auf das Geschlecht des Bewerber's. Ich empfehle Ihnen deshalb, den Bericht des Stadtrathes dankend entgegenzunehmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Gem.-Rath Gregorig: Sie werden mir zugeben, daß ich dem Herrn Vorsprecher sehr aufmerksam zugehört habe, und ich brauche jetzt die Worte nicht zu wiederholen, die er hier gesprochen hat. Der Eingang seiner Rede war mir aus der Seele gesprochen, aber zum Schlusse kommt, wie immer bei Reden von jener (rechten) Seite, ein kleiner Pferdefuß, der Herr Vorredner weiß sich doch mit gewissen Verfügungen zu befreunden, die meine Zustimmung nicht erlangen können.

Ich will nicht in die ganze Rede des Herrn Vorredners eingehen, nachdem die Zeit vorgeschritten ist, ich kann aber über gewisse Dinge nicht hinweggehen. Ich bedauere nur, daß die heutige Debatte nicht nächsten Freitag stattfindet, denn dann könnten die Herren einen Jahrestag feiern. Vor zwei Jahren, einen Tag vor dem heiligen Abend, hat der damalige Landmarschall-Stellvertreter die Vorlage über die Gleichstellung der Lehrer mit den Lehrerinnen auf die Tagesordnung gestellt, und damals ist der Antrag auf Gleichstellung mit nur einer Stimme Majorität angenommen worden. Es ist damals auch so gut gezählt worden, wie unsere Herren Schriftführer manchmal das Unglück haben, zu zählen. Nach meiner Ansicht war die Majorität nicht dafür, aber sie wurde enunciirt. Wer hat damals dafür gestimmt? Wir, die Opposition? Dr. Lueger, ich, oder Colleague Dr. Kupka? Nein! Das waren drei Herren aus dem Präsidium des Wiener Gemeinderathes: Bürgermeister Dr. Priz, Vice-Bürgermeister Dr. Richter und Herr Wagenauer; dann Schriftführer Dehm und die übrigen Herren, die hier sind, die im Landtage von Niederösterreich sitzen und der liberalen Partei angehören. Die haben alle für die Gleichstellung der Lehrerinnen mit den Lehrern gestimmt. (Hört! links) Wir waren dagegen. (Gem.-Rath Strobaß: Der Constantin aus Breitensee war auch dabei! — Heiterkeit.) Jetzt müssen Sie sich gefallen lassen, wenn die Consequenzen daraus kommen. Aber was war denn das, was Sie so freundlich für die Lehrerinnen gestimmt hat? Sie heißen uns Reactionäre, aber damals ist eine reactionäre Änderung des Gemeindestatutes auf der Tagesordnung gestanden, nämlich die Bestimmung des § 52 war damals in Verathung. Man wollte, daß wir nicht mehr Obstruction treiben, oder daß wir uns nicht mehr abentieren können. Sie haben damals nicht den Muth gehabt, der Regierung entgegenzutreten; Sie haben sich das damals decretieren lassen. Unter dem Ministerium Gautsch ist ja die Frauenprotection in größter Blüthe gestanden. Ich will einen Fall vorführen, der mir bekannt ist. Es sind zwei Lehrerinnen hier im Rathhause eingekommen; da wurde ihnen gesagt: Um Gotteswillen, es sind ohnehin 300 vorgemerkt — wir werden Sie halt auch vormerken. Man hat sie vorgemerkt. Die eine ist als erste vorgemerkt worden, das war die Tochter des Magistratsdirectors — die zweite hat heuer im Herbst noch keine Stelle gehabt, das war die Tochter eines Lehrers!

Meine Herren, wo ist hier Ihre Lehrerfreundlichkeit? Wollen Sie uns da vormachen, daß Sie heute aus purer Lehrerfreundlichkeit so vorgehen? Täuschen Sie, wen Sie wollen, uns nicht! Wir stehen für die Lehrer ein, aber Sie stehen für die Lehrer nur dann ein, wenn Sie sie brauchen; jetzt kommen die Wahlen, jetzt zeigen Sie Ihnen etwas!

Hätten Sie damals gestimmt, so hätten Sie etwas bewiesen; das jetzt ist nur Geflunker, das hier vorgemacht wird. Das ist

nicht offen und nicht ehrlich! Es heißt: Das ist der Fluch der bösen That, daß sie fortzuegend Böjes gebären muß. Auch hier ist es so. Sie haben damals so gestimmt; heute kommen Sie aber mit einer lendenlahmen Erklärung, ans Ministerium hinaufzugehen, die gar keinen Wert hat. Der geehrte Herr Vorredner hat sich sogar schon mit einer Verfügung befreundet, mit der wir uns absolut nicht befreunden können; wir sind nicht dafür, daß Lehrerinnen angestellt werden. Sie wissen übrigens, es hieße Wasser in die Donau tragen, wenn ich Ihnen etwas darüber vorhalten wollte. Ich glaube, an der ganzen Geschichte heute ist gar nichts daran; das ist nur ein politischer Coup! Die Leute können warten, solange sie wollen, von Ihnen werden sie nichts erreichen!

Die Fälle mit den Anstellungen von Hofrathstöchterin und der Magistratsdirector'stochter und der Vorgang bei Umgehung wirklich Bedürftiger beweisen genug.

Es handelt sich eben darum, gewisse Leute anzustellen, und dagegen getraut sich niemand zu reden. Ich werde also, da es sich nur um einen politischen Coup handelt, dagegen stimmen.

Gem.-Rath Herrdegen: Meine Herren! Ich halte es für nothwendig, daß ich meine Ansicht in dieser Frage ganz kurz erörtere. Meine Stellung unterscheidet sich einigermaßen von dem, was Sie soeben gehört haben. Ich stehe in der Frage der Verwendung der weiblichen Lehrkräfte auf dem Standpunkte der Gleichberechtigung beider Geschlechter. Von beiden Geschlechtern fordern wir eine Leistung, eine geistliche, durch die Schulvorschriften streng abgegrenzte Leistung. Ihre Ausbildung ist eine gleiche; ich glaube daher, daß es eine vollständig correcte Haltung ist, wenn man hier sagt, daß Lehrer den Lehrerinnen gleichzuhalten seien und kein Unterschied zu machen sei. Ich gebe es ja vollständig zu — den Standpunkt, den der Stadtrath eingenommen hat, finde ich ja correct, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil er das Präsentationsrecht zu wahren hat, und weil thatsächlich in dem Vorgehen des Landes Schulrathes nicht die Tendenz vorhanden war, gleiches Recht zwischen beiden Geschlechtern walten zu lassen, sondern sich das Bestreben gezeigt hat, Lehrerinnen besonders zu begünstigen und sie auch dort vorzuziehen, wo gleichqualifizierte Lehrer oder sogar Lehrer mit längerer Dienstzeit competiert haben. Das ist ein incorrecter, ungerechter Vorgang und diesem Vorgange würde ich von meiner Seite nie zustimmen.

Ich finde es aber nicht richtig, wenn man den Grundsatz aufstellen wollte — und zum Theile geht dieser Grundsatz aus den Argumenten des uns heute wenigstens im Auszuge mitgetheilten Memorandums hervor — daß die Lehrerinnen von der Leitung von Schulen ausgeschlossen sein sollten, aus keinem anderen Grunde, als aus dem Grunde, weil sie nicht männlichen Geschlechtes sind. Nun, meine Herren, ich höre, daß man sehr viel über Protection, welche Lehrerinnen genießen, klagt. Ich weiß nicht, ob es richtig ist, ich habe keine Verwandten oder näheren Bekannten, welche Lehrerinnen sind. Wenn die Klage richtig ist, so werde ich die Protection immer verurtheilen, ob sie nun für diesen oder für jenen Theil geübt wird. Aber ungerechtfertigt ist es, wenn man dort, wo man gleiche Pflichten verlangt, die Rechte ungleich theilt. Und wenn heute von der männlichen Lehrerschaft der Standpunkt eingenommen wird, daß die Lehrerinnen geringer besoldet werden sollen, muß ich sagen — ich habe es übrigens schon anläßlich der Regulierung der Lehrergehälter hier ausgesprochen — daß dies nach meiner Meinung ein unzweckmäßiger Vorgang, eine unzweckmäßige Haltung der männlichen Lehrerschaft selbst ist. Wenn

die Lehrerinnen geringer bezahlt werden, dann werden sie in vielen Fällen, wenn auch nicht von der Großcommune Wien, so doch von anderen Gemeinden der männlichen Lehrerschaft vorgezogen werden, während, wenn sie gleich bezahlt werden, die männlichen Lehrkräfte aber mehr leisten und vielseitiger verwendet werden können, die männlichen den Vorzug haben werden. Hier liegt also jedenfalls ein Trugschluss ihrer Haltung zugrunde.

Es hätte thatsächlich das heutige Referat keinen Anlass zu langen Debatten geboten; es war sachlich, kurz und hat die Situation vollständig geklärt.

Wenn es trotzdem zu langen Discussionen gekommen ist, so ist eben, wiewohl nicht mit Unrecht behauptet werden kann, die Thatsache daran Schuld, dass die Wahlen vor der Thüre stehen.

Meine Herren! Ich gehöre auch dem 2. Wahlkörper an. Ich spreche meine Meinung, welche sich nicht vollständig deckt mit der der männlichen Lehrerschaft, offen aus. Ich weiß nicht, wie diese darüber urtheilt, oder vielmehr ich weiß, dass sie nicht meiner Meinung sein wird. Aber ich habe soviel Vertrauen zur männlichen Lehrerschaft, dass sie nicht verlangen wird von dem Candidaten, den sie in den Gemeinderath hineinschiebt, dass er in allem und jedem ihrer Meinung sein muss. Wer sich dazu hergibt, dem wird es überhaupt an wirklichen Grundsätzen fehlen. Mir fehlt es nicht daran. (Beifall links.)

Gem.-Rath Sawranek: Ich glaube, vor allem gehört das weibliche Geschlecht nicht in die Schule. Das Weib soll dem Manne nicht Concurrenz schaffen, das wird viel besser sein. In Prag ist es anders, wenn dort eine Lehrerin heiratet, hört sie auf Lehrerin zu sein. Herr Director und Frau Director sind beide in der Schule, wie zum Beispiel in der Langeasse. Sie beziehen beide Gehalt. Das ist ungerecht. Wenn eine Lehrerin heiratet, so hat sie in der Schule nichts mehr zu suchen. Eine weibliche Lehrkraft soll nie für eine leitende Stelle in Vorschlag gebracht werden, und der Gemeinderath soll überhaupt das Recht haben, selbst zu verfügen.

Das wissen wir alle, was der Herr Dr. Pročáček uns vorgelesen hat; es war sehr gut, es war sehr schön gewählt, die Rede war ausgezeichnet. Aber er hätte das bei der „Stadt Brünn“, weil dort nicht viel Leute hinkommen, in einer Wählerversammlung zum Besten geben sollen. Aber wir sind darüber hinaus.

Gem.-Rath Dr. Gehmann: Ich werde die Aufmerksamkeit der Herren nicht mehr lange in Anspruch nehmen. Den Effect der ausgezeichneten Rede des verehrten Herrn Gem.-Rathes Dr. Pročáček zeigen am besten die Banks der Majorität. Es ist außerordentlich drastisch, welches Interesse die Herren an der Sache nehmen, und ich würde nur wünschen, wenn die Herren in Zukunft — wie soll ich mich parlamentarisch ausdrücken — Excursionen auf das Gebiet der Wahltechnik versuchen, dass sie doch ein bisschen in der Richtung vielleicht mit den Herren Collegen Rücksprache nehmen, damit die Geschichte nicht einen gar so jammervollen Eindruck macht.

Ich muss sagen, es ist alles recht schön, aber es ist ein altes Sprichwort, allzu scharf macht schartig, und was zu viel ist, ist nicht mehr schön, und ich glaube, wir sind heute in diesem Falle. Wenn die Geschichte so bei den Haaren herbeigezogen wird, wie heute, so geht naturgemäß der ganze Effect verloren.

Wenn der geehrte Herr Vorredner seiner Meinung Ausdruck gibt, es ist ja nicht die leiseste Opposition im Saale, wir stimmen ja vollständig zu, aber charakteristisch für die ganze Sache ist dasjenige, was Herr College Gregorig gesagt hat. Diese Gegen-

überstellung, das ist das Treffendste, was man sich denken kann, und es illustriert die Tendenz sowohl der gegenwärtigen Absicht als auch der früheren Haltung, die die Herren in dieser Frage eingenommen haben.

Wir stimmen also mit den Ausführungen des Herrn Stadtraths-Referenten überein, aber ich bitte Sie, nachdem uns so häufig der Vorwurf gemacht wird, die Verhandlungen absichtlich zu frustrieren, in Zukunft doch mit der Zeit des Gemeinderathes etwas sparsamer und haushalterischer umzugehen, denn wir haben eine große Zahl von Agenden auf der Tagesordnung, die auch zur Erledigung kommen sollen.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Pollak verzichtet auf das Wort, Herr Gem.-Rath Dr. Lueger ist abwesend, Herr Gem.-Rath Frauenberger verzichtet. Es ist also niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Es ist das Referat eigentlich von keiner Seite angefochten worden; aus den Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Dr. Pročáček habe ich nur die wertvolle Bemerkung entnommen, dass ein Friede auf diesem Gebiete zu erhoffen steht, und dass der Stadtrath durch seine consequente Haltung wieder einen Erfolg mehr aufzuweisen habe.

Die Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Gregorig erfordern aber doch eine gewisse Antwort. Er hat zunächst auf Vorgänge im niederösterreichischen Landtage reflectiert; nachdem ich nicht Mitglied dieser Körperschaft bin, kann ich darauf nicht eingehen. Ich kann aber nur das bemerken, dass das Princip der Gleichstellung der Lehrerinnen mit den Lehrern in Bezug auf die Gehaltsfrage ein seit 20 Jahren anerkanntes Princip der Gesetzgebung in Niederösterreich ist, und es hat sich hier offenbar auch nur um die Gleichstellung der Lehrerinnen in Bezug auf diese Frage gehandelt. Ich constatire übrigens, dass dort, wo die Gleichstellung nicht berechtigt ist, dieselbe auch von uns nicht durchgeführt wird, wie zum Beispiel in dem letzten Gehaltsgesetze vom Jahre 1891, wo das Quartiergeld für die Lehrerinnen geringer bemessen wurde, als für die männlichen Lehrkräfte, weil in dieser Richtung ein berechtigter Unterschied besteht. Was den eigentlichen Gehaltsbezug aber betrifft, so besteht diesfalls kein Unterschied, weil die Lehrerinnen in der Schule daselbe leisten müssen (Gem.-Rath Gregorig: Sollen!) wie die Lehrer.

Es wurde dann vom Herrn Gem.-Rath Gregorig eine angebliche Protectionsgeschichte vorgebracht, die ich zu prüfen nicht in der Lage bin, weil es sich offenbar um eine provisorische Besetzung gehandelt hat, mit der ich absolut nichts zu thun habe. Ich kann aber nur annehmen, dass der Bezirkschulrath, welchem diese provisorische Besetzung zusteht, in diesem Falle, wie in allen Fällen, vollkommen correct vorgegangen ist. (Gelächter links.) Ich begrüße die Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Herdogen, der ja anerkennt, dass der Standpunkt, welchen der Stadtrath in dieser Frage einnimmt, auch der correcte und richtige ist, trotzdem Herr Gem.-Rath Herdogen auf einem in Bezug auf die Wirksamkeit der Lehrerinnen in der Schule etwas weitergehenden Standpunkte steht.

Auf die übrigen Ausführungen der Herren Redner glaube ich nichts erwidern zu sollen und schließe damit, indem ich Sie bitte, den Bericht des Stadtrathes zur Kenntnis zu nehmen.

Gem.-Rath Steiner (zur Abstimmung): Meine Herren! Ich glaube, es entspricht der Würde des Gemeinderathes, dieser

so wichtigen Angelegenheit weitere fünf Minuten zu gönnen, und ich erlaube mir daher die namentliche Abstimmung über diese wichtige Angelegenheit zu beantragen.

Bürgermeister: Es ist die namentliche Abstimmung beantragt. Die Herren, welche zustimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) **Angenommen.**

Die Herren, welche für den Referenten-Antrag stimmen, bitte ich mit Ja zu stimmen. Die Herren, welche dagegen sind, mit Nein. Ich bitte mit dem Namensaufrufe zu beginnen.

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Kaiser stimmen mit Ja die Herren Gem.-Räthe: Bärtl, Becker, Brauneiß, Büsch, Dehm, Eigner, Erndt, Frauenberger, Dr. Gschmann, Geyer, Gierster, Gregorig, Bürgermeister Dr. Gröbl, Grünbeck Josef, Grünbeck Sebastian, Haßfurthner, Hawranek, Herrdeggen, Dr. Huber, Jedlicska, Kaiser, Dr. Klossberg, Dr. Kupka, Lang, Maresch, Vice-Bürgermeister Magenauer, Dr. Mittler, Dr. Nechansky, Ritt. v. Neumann, Pollak, Dr. Prosch, Purtsch, Rosenstingl, Sauerborn, Schenzel, Schieferl, Schögl, Schneiderhan, Schuh, Stehlik, Steiner, Dr. Stern, Strobach, Tischler, Trambauer, Dr. Uhl, Dr. Vogler, Weitmann, Wessely Vincenz, Wimberger, Winter, Witzelsberger, Wünsch, Dr. Zimmermann.)

Der Referenten-Antrag ist **angenommen.**

Beschluß: Der Bericht über die, in Angelegenheit der Unterstützung der Bestrebungen der Wiener männlichen Lehrerschaft in der Frage wegen Besetzung der Lehrstellen einschließlich der Oberlehrerstellen an öffentlichen Mädchenschulen mit weiblichen Lehrkräften seitens des Stadtrathes bereits unternommenen Schritte wird zur Kenntniss genommen.

Bürgermeister: Die Sitzung ist geschlossen. (Rufe links: Herr Dr. Lueger ist noch zur Geschäftsordnung gemeldet! — Unruhe links.)

(Schluß der Sitzung 8 Uhr abends.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Donnerstag, den 27. December 1894.

Freitag, den 28. December 1894.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **6. December 1894.**

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Magenauer.

Anwesende: v. Gök, Müller,
Dr. Hackenberg, Dr. Nechansky,
Dr. Huber, v. Neumann,
Dr. Klossberg, Schlechter,
Kreindl, Stiaßny,
Dr. Lederer, Baugoin,
Dr. Lueger, Dr. Vogler,
Matthies, Wurm.
Maher,
Bürgermeister Dr. Gröbl.
Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Entschuldigt: St.-R. Boschan, Schneiderhan, Witzelsberger.

Krank: St.-R. Rückauf.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Magenauer eröffnet die Sitzung und theilt mit, daß St.-R. Schneiderhan sein Fernbleiben von der heutigen und der morgigen Stadtraths-Sitzung wegen Unwohlseins entschuldigt. Ebenso entschuldigen die St.-R. Dr. v. Billig, Boschan und Witzelsberger ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung.

(9711.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über die Nachbestellung von Röhren anlässlich baulicher Abänderungen bei Ableitung der Reisthalquelle und beantragt, diese Nachbestellung nachträglich zu genehmigen und die Ausbezahlung des hiefür erwachsenen Mehrkostenbetrages per 981 fl. 63 kr. zu bewilligen. (**Angenommen.**)

(9734.) **Derselbe** referiert über die Entscheidung der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 21. November 1894, Z. 50217, womit der Recurs der Wienthal-Wasserleitungsunternehmung gegen die wasserrechtliche Genehmigung der Wienflus-Negulierung abgewiesen, dem gleichfalls dagegen eingebrachten Recurse der Alexandrine v. Schönerer jedoch Folge gegeben wurde, und beantragt, in beiden Fällen einen Recurs nicht zu ergreifen. (**Angenommen.**)

(9732.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des städtischen Diurnisten Paul Puchinger um Ertheilung der Studiennachricht und beantragt die Gesuchsgewährung. (**Angenommen.**)

(9524, 9526.) **Derselbe** referiert über die Zuschrift des Bürgermeisters wegen Einberufung eines Städtetages und beantragt, den Bürgermeister zu ermächtigen, an die sämtlichen Landeshauptstädte der diesseitigen Reichshälfte und eventuell auch an andere große Städte ein Schreiben zu richten, in welchem dieselben zur Besichtigung eines in alternächster Zeit in Wien abzuhaltenden Städtetages eingeladen werden, welcher sich mit den Fragen der Steuerreform, der geplanten Änderung des Heimatsgesetzes, der Anlage und dem Betriebe von Localbahnen, hauptsächlich aber mit der Vergütung der Kosten des von den Städten beorgten übertragenen (politischen) Wirkungskreises zu befassen hätte.

Hiermit erledigt sich auch die Zuschrift der Landeshauptstadt Innsbruck, in welcher dieselbe die in Angelegenheit der geplanten Abänderung des Heimatsgesetzes dem Abgeordnetenhaus überreichte Petition zur Kenntniss bringt. (**Angenommen.**)

(9662.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Magistratsrathes Rudolf Stadler um Versetzung in den Ruhestand und beantragt, den Genannten nach § 119, Punkt 2, Dienstpragmatik, in den bleibenden Ruhestand zu versetzen und demselben in Gemäßheit der bestehenden Normen vom 1. des auf die Versetzung in den Ruhestand folgenden Monats 3600 fl. und vom 1. Mai 1895 an 3950 fl. als jährlichen Ruhegenuss anzuweisen. (**Angenommen.**)

(9612, 9246, 9454.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über Ansuchen der Internationalen Electricitäts-Gesellschaft um Bewilligung zu Kabellegungen im I., II., IV. und VIII. Bezirke und beantragt, die Bewilligung unter den in den Magistrats-Anträgen enthaltenen Modalitäten zu ertheilen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, die Bewilligung an die Bedingung zu knüpfen, daß die Ausführung der Kabellegungen erst im Frühjahr erfolge.

Referenten-Antrag **angenommen.**

Antrag Dr. Lueger **abgelehnt.**

Derselbe referiert über

(9381.) Schulgeldbefreiungen am Communal-Real- und Ober-gymnasium im II. Bezirke und

(9382.) Schulgelbstundungen an der Gumpendorfer Communal-Oberrealschule und beantragt, die bezüglichlichen Magistrats-Anträge zu genehmigen. (Angenommen.)

(9059.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Vereines zur Pflege des Jugendspiels um Subvention und beantragt, diesem Vereine pro 1894 eine Subvention in dem erhöhten Betrage von 500 fl. zu bewilligen, welcher Betrag mangels Deckung im Budget pro 1894 erst nach dem 1. Jänner 1895 zur Auszahlung zu gelangen hätte. (Angenommen an den Gemeinderath.)

(9162.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Arbeitslehrerin an der Mädchen-Volks- und Bürgerschule, XIX., Kreindlgasse 24, Clotilde Heißler, um Verleihung einer Gnadengabe und beantragt die Bewilligung einer Gnadengabe von jährlich 300 fl.

St.-R. Schlechter beantragt die Vertagung des Referates behufs Einholung des Magistrats-Berichtes, eventuell sei die Gnadengabe nur auf die Dauer von 3 Jahren, beziehungsweise bis zu einer anderweitigen früheren Versorgung zu bewilligen.

Vertagungs-Antrag Schlechter abgelehnt.

Referenten-Antrag mit der vom Referenten acceptierten Einschränkung im Sinne des Antrages Schlechter angenommen.

(An den Gemeinderath.)

(9580.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Georg Köhler noe. des Allgemeinen Turnvereines um wöchentlich dreimalige Benützung des Turnsaales IV., Schaumburggasse 7, und beantragt die Abweisung; bezüglich des gleichen Ansuchens um Überlassung des Turnsaales in der Schule V., Stolzberggasse 53, wird auf den Stadtraths-Beschluß vom 28. December 1894, Z. 9238, verwiesen. (Angenommen.)

(9488.) **Derselbe** referiert über Neu- beziehungsweise Ergänzungs-wahlen in den Armenrath des IX. Bezirkes und beantragt, die Wahl der Nachbenannten zu Armenrätthen zu bestätigen:

Abel Karl, Aigner Josef, Albrecht Johann, Bauer Jakob, Bauer Samuel, Bayer Josef, Beer Rudolf, Birner Franz, Bodt Johann, Böhm Moriz, Brandeis Emanuel, Brod Salomon, Buttenböck Ignaz, Ezullit August, Deml Johann, Donatin Leopold, Darnier Johann, Eichler Michael, Elfinger Josef, Erban Friedrich, Fabrici Leopold, Feil Otto, Finster Franz, Forstner Alois, Fried Johann, Fritsch Anton, Fritsch Stephan, Funk Gustav, Fürstinger Josef, Gangusich Johann, Gehbauer Ernst, Gilly August, Gemeiner Anton, Goldschmied Heinrich, Goldschmied Leopold, Grünauer Leopold, Grub Franz, Hendl Leopold, Hermann Andreas, Hofbauer Anton, Hofbauer Lorenz, Hribar Ludwig, Hübner Anton, Kaufmann Josef, Karinger Franz, Kindl Alois, Kirchmayer Matthias, Klima Leopold, Kopka Wilhelm, Kretsch Alois, Dr. Kronfeld Adolf, Kurz Adolf, Langer Ferdinand, Lanzer Adolf, Lehnert Emerich, Liptovits Josef, Pöfler Alfred, Eugert Josef, Mataussek Wenzel, Meier Michael, Mentz Peter, Meyer Franz, Miksch Vincenz, Mitjich Hugo, Muck Rudolf, Mitsche Johann, Ottinger Josef, Pappenheim Wilhelm, Peter Josef, Petruschka Ignaz, Pichler Ferdinand, Pirsche Heinrich, Poliska Moriz, Portele Franz, Proch Moriz, Queck Ludwig, Radler Anton, Schauer Karl, Schellner Karl, Schlag Josef, Schott Karl, Schwarz Alfred, Schenker Gustav, Schweida Franz, Seelenfried Johann, Seidlhofer

Johann, Seywald Anton, Sommer Alexander, Spalet Gustav, Starh Josef, Stein Leopold, Steinfelder Adolf, Stockenhuber Anton, Storch Franz, Sucharipa Josef, Tenschert Anton, Tlach Gustav, Trebitsch Isidor, Wallisch Josef, Weissinger Josef, Westermayer Johann, Willander Karl, Wirth Josef, Witrowsky Josef, Zifferer Donat, Pannagl Franz, Gerin Josef, Horak Josef und Kübler Wilhelm.

(Angenommen.)

(9183.) **Derselbe** referiert über die Vermehrung der Waisenmütterstellen für den XVI. Bezirk und beantragt, die Vermehrung dieser Stellen von 5 auf 29 zu genehmigen. (Angenommen.)

(9174.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Turngesellschaft in Hütteldorf-Hacking um Überlassung des Turnsaales in der Volksschule in Hütteldorf und beantragt, die Bewilligung hiezu unter den im Antrage des magistratischen Bezirksamtes enthaltenen Bedingungen zu ertheilen. (Angenommen.)

(9205.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Leiterin der Privat-Volks- und Bürgerschule für Mädchen II., Obere Augartenstraße 34, um Überlassung von Christusbildern und beantragt die Ablehnung aus den vom Magistrate beantragten Gründen.

(Angenommen.)

(9568.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Theresia Kiedl, Volksschullehrers-Witwe, um Erhöhung der Erziehungsbeiträge für ihre zwei Kinder und beantragt, die Erziehungsbeiträge für die Kinder Leopoldine und Felix von jährlich je 50 fl. vom 20. Juli 1894 an auf je 75 fl. jährlich im Sinne des bezüglichlichen Magistrats-Antrages zu erhöhen. (Angenommen.)

(9468.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Christine Huber, Bürgerschullehrers-Witwe, um Anweisung der Pension und beantragt, der Genannten die normalmäßige Witwenpension im Betrage von 500 fl. jährlich und für ihren Sohn Siegfried Elmar einen Erziehungsbeitrag von jährlich 200 fl., ferner das Sterbequartal per 375 fl. aus der Wiener Lehrerpensionscassa, endlich das Quartiergeld für das Quartal vom 1. August 1894 bis Ende November 1894 im Betrage von 100 fl. aus den eigenen Geldern unter den im Magistrats-Antrage enthaltenen Modalitäten zuzuerkennen.

(Angenommen.)

(9355.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Francisca Sommer, Tochter des verstorbenen Oberlehrers Michael Sommer, um Fortbezug der Gnadengabe und beantragt, der Genannten eine Gnadengabe von 120 fl. jährlich neuerlich auf die Dauer von drei Jahren, d. i. vom 27. April 1895 bis 27. April 1898, oder bis zu dem Tage einer etwa früher eintretenden Versorgung zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(9530.) **Derselbe** referiert über die Verlängerung des Vertrages mit Theresie v. Gerbert puncto Beforgung der Verschiffung des Canal- und Senkgrubenrathes pro 1895 bis 1897 und beantragt, den vom Magistrate vorgelegten Entwurf für die Beforgung dieser Arbeiten zu genehmigen und diese Leistung für die Jahre 1895, 1896 und 1897 der genannten Differentin auf Grund dieser Bedingungen zu dem bisherigen Preise zu übertragen. (Angenommen.)

(9665.) **St.-R. Dr. Lederer** referiert über die Erwerbung von zwei Gemälden aus dem Nachlasse Georg Dedler's, darstellend eine Brunnen scene in der Nähe des Coburg'schen Palais und ein Porträt des Feldmarschalls Grafen Radetzky, und beantragt den Ankauf dieser Bilder um den Betrag von 400 beziehungsweise 200 fl. und die Bewilligung eines Zuschußcredits in der Höhe des Erfordernisses per 600 fl. (Angenommen.)

(9603.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über die neuerliche Offerte des H. Fischer auf Ankauf der Parc. 1602, IV. Bezirk, Schleifmühlgasse, und beantragt:

1. Es wären durch ein vom Stadtrathe zu wählendes Comité die Verhandlungen wegen Erhöhung des angebotenen Einheitspreises fortzuführen.

2. Im Falle dieselben zu einem günstigen Ergebnisse führen, wäre die Grundtransaction unter folgenden Modalitäten abzuschließen:

- a) Der Kauffchilling ist binnen 8 Tagen nach Verständigung des Differenzen von der Annahme seines Offertes durch den Gemeinderath bar zu Händen der städtischen Hauptcassa zu erlegen.
- b) Die Bezahlung der Vertragskosten und Übertragungsgebühren obliegt dem Käufer.
- c) Derselbe verpflichtet sich, die von seiner Realität Einl.-Z. 727, IV. Bezirk, zur Schleifmühlgasse entfallende Grundfläche, Fig. a, b, c, d, e, a, im Ausmaße von 62.09 m² bis längstens 1. Jänner 1896 unentgeltlich, lastenfrei und im richtigen Niveau an die Gemeinde Wien als Straßengrund abzutreten, und willigt ein, daß diese Verpflichtung als Reallast zu Gunsten der Gemeinde Wien auf der obgenannten Realität im Range nach den bestehenden Eintragungen grundbücherlich auf seine Kosten einverleibt werde.

(Angenommen.)

(9460.) **Derselbe** referiert über den Erlaß des Ministeriums des Innern vom 3. November 1894, Z. 27163, womit dem Ansuchen der Gemeinde Wien um Aufschub des Vollzuges der Entscheidung des Ministeriums, betreffend die Ertheilung der Bewilligung an die Eheleute Kierlinger zur Erbauung eines Wohnhauses auf der Cat.-Parc. 710/2, Heiligenstadt im XIX. Bezirke, keine Folge gegeben wurde, und beantragt die Kenntnisaahme. (Angenommen.)

(9414.) **Derselbe** referiert über die Demolierung des Häuschens im Hofe des Schulhauses IV., Alteegasse 44, und beantragt, diese Demolierung zu genehmigen. (Angenommen.)

(9141.) **Derselbe** referiert über den Statthaltereierlaß vom 24. October 1894, Z. 82561, puncto Ertheilung des Bauconsenses für das Project der Wiener Tramway-Gesellschaft, betreffend die Herstellung von Verbindungscurven am Praterstern, und beantragt die Kenntnisaahme. (Angenommen.)

(9142.) **Derselbe** referiert über den Statthaltereierlaß vom 24. October 1894, Z. 82518, puncto Ertheilung des Bauconsenses für das Project der Wiener Tramway-Gesellschaft, betreffend die Herstellung eines dritten Geleises XIII., Marktgasse 47, bei der Remise, und beantragt die Kenntnisaahme. (Angenommen.)

(7934.) **Derselbe** referiert über den Statthaltereierlaß vom 27. September 1894, Z. 62165, puncto Ertheilung des Bauconsenses für die Canalisation im k. k. Krankenhause Wieden und beantragt die Kenntnisaahme. (Angenommen.)

(9299.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Alexander Hecht, Leiters des Reich. v. Springer'schen Waisenhauses, XIV., Goldschlagstraße 84, um Enthebung von der Bezahlung der Canalaräumungsgebühren vom Jahre 1892 und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(9650.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Vincenz Halmischläger puncto Bemessung der Canaleinmündungsgebühr für das Haus Conscr.-Nr. 1381 Ottakring, Eßfingergasse 22, XVI. Bezirk, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, Nr. 14 L.-G.-Bl., die Canaleinmündungsgebühr für das bezeichnete Haus vorläufig auf 201 fl. 51 kr. herabzusetzen. (Angenommen.)

(9378.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Anton und der Theresia Schazinger um Ertheilung des Bauconsenses für einen neu zu erbauenden Hauscanal und einer Steingugrohrleitung im Hause XVII., Dornbach, Hauptstraße Nr. 123, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, Nr. 14 L.-G.-Bl., die Canaleinmündungsgebühr für das bezeichnete Haus vorläufig mit 205 fl. 35 kr. zu bestimmen.

Die angesuchten zwei Raten zur Abtragung dieser Gebühr werden zugleich bewilligt. (Angenommen.)

(9135.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ignaz Löwi um Herabsetzung der Canaleinmündungsgebühr für Einl.-Z. 3731 im II. Bezirke, Engerthstraße, und beantragt:

Diesem Ansuchen kann mit Rücksicht darauf nicht stattgegeben werden, weil keiner der in dem Gesetze vom 9. April 1894, L.-G.-Bl. Nr. 14, für die Herabsetzung der normal bemessenen Canaleinmündungsgebühr angeführten Gründe vorhanden ist.

(Angenommen.)

(9176.) **Derselbe** referiert über die Bemessung der Canaleinmündungsgebühr für das Bildhauergebäude der bildenden Künstler III., Arsenalweg 1307, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.-Bl. Nr. 14, die Canaleinmündungsgebühr für das bezeichnete Gebäude vorläufig mit 350 fl. zu bestimmen.

(Angenommen.)

(9241.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Anton Trimmel puncto Bemessung der Canaleinmündungsgebühr XVII., Dornbach, Hauptstraße Nr. 103, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.-Bl. Nr. 14, die Canaleinmündungsgebühr für das bezeichnete Haus vorläufig mit 208 fl. 69 kr. zu bestimmen.

Die angesuchten zwei Raten für die Zahlung dieser Gebühr werden zugleich bewilligt. (Angenommen.)

(9379.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Rudmilla Pasching in Betreff Zahlung der Canaleinmündungsgebühr für das Haus XVII., Dornbach, Hauptstraße 117, und beantragt, im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.-Bl. Nr. 14, die Canaleinmündungsgebühr für das bezeichnete Haus vorläufig mit dem Betrage von 370 fl. 38 kr. zu bestimmen.

Die angesuchten zwei Raten für die Abtragung dieser Gebühr wird bewilligt. (Angenommen.)

(9353.) **Derselbe** referiert über die Eingabe des Leopold und der Marie Sailer in Betreff der Canaleinmündungsgebühr für Nr. 171 und 173 XI., Simmering, Hauptstraße, und beantragt:

Im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.-Bl. Nr. 14, wird die mit 237 fl. 60 kr. bemessene Canaleinmündungsgebühr für das Haus Dr.-Nr. 171 XI. Bezirk, Simmering, Hauptstraße Conscr.-Nr. 188, vorläufig auf die Hälfte, d. i. auf 118 fl. 35 kr. herabgesetzt.

Weiters wird die Entrichtung der von den Häusern in Simmering, Hauptstraße 171 und 173, zu bezahlenden Canaleinmündungsgebühren in halbjährigen Raten von je 50 fl. bewilligt; auf die angesuchte Unterlassung der Sicherstellung dieser Gebühren, beziehungsweise Siftierung der Execution wird jedoch nicht eingegangen. (Angenommen.)

(9648.) **Derselbe** referiert über die Bemessung der Canaleinmündungsgebühr für die Realität des Johann Büringer, XVII., Dornbach, Hauptstraße 101, und beantragt, diese Gebühr im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.-Bl. Nr. 14, mit 112 fl. 35 kr. zu bestimmen. (Angenommen.)

(9649.) **Derselbe** referiert über die Bemessung der Canaleinmündungsgebühr für die Realität XVII., Dornbach, Hauptstraße 92

und beantragt, diese Gebühr im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.-Bl. Nr. 14, auf 89 fl. 10 kr. herabzusetzen und einen Termin bis 15. Jänner 1895 zur Zahlung zu bewilligen. (Angenommen.)

(8540.) Derselbe referiert über die Vorstellung der Eheleute Rudolf und Amalie Ferstl gegen den Zahlungsauftrag puncto Canaleinmündungsgebühr für das Haus Nr. 142 Hauptstraße in Simmering, XI. Bezirk, und beantragt, die Canaleinmündungsgebühr im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.-Bl. Nr. 14, vorläufig um ein Drittel, sonach von 235 fl. 20 kr. auf 160 fl. 13 kr. herabzusetzen. (Angenommen.)

(9380.) Derselbe referiert über die Bemessung der Canaleinmündungsgebühr für das Haus XVII., Dornbach, Hauptstraße 104, und beantragt, die Canaleinmündungsgebühr für das bezeichnete Haus im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.-Bl. Nr. 14, vorläufig mit 90 fl. 60 kr. zu bestimmen. (Angenommen.)

(9070.) Derselbe referiert über die Zuschrift der Actiengesellschaft der Wiener Localbahnen, womit dieselbe den Beginn des Baues einer Wartehalle beim Makleinsdorfer Viaducte zur Kenntnis bringt, und beantragt die Kenntnissnahme. (Angenommen.)

(7776.) Derselbe referiert über den Recurs des Franz Schweder, XI., Simmering, Hauptstraße Nr. 81, und die Statthaltereien-Entscheidung hierüber vom 9. August 1894, Z. 50298, puncto Senkgrubenräumung durch einen nicht als städtischer Contrahent bestellten Canalräumermeister und beantragt:

Der Stadtrath findet sich nicht veranlaßt, eine Abänderung der Rundmachung des Magistrates vom August 1893, Z. 33883, vorzunehmen. (Angenommen.)

(8422.) Derselbe referiert über die Umgangnahme von der Einhebung von Canaleinmündungsgebühren von den Hauseigenthümern in der Pfadenhauergasse in Penzing, XIII. Bezirk, und beantragt, von der Einhebung einer Canaleinmündungsgebühr von den im Berichte des magistratischen Bezirksamtes erwähnten Hauseigenthümern der Pfadenhauergasse im Gesamtbetrage von 1942 fl. 40 kr. abzüglich der von der Sparcassa erlegten 300 fl., daher im Restbetrage von 1642 fl. 40 kr., Umgang zu nehmen und das Anbot der Ersten österreichischen Sparcassa in Wien als Eigenthümerin des Hauses Conscr.-Nr. 350 in Penzing auf Zahlung der Abfindungs-Pauschalsumme von 300 fl. statt der mit 762 fl. 40 kr. bestimmten Gebühr gegen Verzicht auf jede weitere Forderung aus diesem Titel anzunehmen. (Angenommen.)

(8819.) Derselbe referiert über das Ansuchen des Ernest Weiß noe. der Paul Schiffschens Erben um Genehmigung der Durchführung zweier Straßenzüge über die Realität Einl.-Z. 114 im IV. Bezirke, Favoritenstraße Nr. 20, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(7939.) Derselbe referiert über das Ansuchen des Alois Reinwein um Rückvergütung des Platzzinses für die Tischaufstellung vor dem Hause IV. Bezirk, Favoritenstraße 64, und beantragt, die Überzahlung per 30 fl. 92 kr. in Gutschreibung zu bringen. (Angenommen.)

(9618.) Derselbe referiert über die Ausfolgung der von Samuel Hirschl anlässlich der Canalisation in Ober-Döbling, Herrengasse 3, erlegten Caution per 1100 fl. und beantragt, diese Caution auszufolgen und von einer weiteren Einzahlung einer Canaleinmündungsgebühr Umgang zu nehmen. (Angenommen.)

(9419.) Derselbe referiert über den Recurs des Franz Grob gegen die ihm anlässlich der Unterlassung der rechtzeitigen Canalräumung im VII. Bezirke auferlegte Conventionalstrafe und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(9258.) Derselbe referiert über die Bemessung der Canaleinmündungsgebühr für den Saalubau des Karl Wimberger XV. Bezirk, Neubaugürtel 34, und beantragt, aus Anlaß der Einbeziehung eines Linienwallgrundes der Parcellen 1306/1 in die Realität Conscr.-Nr. 618 des XV. Bezirkes die Canaleinmündungsgebühr mit 1 fl. 40 kr. zu bestimmen.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, unter Anwendung des Gesetzes vom 9. April 1894, Nr. 14 L.-G.-Bl., mit Rücksicht auf die obwaltenden Verhältnisse auf einen Pauschalbetrag von 20 fl. herabzugehen.

Antrag Dr. Lederer, dem sich Referent anschließt, angenommen.

(9685.) Derselbe referiert über das Ansuchen des Johann und der Marie Gschwandner in Betreff Umgangnahme von der Bemessung der Canaleinmündungsgebühr für das Haus Dr.-Nr. 32 Stiftgasse in Hernals, XVII. Bezirk, und beantragt, von der Bemessung dieser Gebühr abzusehen. (Angenommen.)

(Bei der Verathung und Beschlussfassung über das vorhergegangene Referat war St.-R. Kreindl abwesend.)

(9369.) St.-R. Dr. Lueger referiert über die Entscheidung der Baudeputation vom 8. November 1894, Z. 91, betreffend den Recurs der Firma Josef Heller & Comp. gegen die Bedingungen der Parcellirung der Realität Einl.-Z. 1849 im III. Bezirke, Obere Weißgärberstraße 9 und Dampfschiffstraße 10, und beantragt, die Entscheidung zur Kenntnis zu nehmen und den Magistrat zu beauftragen, in Einkunft bei Erledigung von Abtheilungsgefallen ausdrücklich anzuführen, ob die betreffende Abtheilung als eine Unterabtheilung oder Parcellirung zu betrachten ist.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, es sei in diesen Erledigungen unter ausdrücklicher Citirung der Gesetzesstelle (§ 10 W. B.-D.) — aber nicht als Bedingung — noch beizufügen, daß der zur Straßenöffnung, beziehungsweise Verbreiterung erforderliche Grund unentgeltlich abzutreten ist.

Referenten-Antrag und Zusatz Dr. Vogler angenommen. (Schluß der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 7. December 1894 (vormittags).

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
Vice-Bürgermeister Wagenauer.

Anwesende:	Dr. v. Billing,	Müller,
	Boschan,	Dr. Rechanský,
	v. Götz,	v. Neumann,
	Dr. Huber,	Schlechter,
	Dr. Klossberg,	Stiaßny,
	Kreindl,	Vaugoin,
	Dr. Lederer,	Dr. Vogler,
	Dr. Lueger,	Wiskelsberger,
	Matthies,	Wurm.
	Mayer,	

Entschuldigt: St.-R. Dr. Hadenberg, Rüdanf, Schneiderhan.

Experten: Bandirector Berger, Rechnungsrath Fechner.
Schriftführer: Magistrats-Concipist H. Pfeiffer.

Vize-Bürgermeister Mahenauer eröffnet die Sitzung.

(9493.) **St.-R. Dr. Aehansky** referiert über das Ansuchen der Leitung des allg. österr. Frauenvereines um Benützung eines Lehrzimmers an der Mädchen-Volksschule I., Bartensteingasse 7, und beantragt die Gefuchsgewährung. (Angenommen.)

(9182, 9302.) **Derselbe** referiert über den Recurs, beziehungsweise die Nachtrags eingabe des Johann Sauer wegen Herstellung eines Windfanges I., Michaelerplatz Nr. 6, und beantragt die Abweisung.

St.-R. Kitt. v. Neumann beantragt die Abweisung, jedoch sei dem Gefuchsteller zu bedeuten, daß der Stadtrath einen Vorsprung von 50 cm genehmigen würde.

Der Antrag des **St.-R. Kitt. v. Neumann** wird abgelehnt, der Referenten-Antrag angenommen.

St.-R. Woschan ertheilt mit Bezug auf den Stadtraths-Beschluß vom 29. November 1894 die gewünschten Aufklärungen über die Ergänzungsberechnungen zur Rubrik IV 2 a „Reparatur, Nachschaffung von Möbeln und Einrichtungsgegenständen für auswärtige Amtlocalitäten“ per 2304 fl. 52½ kr., zur Rubrik IV 18 a „Wagenauslagen, Commissionsgebühren, Reisekosten und Diäten für städtische Functionäre“ per 30.720 fl. 9 kr., und zur Rubrik XXXIV 1 b „Erhaltung der Baulichkeiten des städtischen Bades am Donauströme nächst der Kronprinz Rudolfsbrücke“ per 4689 fl. 34 kr. und beantragt, diese Posten zu genehmigen.

Nach den Anregungen des **St.-R. Schlechter** beantragen die **St.-R. Dr. v. Billing** und **Dr. Klotzberg**: Es seien aufklärende Ausweise über die gesammten Commissionsgebühren für den Schulhausbau in Weinhaus und Rudolfsheim vorzulegen.

St.-R. Müller beantragt, bei den Schlussrechnungen über die einzelnen Bauten sei auch der Ausweis über die Commissionsgebühren derart vorzulegen, daß ersichtlich gemacht wird, wie viele Commissionen und zu welchem Zwecke dieselben abgehalten wurden, wie viele Personen betheiligt und welche Beträge hiezu erforderlich waren, und wie sich diese Beträge auf das Concept, die Buchhaltung und das Bauamt vertheilen.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, daß die von der Buchhaltung zu verfassenden einvierteljährigen Ausweise über Wagen- und Commissionsgebühren dem Stadtrathe vorgelegt werden.

Sämmtliche Anträge werden angenommen.

(9326.) **St.-R. Dr. Aehansky** referiert über den Bescheid des Bezirksgerichtes Grözing in Betreff des Ansuchens des Josef Ungerer um Grundtheilung und Abschreibung Einl.-Z. 924, 925 in Penzing und beantragt die Kenntnissnahme. (Angenommen.)

(9264.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit einer Ranzleitzare per 1 fl. 70 kr. nach Wilhelm Hartkopf und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(8283.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit einer Ranzleitzare per 3 fl. nach Rosalia Pachinger und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(9067.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Marie Berger um Nachsicht einer Pfändens-Rückersforderung und beantragt die Abschreibung des Rückersfages von 19 fl. 7 kr. (Angenommen.)

(8764.) **Derselbe** referiert über die Petition wegen Herstellung eines Asphalt-Trottoirs längs der Front des Germaniahofes am Lugeck im I. Bezirke und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(8699.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des israelitischen Bethausvereines Brigittenau um Nachsicht einer Musikimpostgebühr für zehn Mann Musiker und beantragt die Gefuchsgewährung. (Angenommen.)

(8612.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des P. F. Adamek um Liquidierung einer Rechnung für eine Hydrantenreparatur in Grözing für Feuerlöschzwecke und beantragt die Genehmigung zur Auszahlung der vorliegenden abjustierten Rechnung per 12 fl. 5 kr. (Angenommen.)

(7524, 8909.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Bruchstein-Unternehmung Djörup & Comp. bezüglich der käuflichen Überlassung des städtischen Steinriegels Nr. 894 in Grözing, XIX. Bezirk, und beantragt den Verkauf obigen Steinriegels im Sinne des Stadtraths-Beschlusses vom 17. October 1894, jedoch mit der Abänderung, daß es nach den Worten: „käuflich zu überlassen“ zu lauten hat: „wenn die Bruchstein-Unternehmung Djörup & Comp. zur Sicherstellung der übernommenen Verpflichtung, in der Zeit vom 15. Mai bis 1. September jeden Jahres keine Steine von dem Steinbruche abzuführen, eine Caution von 300 fl. erlegt und die Gerichtskosten bei Dr. Schmitt bezahlt hat“.

St.-R. Mayer beantragt, den Firmainhaber vorzuladen und mit ihm einen Vertrag abzuschließen.

Referenten-Antrag angenommen.

(An den Gemeinderath.)

(7672.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Imperial-Continental-Gas-Association um Begleichung zweier Conten per 31 fl. 21 kr. für die Gasrohrversicherungen anlässlich der Einwölbung des Krotenhaches im XIX. Bezirke und beantragt, die Auszahlung dieser Conten zu verweigern. (Angenommen.)

(9284.) **St.-R. Pangoin** referiert über das Ansuchen des Adolf Moghoroſy um käufliche Überlassung eines Theiles der Linienvallparcelle 414/31, Einl.-Z. 52, IX. Bezirk, und beantragt:

1. Dem Adolf Moghoroſy wird ein Theil des Linienvallgrundes, die Parcelle 414/31, Einl.-Z. 52, IX. Bezirk, Fig. a b c a des vorgelegten Planes, im Ausmaße von circa 101 m² um die Pauschalsumme von 7000 fl. käuflich überlassen.

2. Vom Kauffchillinge ist ein Drittel nach Verständigung des Offerenten von der Annahme des Offertes durch den Gemeinderath zu bezahlen. Der Rest am 15. März 1896 zu begleichen und mittlerweile mit 5 Percent halbjährig im vorhinein fälligen Zinsen zu verinteressieren.

3. Dem Käufer bleibt das Recht gewahrt, den Kauffchillingsrest auch vor dem obbezeichneten Termine einzubezahlen, wobei dann die Zinsen verhältnismäßig in Anrechnung gebracht werden. Als Sicherstellung des Kauffchillingsrestes sammt Nebengebühren ist auf dem zu erwerbenden Grunde das Pfandrecht primo loco zu Gunsten der Gemeinde Wien grundbücherlich sicherzustellen.

4. Die Kosten der Vertragsausfertigung, der grundbücherlichen Einverleibung des Eigenthumes und Pfandrechtes und der Lösungsquittung, sowie die Übertragungsgebühren trägt der Käufer.

5. Der Käufer wird von der ihm nach der Bauordnung obliegenden Verpflichtung, die mit den Buchstaben d e h d umschriebene Fläche im Ausmaße von circa 10 m² einzulösen und der Gemeinde unentgeltlich als Straßengrund abzutreten, entbunden.

6. Die Gemeinde verpflichtet sich, den zur Gürtelstraße fallenden Theil der eingangs erwähnten Linienvallparcelle Fig. b a g f e d h im Ausmaße von circa 448 m² als Straßengrund zur grundbücherlichen Abschreibung bringen zu lassen.

7. Die Schadloshaltung für diese Grundfläche ist bereits in dem vereinbarten Pauschalbetrage inbegriffen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(9546.) **St.-R. Wurm** referiert über das Offert der Dampfs-tramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp. auf käufliche Über-laffung von Theilen städtischer Parzellen Einl.-Z. 2 Hiezing und Einl.-Z. 354 Penzing, XIII. Bezirk, sowie eines Theiles der öffent-lichen Gutsparzellen 625/1, 625/2, 139/1 und 139/2 Hiezing anlässlich der Verlegung der Bahnhofsanlage in Hiezing und bean-tragt die Genehmigung der im Protokolle vom 7. d. M. niedergelegten Vereinbarungen des Comités.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(9372.) **Derselbe** referiert über das Offert der Barbara Ritter bezüglich der Einlösung des Hauses Nr. 19 Kaiserstraße im XII. Be-zirke zur Durchführung der Felberstraße und beantragt, die Realität Einl.-Z. 342 um den Betrag von 40.000 fl. anzukaufen. Die Realität ist vollkommen lastenfrei; die Vertragskosten und Übertragungs-gebühren werden von der Gemeinde bezahlt. Die Kündigung bei einer eventuellen Demolierung ist derart zu veranlassen, dass die Kündigung an die Parteien halbjährig erfolgt, und dass dieselben nicht im No-vember oder Februar auszuziehen haben.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(9714.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ch. Cabos und Alois Schweinburg um Grundentschädigung VI., Gumpen-dorferstraße 40, 42, 44, und beantragt, die Schadloshaltung für den aus Anlass des Umbaues des Hauses Grundb.-Einl. 260 des VI. Bezirkes, Dr.-Nr. 40, 42, 44 Gumpendorferstraße, zur Straßen-verbreiterung abgetretenen Grund per 76.26 m² mit dem Pauschal-betrage von 2300 fl. festzusetzen.

(Angenommen.)

(9671.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ferdinand Hametner um Aufschub der Räumung der gekündigten Wohnung Nr. 1 im städtischen Hause 21 Meißelstraße, XI. Bezirk, und be-antragt, die Frist zur Räumung der gekündigten Wohnung bis 15. März zu erstrecken.

St.-R. Müller beantragt, die Frist bis 1. April zu erstrecken.

Es wird beschlossen, die Räumung der Wohnung bis 1. April 1895 gegen Bezahlung des entfallenden Zinses zu erstrecken.

(9669.) **Derselbe** referiert über den Statthaltereis-Erlass in Betreff der erteilten Baubewilligung für Tabakfabrikaten-Magazine im XVI. Bezirke und beantragt die Kenntnisaahme.

(Angenommen.)

(9672.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Oberlehrers Oswald Fiby um Wassereinleitung in seine Naturalwohnung in der Volksschule in Hütteldorf und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(8981.) **St.-R. Dr. Lueger** referiert über die Entscheidung des k. k. Oberlandesgerichtes Wien hinsichtlich des Recurses der Gemeinde Wien gegen den Bescheid des k. k. städt. deleg. Bezirksgerichtes Hiezing vom 16. August 1894, Z. 18867, betreffend das Ansuchen des Karl und der Anna Zeus um Grundtheilung und Abschreibung für Einl.-Z. 28 in Ober-Baumgarten, XIII. Bezirk, und beantragt:

1. diese Entscheidung zur Kenntnis zu nehmen;

2. der Magistrat habe zu berichten, ob es nicht im Interesse der Gemeinde geboten wäre, sofort im Wege einer Gesetznovelle die Sicherung der Gemeinde gegen Grundabtheilungen zu erwirken und diesbezüglich eine Petition an den hohen n.-ö. Landtag zu richten, in welche der vollständige Text der Gesetznovelle aufzunehmen ist.

(Angenommen.)

(9655.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über die Quiescierung des Amtsdieners Leopold Melchart, denselben von amtswegen in den zeitlichen Ruhestand (§ 107 D.-P.) zu versetzen und mit Rücksicht auf die Dienstzeit von 14 Jahren den Quiescentengehalt mit 48 Percent des letzten Activitätsgehaltes, d. i. mit 312 fl. vom 1. des auf die Versetzung in den zeitlichen Ruhestand nächstfolgenden Monates an und mit der Hälfte des zuletzt bezogenen Jahresquartiergeldes, d. i. 90 fl. vom 1. Mai 1895 an (zusammen 402 fl.), zu bemessen.

(Angenommen.)

(9657.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Wilhelmine Müller, Steuercommissärswitwe, um Anweisung der Pension, und beantragt die Anweisung der normalmäßigen Witwenpension im Jahres-betrage von 400 fl. mit Rücksicht auf den letzten Activitätsgehalt des verstorbenen Gatten per 1100 fl. vom 1. November 1894 an unter gleichzeitiger Einstellung der Pensionsbezüge des Verstorbenen.

(Angenommen.)

(9656.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Anna Prohaska, Steuercommissärswitwe, um Anweisung der Pension und beantragt die Anweisung der normalmäßigen Witwenpension von 360 fl. mit Rücksicht auf den letzten Activitätsgehalt des verstorbenen Gatten per 900 fl. vom 1. November 1894 unter gleichzeitiger Ein-stellung der Pensionsbezüge des Verstorbenen.

(Angenommen.)

(9691.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann Rauch, städt. Diurnisten, um Studiennachricht behufs Erlangung einer Kanzleipraktikantenstelle und beantragt die Gefuchsgewährung.

(Angenommen.)

(9516.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Eduard Kraciczek, Canalaufseher, um Altersnachricht behufs Erlangung einer eventuellen Schuldiennerstelle und beantragt die Gefuchsgewährung.

(Angenommen.)

(9705.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Kindergärtnerin im XIX. Bezirke, Heiligenstadt, um Gewährung eines Betrages von 50 fl. zur Veranstaltung einer Christbaumbescherung und beantragt die Genehmigung.

(Angenommen.)

(9370.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Conscriptio=amts Accessisten Victor Pressler um Anrechnung seiner gesammten Dienstzeit und entsprechende Einreihung in die XI. Rangklasse nach Maßgabe der Gesamtdienstzeit und um Verleihung des Titels „Official“.

Referent beantragt die Abweisung.

St.-R. Dr. Holzberg beantragt die Anrechnung der gesammten Dienstzeit.

Es wird beschlossen, an den Gefuchsteller einen Bescheid hinauszugeben, in welchem ihm mitgetheilt wird, dass das ihm für Zwecke seiner zeitlichen Pensionierung, die vom Tage der Eidesleistung, d. i. vom 1. September 1883, bei der Gemeinde ununterbrochen zu-gebrachte Dienstzeit eingerechnet wird. Das übrige Ansuchen wird abgelehnt.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(9608.) **Derselbe** referiert über die Bestellung einer Aushilfs-Kindergärtnerin für den XI. Bezirk, Entplatz, und beantragt, die vorgenommene provisorische Bestellung der Olga Scheysch als Aus-hilfs-Kindergärtnerin nachträglich zu genehmigen und derselben das monatliche übliche Honorar von 30 fl. vom 22. November 1894 an zuzuerkennen.

(Angenommen.)

(9769.) **St.-R. Areinold** referiert über die Nominierung der Vertrauensmänner für die Pferde-Assent-Commission im Mobilisierungs-

falle pro 1895 und beantragt, den bezüglichlichen Vorschlag des Magistrates zu genehmigen. (Angenommen.)

(9684.) **Derselbe** referiert über Bewilligung eines Nachtragsquantums von Schotter für den IV. Bezirk und beantragt, die Beschaffung von 200 m³ Schlägelschotter über die präliminirten Quantitäten für die Straßenconservirung im IV. Bezirke zum Preise von 3 fl. 70 kr. per Cubikmeter zu bewilligen und für diese Auslage zur Rubrik XXII 2 a einen Zuschußcredit von 740 fl. zu genehmigen.

(Angenommen.)

(9644.) **Derselbe** referiert über die Demolierung des alten Pfarrhofgebäudes in Unter-Sievering Nr. 134 und beantragt, die sofortige Demolierung des alten Pfarrhofgebäudes, Consr.-Nr. 38 Unter-Sievering, Dr.-Nr. 134 Sieveringerstraße, XIX. Bezirk, zu genehmigen und dieselbe dem Baumeister Anton Gürlich unter den Bedingungen der Demolierungsvorschrift zu übertragen.

Die Demolierungsarbeiten sind binnen einer Frist von 30 Arbeitstagen, in welche Schnee- und Regentage nicht eingerechnet werden, durchzuführen. Nach constatiertem ordnungsmäßiger Vollenbung der Demolierung wird die von dem Ersther geordnete Aufzahlung von 450 fl. zur Auszahlung gelangen. (Angenommen.)

(9426.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Valentin Zgler um Herstellung eines Asphalttrottoirs VII., Westbahnstraße 5, und beantragt die Bewilligung unter den vom magistratischen Bezirksamte für den VII. Bezirk aufgestellten Bedingungen. (Angenommen.)

(9534.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Marie Kleimann um käufliche Überlassung von Trottoirsteinen von dem umgebauten Hause VIII., Lederergasse 22 (Laudongasse 27), und beantragt, denselben die 128 Stück anderthalbmäßigen Mauthausener Würfelsteine um den Gesamtpreis von 50 fl. 30 kr. käuflich zu überlassen. (Angenommen.)

(9535.) **Derselbe** referiert über die Erhöhung der täglichen Haferration für die Pferde der Stadtfütterung und beantragt, die tägliche Haferration für die Pferde der Stadtfütterung von 8 auf 12 kg für die Pferde leichteren Schlages (sogenannte Feuerwehpferde) und auf 14 kg für die Pferde schweren Schlages zu erhöhen. (Angenommen.)

(9527.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Michael Sterling um käufliche Überlassung der Pflastersteine vom Trottoir des Hauses VIII., Bennogasse 14, zur Verwendung bei Niederherstellung des Trottoirs nach vollendetem Umbau und beantragt, diesem Ansuchen nicht stattzugeben, da diese Steine von der Gemeinde selbst benötigt werden. (Angenommen.)

(9741.) **St.-R. Müller** referiert über das Ansuchen des Heinrich Dhrner noe. der n.-ö. Post- und Telegraphendirection um Consens zu Adaptierungen in den Postamtslocalitäten I., Wipplingerstraße Nr. 8, und beantragt die Bestätigung der Baubewilligung unter den vom Magistrate aufgestellten Bedingungen. (Angenommen.)

(9683.) **Derselbe** referiert über die Bewilligung einer Aufzahlung an Heinrich Sikora für das Ausbrechen des Steinmaterials in der Grotte der Alsbach-Einwölbung in der Dornbacher Hauptstraße und beantragt, demselben eine Aufzahlung auf die gewöhnlichen Erdaushubpreise im Betrage von 3 fl. 50 kr. per Cubikmeter ausgebrochenen und in meßbaren Figuren aufgeschichteten Steinmaterials, und zwar ohne Anrechnung des Erstehungspercentes, zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(9604.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef G. Janisch, resp. Johann Türkel, bezüglich Ankaufes eines Grundstückes in Dornbach, Augasse, und beantragt:

1. das Ansuchen des Josef G. Janisch, denselben aus der aus seinem Offerte wegen käuflicher Überlassung eines städtischen Grundstückes in Dornbach resultierenden Verbindlichkeit zu entlassen, wird genehmigt;

2. das Anbot des Johann Türkel auf käufliche Überlassung des in der vorgelegten Skizze roth angelegten mit A B' B, C C' D A bezeichneten Grundstückes im Ausmaße von 720·81 m² zum Preise von 11 fl. 50 kr. per Quadratmeter wird abgelehnt. (Angenommen.)

(9423.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Pfarrers Karl Müller in Penzing noe. der Penzinger Kinderbewahranstalt um Grundentschädigung Penzing, Bahngasse 15, und beantragt die Bestimmung des Schadloshaltungsbetrages für 34·48 m² mit 103 fl. 24 kr., d. i. 3 fl. per Quadratmeter. (Angenommen.)

(9439.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Topitsch um Fixierung einer geringeren Vorgartenbreite bei der Realität Einl. Z. 106, Unter-St. Veit, Malfattgasse, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 7. December 1894 (nachmittags).

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Mahenauer.

Anwesende:	Dr. Hackenberg,	Müller,
	Dr. Huber,	Dr. Mechansky,
	Dr. Klossberg,	v. Neumann,
	Kreindl,	Schlechter,
	Dr. Lederer,	Stiaßny,
	Dr. Lueger,	Dr. Vogler,
	Matthies,	Wiskelsberger,
	Mayer,	Wurm.
	Bürgermeister Dr. Gröbl.	

Entschuldigt: St.-R. Dr. v. Billig, Boschan, v. Götz, Schneiderhan, Baugoin.

Krank: St.-R. Rückauf.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Mahenauer eröffnet die Sitzung.

Die St.-R. Dr. v. Billig, Boschan und v. Götz entschuldigen ihr Ausbleiben, St.-R. Matthies sein Späterkommen. (Zur Kenntniss.)

(9735.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über seinen im Gemeinderathe eingebrachten Antrag auf Veranstaltung eines Empfangsabendes anlässlich des 25jährigen Jubiläums der Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens und beantragt:

Die Gemeinde Wien tritt der genannten Genossenschaft aus Anlaß des 25jährigen Jubiläums derselben als Stifterin mit einem einmaligen Beitrage von 3000 fl. im Sinne der Genossenschaftsstatuten bei.

Für diese Auslage ist ein Zuschußcredit in gleicher Höhe zur Ausgabe-Rubrik XLVI 2 a zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(9394.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Wittwen- und Waisen-Pensionsvereines der Wiener Oberlehrer und Directoren der öffentlichen Volks- und Bürgerschulen Wiens um Übernahme des Vereinsvermögens für den Fall der Auflösung des Vereines und

beantragt, die Gemeinde Wien erkläre sich bereit, für den Fall der Auflösung des genannten Pensionsvereines das Vereinsvermögen bis zur Bildung eines anderen, denselben oder einen ähnlichen Zweck verfolgenden Vereines in Verwahrung und Verwaltung zu übernehmen; zugleich werde gestattet, daß ein diesbezüglicher Passus in die Vereinsstatuten aufgenommen werde. (Angenommen.)

(9697.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ferdinand und der Leopoldine Kalb um Bewilligung zur Abtheilung der Realitäten Einl.-Z. 367 und 1155 des VII. Bezirkes, Dr.-Nr. 47 und 49 Kaiserstraße, und beantragt, die Abtheilung der genannten Realitäten nach Maßgabe der vorgelegten Pläne zu bewilligen und zu genehmigen, daß die neu zu schaffenden Baustellen I, II und III von der auf der Realität Einl.-Z. 367 haftenden Reallast bezüglich der unentgeltlichen, lastenfrien und im richtigen Niveau erfolgenden Abtretung der im Plane gelb lasterten, mit den Buchstaben EGH (schwarz), C (roth), E (schwarz) umschriebenen Grundfläche der Parc. 1308/1 freigelassen werden. (Angenommen.)

(9682.) **Derselbe** referiert über bezogene Mehrbeträge für Überstunden seitens der ehemaligen communalen Religionsprofessoren Josef Albl und Dr. F. Wimmer und beantragt, es sei von der Rückvergütung des von dem ersteren seit 16. September 1892 für die Schuljahre 1892/93 und 1893/94 bezogenen Mehrbetrages an Remunerationen für Überstunden per 320 fl. und des dem letzteren für das Schuljahr 1894/95 zukommenden Mehrbetrages an solchen Remunerationen per 160 fl. Umgang zu nehmen, sohin auf die diesfällige Anregung der städtischen Buchhaltung nicht einzugehen. (Angenommen.)

(9660.) **Derselbe** referiert über die Erkenntnisse des k. k. Verwaltungsgerichtshofes vom 28. November d. J., betreffend die Beschwerden der Volksschul- respective Bürgerschullehrer Eibert, Appel, Vogel und Wörz wegen Dienstalterszulagen und beantragt die Kenntnissnahme. (Angenommen.)

(8840.) **Derselbe** referiert über den Erlaß des k. k. Handelsministeriums vom 22. September 1894, Z. 48070, betreffend die politische Begehung über das Project der Gemeinde Wien für eine Schleppbahn zwischen der Donauuferbahn und dem von der Gemeinde gepachteten Pfeiffer'schen Plage, II. Bezirk, und beantragt die Kenntnissnahme. (Angenommen.)

(8988.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des M. Piringer, Oberlehrers an der allgemeinen Volksschule für Knaben IV., Allee-gasse 11, um Quartiergeldeanweisung und beantragt die Zuerkennung des Quartiergeldes ab 1. November 1894 an den Gesuchsteller. (Angenommen.)

(9046, 9047, 9666 und 9708.) **Derselbe** referiert über Erlässe des k. k. n.-ö. Landeschulrathes, betreffend Parallelclassen-Eröffnung, beziehungsweise Auflösung an Schulen des II., III., VIII., XI. und XIV. Bezirkes und beantragt die Kenntnissnahme. (Angenommen.)

(9709.) **Derselbe** referiert über den Landeschulraths-Erlaß in Betreff der Systemisirung des Lehrstatus an der Knaben-Volksschule V., Grüngasse 14, und beantragt die Kenntnissnahme. (Angenommen.)

(9161.) **Derselbe** referiert über den Landeschulraths-Erlaß vom 8. November 1894, Z. 11073, betreffend Parallelclassen-Eröffnung, respective Auflösung an Schulen des XV., XVI. und XVIII. Bezirkes und beantragt die Kenntnissnahme. (Angenommen.)

(9228.) **Derselbe** referiert über den Landeschulraths-Erlaß vom 29. August 1894, Z. 1056, betreffend die Genehmigung der Bestimmungen über die Stellung der Unterrichtsabtheilung für taubstumme

schulpflichtige Kinder im IX. Bezirke, Hahngasse 35, zu der dortselbst befindlichen Volksschule für Mädchen und beantragt die Kenntnissnahme. (Angenommen.)

(9700.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Rudolf Chyba Edmund Konetschny, Simon Stropp und Franz Ziegler, Schuldiener im XII. Bezirke, um Fortbezug des Brennmaterials, respective Beheizungspauschales und beantragt die Kenntnissnahme des Magistratsberichtes, wonach das erwähnte Ansuchen durch den Stadtraths-Beschluß vom 18. Jänner 1893, Z. 3600, erledigt, somit gegenstandslos erscheint. (Angenommen.)

(9768.) **St.-R. Areindl** referiert über die Sicherstellung der Lieferung von 25.000 Stück 5/7 9/3ölligen doppeltgerigten Pflastersteinen und beantragt, dem A. Poschacher & E. Heindl die Lieferung von je 10.000 Stück, und zwar ersterem zum Preise von 279 fl. pro Mille, letzterem zum Preise von 280 fl. pro Mille und dem F. Straßer die Lieferung von 5000 Stück zum Preise von 280 fl. pro Mille zu übertragen. (Angenommen.)

(9674.) **St.-R. Sturm** referiert über das Ansuchen der Versicherungsgesellschaft „Der Anker“ um Grundentschädigung I., Graben 10, Spiegelgasse 2, und beantragt die Wahl eines Verhandlungs-Comités. (Angenommen.)

(9733.) **Bürgermeister Dr. Gröbl** referiert über das Ansuchen der Bibliotheksdirection um Flüssigmachung von 1782 fl. 50 kr. für 1550 Exemplare des Wiener Communal-Kalenders 1895 und beantragt:

1. auch pro 1895 und 1896 je 1550 Exemplare des Wiener Communal-Kalenders zum Preise von 1 fl. 15 kr. per Exemplar anzukaufen;

2. zur Ausgabe-Kubrik IV 12 pro 1894 den erforderlichen Zuschußcredit von 482 fl. 50 kr. zu bewilligen. (Angenommen.)

(9531.) **St.-R. Stiahy** referiert über das Ansuchen des Josef Kaiser um Genehmigung der Herstellung einer Beschlagbrücke auf dem von der Gemeinde gepachteten Grunde Einl.-Z. 94, V., Mauthausgasse, und beantragt die Zustimmung im Sinne des Magistrats-Antrages. (Angenommen.)

(9719.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Marie Wudy um Bewilligung zur Untertheilung der Realität Grundb.-Einl.-Z. 6 des XVI. Bezirkes, Neulerchenfeld, Dr.-Nr. 17 Friedmannsgasse und Dr.-Nr. 18 Gaullachergasse, und beantragt die Genehmigung unter den vom Magistrat erwähnten Bedingungen. (Angenommen.)

(9720.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz Neumann um Abtheilung der Realität Einl.-Z. 357, VIII. Bezirk, Lange-gasse 12 und Trautsohn-gasse 10, und beantragt die Genehmigung nach dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(9652.) **Derselbe** referiert über das Tauschoffert des E. Kost bezüglich der Cat.-Parc. 1018, V. Bezirk, zur Durchführung der Aliebergasse und beantragt:

Der Magistrat wird aufgefordert, mit Karl Kost über die Höhe der Entschädigung für den mit den Buchstaben h r s o u m h umschriebenen (gelb schraffierten) Linienwallgrund zu verhandeln, wobei die Entschädigungssumme keinesfalls unter die vom Baunamte vorgenommene Bewertung fallen darf.

Gleichzeitig wird der Magistrat beauftragt, dem Stadtrathe die genauen Ausmaße der gegenseitigen Tauschstücke bekanntzugeben und einen Plan größeren Maßstabes vorzulegen, in welchem diese Ausmaße in jede Figur einzuschreiben sind. (Angenommen.)

(9718.) **Derselbe** referiert über den Statthaltereie-Erlaß vom 27. November d. J., Z. 91076, betreffend die nachträgliche Bau-

bewilligung für ein Gewächshaus in den Gartenanlagen der k. k. Militär-Schwimmanstalt im II. Bezirke und beantragt, es sei an die k. k. n.-ö. Statthalterei zu berichten: Gegen die Befassung des fraglichen Objectes wird nur unter der Bedingung keine Einwendung erhoben, wenn sich das k. k. Militärärar verpflichtet, die Demolierung desselben ohne Anspruch auf Entschädigung vorzunehmen, sobald der von der genannten Baulichkeit eingenommene Grund für Zwecke der Donauuferbahn benötigt wird. (Angenommen.)

(8365.) **St.-R. Schlechter** referiert über die Vermehrung des Personales des Wasserbezugsrevisorates und beantragt, die wegen Vermehrung dieses Personales um neun Stellen vom Magistrate gestellten Anträge zu genehmigen.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, daß vorläufig neun Personen mit einem Taggelde von 2 fl. aufgenommen werden und daß die definitive Regelung dieser Angelegenheit verschoben werde, bis die Einleitung des Wassers in den Vororten vollendet sein wird.

Der Vorstehende Vice-Bürgermeister **Mazengauer** regt eine Trennung der dem genannten Personale zukommenden Obliegenheiten in der Weise an, daß das einfache Ablezen der Wassermeßer durch Diener, dagegen die Buchführung und die Verfassung der erforderlichen Berichte durch Beamte zu besorgen sei.

St.-R. Dr. Nechansky beantragt die Vertagung des Referates behufs Einvernahme des Amtsvorstandes über den von den einzelnen Beamten zu versiehenden Dienst.

Vertagungs-Antrag **Dr. Nechansky** angenommen.

(9710.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Gewerbeschul-Commission Wien, betreffend die Verlegung der Unterrichtsstunden im Lehrlingsturnen im XVI. Bezirke, Payergasse 18, auf Montag abends, die Ausdehnung des Lehrlingsturnens im XVI. Bezirke, Grundsteingasse 65, auf das ganze Schuljahr, und die Verlegung der Unterrichtsstunden auf den Donnerstag von 7 bis ½9 Uhr abends, und beantragt die Bewilligung. (Angenommen.)

(9744.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Gewerbeschul-Commission um Verlegung der Unterrichtsstunden im Lehrlingsturnen an dem städtischen Turnplatz II. Bezirk, Staudingerergasse 6, auf Samstag abends und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(9670.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Gewerbeschul-Commission um Verlegung des Lehrlingsturnens von der Schule VII. Bezirk, Burggasse 18, in die Schule VIII. Bezirk, Josefstädterstraße 93, und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(9701.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des August **Herbster** um Bewilligung zur Tieferlegung des Brunnens im Hause Nr. 4 Morizstraße in Böslau zunächst der Hochquellenwasserleitung und beantragt die Genehmigung der von den Abgeordneten der Gemeinde Wien bei der Localcommission erklärten Zustimmung.

(Abgelehnt.)

(9765.) **Derselbe** referiert über Protokolle von Bezirksausschusssitzungen in den Bezirken I, IV, VI, XI, XIII, XIV, XVI bis XIX aus den Monaten September, October und November und beantragt die Kenntnisaahme. (Angenommen.)

(9597 und 9598.) **St.-R. Mattthes** referiert über das Kaufanbot des k. k. Ministeriums des Innern auf mehrere Bürgerhospitalfondsparcellen in Simmering für Kasernbauten und über das Ansuchen der Marie **Sailer** um käufliche Überlassung der Bürgerhospitalfondsparcellen 801 und 802 in Simmering und beantragt, bezüglich der vom Magistrate namhaft gemachten Gründe und unter den vom Magistrate vorgeschlagenen Bedingungen mit dem Ministerium in Verhandlung zu treten, die Erledigung des Ansuchens der Marie

Sailer dagegen bis nach Beendigung der Verhandlung mit dem Ministerium zu vertagen.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, auch bezüglich der Bürgerhospitalfondsparcellen 377 und 378, Catastralgemeinde Simmering, deren Verkauf vom Magistrate wegen der in Aussicht genommenen Errichtung eines Freibades nicht beantragt wird, mit dem Ministerium in Verhandlung zu treten und demselben ein Verkaufsangebot zu stellen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, es sei dem Ministerium bekanntzugeben, daß, nachdem das seinerzeitige Anerbieten der Gemeinde Wien auf Tausch von der Gemeinde gehörigen Grundstücken in Simmering gegen solche des Militärärars von Seite der k. u. k. Abtheilung für Transactions-Angelegenheiten rundweg abgelehnt wurde, die Gemeinde Wien sich nicht mehr veranlaßt findet, auf irgendwelche Angebote, beziehungsweise Verhandlungen einzugehen.

St.-R. Dr. Vogler stellt folgende Anträge:

a) der Herr Bürgermeister werde ersucht, sich mit dem Ministerium ins Einvernehmen zu setzen, um eine Information darüber zu erhalten, was eigentlich von Seite des Militärärars geplant ist;

b) als eventuellen Zusatz zum Antrage **Dr. Lederer**: Es sei das Ministerium von der geplanten Errichtung eines Freibades auf den Parzellen 377 und 378 in Kenntnis zu setzen und zu ersuchen, binnen einer näher zu bestimmenden Frist auf das Verkaufsangebot der Gemeinde zu antworten.

St.-R. Dr. Lederer conformiert sich dem Antrage **Dr. Vogler** a.

Hierauf wird der letztere Antrag in folgender Fassung zum Beschlusse erhoben: Der Act wird dem Herrn Bürgermeister mit dem Ersuchen abgetreten, sich mit dem k. k. Ministerium des Innern in das Einvernehmen zu setzen, um zunächst jene Informationen zu erhalten, die einer Beschlusfassung der Gemeinde vorausgehen müssen. (Schluß der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

(Grundabtheilungen.) Der Wiener Stadtrath hat zufolge Beschlusses vom 6. December 1894, Z. 9369 (M.-Z. 190030), den Magistrat beauftragt, in Zukunft bei Erledigung von Abtheilungsgesuchen ausdrücklich anzuführen, ob die betreffende Abtheilung als eine Unterabtheilung oder Parcellierung zu betrachten ist.

Weiters ist in diesen Erledigungen unter ausdrücklicher Citirung der Gesetzesstelle (§ 10 Wr. B.-O.) — jedoch nicht als Bedingung — noch beizufügen, daß der zur Straßeneröffnung oder Verbreiterung erforderliche Grund unentgeltlich abzutreten ist.

* * *

(Nebveredlungs-Curse.) An der k. k. önologischen und pomologischen Lehranstalt in Klosterneuburg finden im Monate Jänner 1895 vier eintägige Nebveredlungs-Curse statt, und zwar am 15., 18., 22. und 25. Jänner.

Jedermann, der sich für Weinbau interessiert, kann unentgeltlich an einem oder zwei dieser Curse theilnehmen.

An jedem der angegebenen Tage hält der k. k. Weinbau-Instructor Herr **Franz Kurmann** von 9 bis 10 Uhr vormittags einen Vortrag über Nebveredlung, die übrige Zeit des Tages wird der Übung im Veredeln gewidmet.

Den Theilnehmern an den Curfen wird die Frequenz bestätigt.

Schul-Angelegenheiten.

Gewerbeschul-Commission in Wien.

(Sitzung vom 13. December 1894.)

Der Obmann bringt zur Kenntnis, dass der Wiener Volksbildungsverein seine Vorlesungen für die Schüler der gewerblichen Fortbildungsschulen wieder aufgenommen habe, welche Mittheilung unter besonderer Anerkennung der gebotenen Leistungen und deren Einwirkung auf die zahlreiche Zuhörerschaft zur erfreulichen Kenntnis genommen wird.

Die Commission nimmt zur Kenntnis, dass der k. k. n.-ö. Landes Schulrath zur Errichtung einer fachlichen Fortbildungsschule der Genossenschaft der Fleischnhauer seine Zustimmung erteilt habe.

Der Umstand, dass mit Ende des Jahres 1894 die dreijährige Funktionsdauer der gegenwärtigen Gewerbeschul-Commission Wien abläuft, veranlaßt den Vorsitzenden in einem Rückblicke auf die Geschäftsgebarung in dieser Zeit hervorzuheben, dass die ablaufende Wahlperiode sich durch die Einbeziehung der Gewerbeschulen der ehemaligen Vororte in den Rayon der Gewerbeschul-Commission Wien zu einer besonders ereignisreichen gestaltet habe. Er constatirt zunächst den hiedurch hervorgerufenen Zuwachs der Schulen von 77 auf 135, die Errichtung 18 neuer Schulen und das Steigen der Schülerzahl von 17.551 auf 28.129, wodurch sich die Zahl der Agenden der Commission auf nahezu das Doppelte gehoben habe. — Erfreulicherweise laufe nebenher eine namhafte Besserung des Schulbesuches, so dass die Zahl der Säumnisstrafen in einer Weise sinke, welche der Hoffnung Raum gebe, diese unliebamen Zwangsmittel nahezu entbehren zu können. Redner gedenkt der außergewöhnlichen Verdienste der Wiener Turnvereine, welche in opferwilligster Weise entgeltlos den Unterricht an den Lehrlingsturnkursen unter lebhafter Betheiligung der Schülerschaft mit bestem Erfolge und unter den mannigfaltigsten Schwierigkeiten erteilen. — Er weist weiters auf die Würdigung des heimatischen Gewerbeschulwesens im Auslande hin, welche sich durch wiederholte Entsendung fremdländischer Vertreter zum Studium unserer Schuleinrichtungen und die Einführung derselben an den ausländischen Schulen bekunde und betont die wesentliche Förderung der Wiener Gewerbeschulen durch Se. kais. Hoheit den Herrn Erzherzog Karl Ludwig, der in häufiger Inspicierung einzelner Gewerbeschulen und regster Antheilnahme an allen dieselben betreffenden Vorcommissionen sein lebhaftes Interesse für die Sache der Gewerbetreibenden huldvollst bethätige.

Weiters wird dem ausscheidenden Obmann-Stellvertreter der Commission Herrn Georg Mitt. v. Zimmermann für sein mehr als zwanzigjähriges aufopferndes und erfolgreiches Wirken an den Gewerbeschulen des ehemaligen Bezirkes Hernals und im Schoße der Gewerbeschul-Commission in Wien mit Acclamation der Dank der letzteren votiert.

Schließlich vereinigen sich sämtliche Commissions-Mitglieder zu einer einmüthigen, warmen Dankagung an den Obmann für seine Leitung der Commission und ihrer Geschäftsführung.

Approvisionierung.

Vorstenviehmarkt vom 18. und 20. December 1894.

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	4110 Stück
Fettschweine	8030 „
Summa .	12140 Stück

Angekauft wurden:

für Wien	9559 Stück
für das Land	1577 „
unverkauft blieben	1004 „

2. Preisbewegung:

Jungschweine . von 33 bis 40 (—) fr.	} per Kg. Lebendgewicht.
Fettschweine . . „ 36 „ 39 (—) „	

Der Geschäftsverkehr war an beiden Markttagen flau und ist ein Preisrückgang von 1 fr. per Kilo in beiden Gattungen eingetreten.

* * *

Pferdemarkt vom 18. December 1894.

Zum Verlaufe wurden gebracht: 476 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde	75—320 fl. per Stück.
„ „ Schlachtpferde	15—60 „ „ „

Der Markt war lebhaft.

* * *

Stechviehmarkt vom 20. December 1894.

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 3550, Kälber lebend 48, Lämmer Waidner 979, Lämmer lebend —, Schafe Waidner 372, Schafe lebend 5116, Schweine Waidner 2130.
--

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner	per Kg. von 40 (—) bis 62 (64) fr.
Kälber lebend	„ „ 40 (—) „ 50 (—) „
Schweine Waidner	„ „ 38 (—) „ 54 (—) „
Schweine lebend junge	„ „ — „ — „
Schweine lebend fette	„ „ — „ — „
Lämmer Waidner	„ Paar von 4 bis 11 fl.
Lämmer lebend	„ „ — „ — „
Schafe Waidner	„ Kg. von 24 (—) bis 40 (—) fr.
Schafe lebend	„ „ 28 „ 30 „
Schafe lebend	„ Paar von 9 bis 25 1/2 fl.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 581 Stück Kälber mehr zugeführt. Infolge des erhöhten Bedarfes für die Weihnachtswoche sind bei sehr lebhaftem Verkehre die Preise um 2 bis 6 fr. per Kilo gestiegen.

Auf dem Schafmarkte wurden um 131 Stück Schafe weniger aufgetrieben. Die Kauflust war infolge günstiger Exportverhältnisse lebhaft, und sind die Preise der Exportware um 2 fl. per Paar gestiegen, während Brachschafe unverändert tendierten.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 20. December 1894 369 Stück Mast- und 440 Stück Beinvieh aufgetrieben und zu unveränderten Montagspreisen bei flauem Verkehre gehandelt.

Approvisionnement-Angelegenheiten.

Bericht des Marktamtes

über die im Monate November 1894 zum Consume nach Wien eingeführten Thiere und Fleischwaren, die vorgenommenen Schlachtungen und die in Ausübung der Markt-, Sanitäts- und Veterinärpolizei von den Beamten des Marktcommissariates und der Veterinärabtheilung vorgenommenen Confectionen nachstehender Artikel:

Geschlachtet wurden:

21.960 Rinder, 39.094 Schweine, 2044 Pferde, 1386 Kälber und 3214 Schafe und Lämmer.

Eingeführt wurden:

24.072 Rinder, 17.152 ausgeweidete und 509 lebende Kälber, 5565 ausgeweidete und 22.489 lebende Schafe und Lämmer, 10.984 ausgeweidete und 39.595 lebende Schweine, endlich 996.860 kg Rindfleisch, 34.033 kg Kalbfleisch, 94.230 kg Schafffleisch und 315.638 kg Schweinefleisch.

Confisciert wurden:

Nach Stücken: 35 Rinder, 176 Kälber, 17 Schafe, 4 Lämmer, 324 Schweine, 3 Ziegen, 1 Pferd, 12 Rothwild, 236 Hasen, 116 Federwild, 399 Hausgeflügel, 20 Tauben, 4427 Lungen, 1 Leber, 16 Milze, 2 Nieren, 11 Herzen, 3 Zungen, 1 Niere, 1 Euter, 2 Gehirne, 9 Gedärme, 680 Föten, 4 Ganslebern, 18 Würste, 350 Krebse, 30 Häringe, 10 geräucherte und marinierte Fische, 85 frische Fische, 54 Miesmuscheln, 65 Kaparossoli (genießbare Muschelart), 1960 Eier, 48 Käse, 195 Citronen und Orangen, 50 Gewürzgurken, 6 Zuckerwaren, 14 Medicinalkräuter, 42 Liqueurfläschchen für Kinder, 2215 Feuerwerkskörper, 4 Salzfägen, 3 Butterdrähte, 1 Mehlsieb, 1 Schmalzstecher aus Messing, 49 Wagen, Maße und Gewichte, 11 Sprudler, 2 Kupfergeschirre, 6 diverse Geschäftsutensilien, 2 Vogelfanghäuschen.

Nach Kilogramm: 3978.75 Rindfleisch, 5958.5 Kalbfleisch, 246 Schafffleisch, 206 Lammfleisch, 1032.8 frisches, 72.6 geräuchertes Schweinefleisch, 13 Pferdfleisch, 256.1 Fleisch von diverserem Wild, 963.9 Lungen und Lebern, 14 Milze, 4 Nieren, 107 diverse Organtheile, 185.8 diverses Fleisch, 217.15 Würste, 75 Häringe, 7 geräucherte und marinierte Fische, 424.75 frische Fische, 10.25 Topfen, 1.25 Käse, 21.47 Butter, 0.9 Schweine-schmalz, 690 Fettwaren überhaupt, 3 Mehl, 52171.2 diverses Obst, 8 Nüsse, 2987 Grünwaren, 101 Paradiesäpfel, 12 Gurken, 3.5 Gewürzgurken, 34.5 Sauerkraut, 760.5 Kartoffel, 109.25 Schwämme, 28.2 gebörte Zwetschen und Birnen, 11.25 Hülsenfrüchte, 3 Mohn, 3.45 Gewürze, 0.25 Kompen (wurmige Muscatnüsse), 25.5 Pflaumenmus, 3.5 Brot, 2 Bäckereien, 4.25 Zuckerwaren, 109.5 Preßhefe, 1.25 diverser Thee, 5.25 Medicinalkräuter.

Nach Litern: 302 Milch, 1 Rahm, 61.5 Bier, 2 Wein, 1/2 Essig, 1 Rum-Essenz.

* * *

Gestattung der Einfuhr von Schweinen aus dem Comitate und der Stadt Raab in Ungarn nach Niederösterreich.

Die n.-ö. Statthalterei hat unterm 14. December 1894, Z. 98613, Nachstehendes kundgemacht:

Nachdem seit länger als vier Wochen kein einziger Fall von Maul- und Klauenseuche bei den aus der Stadt Raab (Ghör) nach Wien zugeführten Schweinen constatirt worden ist und

seither amtlichen Mittheilungen zufolge die genannte Seuche weder in der Stadt, noch im Comitate Raab nachgewiesen wurde, so findet die k. k. Statthalterei die Kundmachung vom 15. November d. J., Z. 90741, mit welcher die Einfuhr von Schweinen aus dem Comitate und der Stadt Raab in Ungarn nach Niederösterreich verboten worden ist, sowie die bezüglichlichen Nachtragsverordnungen und insbesondere auch die letzte diesfällige hierortige Kundmachung vom 6. December d. J., Z. 96512, hinsichtlich der bedingungsweisen Zufuhr von Schweinen aus der Stadt Raab auf den Wiener Vorstenviehmarkt mit dem Beifügen zu beheben, daß vom 16. December d. J. an Schweine aus dem Comitate und der Stadt Raab (Ghör) in Ungarn unter Beobachtung der vorgeschriebenen veterinärpolizeilichen Maßregeln und der Bestimmungen über den Viehverkehr wieder nach Niederösterreich zugeführt werden können.

Gewerbe-Angelegenheiten.

(Gestattung der Sonntagsarbeit am 23. December 1894.)

In Ergänzung der Ministerial-Verordnung vom 7. d. M. (vergl. Amtsblatt Nr. 101, Seite 2655) wurde mit Verordnung des Handelsministeriums im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und dem Minister für Cultus und Unterricht vom 19. December 1894 Folgendes angeordnet:

Die Sonntagsarbeit am 23. December 1894 (N.-G.-Bl. Nr. 231) wird für den vom Handlungsgewerbe betriebenen Detailverkauf, sowie für den vom Productionsgewerbe ausgeübten Warenvertrieb bezüglich jener Gewerbeunternehmungen, welche von der Gestattung in den Stunden von 12 Uhr mittags bis 3 Uhr nachmittags keinen Gebrauch machen, an Stelle dieser Stunden in der Zeit von 3 bis 6 Uhr nachmittags gestattet.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingeklammerten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 17. bis 20. December 1894:

Für Neubauten:

- III. Bezirk: Haus, Erdbergstraße 95, von Johann Mayer, XVII., Karlsplatz 26, Bauführer J. Nos (9047).
- XIII. Bezirk: Wohn- und Stallgebäude, Penzing, Schmiedgasse, von Caspar Finko, Bauführer Karl Zeller, Maurermeister (35300).
- XVI. Bezirk: Dreistöckiges Haus, Neulerchenfeld, Koppstraße 3, von Matth. Aichmann, Bauführer Fried. Sonnenburg (56542).

Für Zubauten:

- II. Bezirk: Fabrikzubau, Dresdnerstraße 107, von Brüdern Scherb, Bauführer Ludekeder & Misserowski (9055).
- XIII. Bezirk: Zubau, Ober-St. Veit, Auhofstraße 169, von Ferdinand Bauer, Bauführer F. Trilliam, Baumeister (35428).

Für Adaptierungen:

- II. Bezirk: Obere Augartenstraße 22, von R. Ritschales, Bauführer E. Lang (9091).
- V. Bezirk: Wienstraße 89 b, von Karl Schönbieler, Bauführer Anton Sikora (9078).
- XV. Bezirk: Fünfhäus, Victoriagasse 14, von Karl Würffel, Hausbesitzer, ebenda, Bauführer ? (29369).
- " " Fünfhäus, Henriettenplatz 1, von Ignaz Fraßl, Maurermeister, ebenda, Bauführer derselbe (29462).

- XVI. Bezirk: Ottakring, Gablenzgasse 19 und 20, von Peter Pazelt, XVI., Hahnerstraße 44, Bauführer Matth. Millit (56443).
 " " Ottakring, Abtelegasse 14, von Wilhelm und Franz Kaluscha, Bauführer Thomas Mann (56624).
 " " Ottakring, Wilhelminenstraße 51, von Schwester Schieder, ebenda, Bauführer Laurenz Prigl (56806).
 " " Ottakring, Pienfeldergasse 35, von Franz Zeiner, ebenda, Bauführer Franz Haslinger (56861).
 XIX. Bezirk: Unter-Döbling, Rufsvaldgasse 30, von Josef und Francisca Neuron, ebenda, Bauführer C. Ziegelwanger (22653).

Für diverse (geringere) Bauten:

- I. Bezirk: Geschäftsportal, Richtensteg 27, von B. Hardtmuth, Bauführer derselbe (9090).
 III. Bezirk: Glühofen, Hauptstraße 109, von Karl Jahn, Schlossermeister, Bauführer derselbe (9095).
 VI. Bezirk: Magazin, Kellergasse 6, von Louis Braun, Bauführer ? (9044).
 " " Erweiterungsbauten, Raunkigasse 4, von der Wiener Electricitäts-Gesellschaft, Bauführer A. Krones (9046).
 " " Luftheisanlagen, Mariabillerstraße 61, von R. v. Neumann, Bauführer derselbe (9058).

Stoßwerk-Auffsetzungen:

- XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Brunnengasse 40, von Karoline Berger, ebenda, Bauführer Karl Stiegler (55708).

Gefuche um Parcellierung wurden überreicht:

- II. Bezirk: Klosterneuburgerstraße, Grundb.-Einkl. 4338, von Siegmund Pich, IX., Waisenhausgasse 17 (9081).
 XIII. Bezirk: Penzing, Grundb.-Einkl. 526, von Rosa Wirth und Louise Seherl, durch Dr. Ignaz Pollat (9071).

Gefuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

- VI. Bezirk: Stumpergasse 28, von Karl Langer, Baumeister, nomine Barbara Zöhl (9088).
 XIII. Bezirk: Einkl.-Z. 550, Parc. 606/22, Penzing, Poststraße 104, Conscr.-Nr. 276, von Michael Hofinger (35219).
 XVI. Bezirk: Realität, dreiflüßiges Haus, Neulerchenfeld, Koppstraße 3, von Matth. Aichmann, ebenda (56541).
 " " Ottakring, Hauslabgasse, Einkl.-Z. 2570, von Friedr. Grüll, Kirchstettergasse 6 (56805).
 XVIII. Bezirk: Haus, Bögleinsdorf, Ecke der Badgasse und einer erst zu eröffnenden Gasse, von Gottlieb Bettelheim, IX., Kollingasse 5 (38321).

Gewerbeanmeldungen vom 14. December 1894.

(Fortsetzung.)

- Mühlbauer Johanna — Gastwirtin — XIII., Penzing, Anschlagg. 40.
 Nibel Franz — Gastwirt — XIII., Penzing, Speifingerstraße 51.
 Numbelmaier Franz — Gastwirt — XVII., Hernals, Hauptstraße 97.
 Wieland Michael — Gastwirt — XVI., Ottakring, Schulgasse 3.
 Zugbrattl Franz — Gastwirt — III., Erdbergstraße 150.
 Bork Jakob — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 14.
 Pollat Leny — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Hundsturmmerplatz 6.
 Wolkowsky Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Blumauerg. 23.
 Zelnar Wenzel — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Steingasse 8.
 Wobernik Margarethe — Lebensmittelhandel im Umherziehen — XVIII., Währing, Schutgasse 60.
 Pokorny Franz — Musiker — II., Große Stadtgutgasse 12.
 Postpischil Adolf Leonhard — Privatunterricht im Clavierspiel für Nebenfächer — V., Embelgasse 47.
 Färber Natalie — Selbwaren-Verschleiß — II., Glockengasse 18.
 Pollat Eugenie — Selbwaren-Verschleiß — II., Taborstraße 22.
 Lechner Leopold — Spirituosen-Verschleiß — V., Siebenbrunnengasse 17.
 Boittl Elisabeth — Spirituosen-Verschleiß — V., Einfiedlerplatz 1.
 Swoboda Ignaz — Tapezierer — XVI., Ottakring, Oppenplatz 8.
 Mochar Agnes — Tischlergewerbe — V., Siebenbrunnengasse 32.
 Syhora Theresie — Tischlergewerbe — IV., Schleifmühlgasse 7.
 Knauer Julius — Verschleiß von gebranntem Kaffee, Zucker und Feigenkaffee — XVIII., Währing, Anna Frauergasse 3.
 Redendorfer Josefine — Weinhandl. — V., Mahleinsdorferstraße 18.
 Wagner Anna — Weißnäherin — X., Bürgerplatz 22.
 Zeiner Marie — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — V., Mauthausg. 7.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 15. December 1894.

- Biof Ludwig — Christbaum-Verschleiß — VII., Burggasse, Ecke der Kirchengasse.
 Knochka Anton — Christbaum-Verschleiß — VII., Lindengasse 29.

- Plank Theresia — Christbaum-Verschleiß — III., Augustinerplatz.
 Lange Peter — Commissions-Verschleiß von holländischen und englischen Erzeugnissen — IX., Maximilianplatz 3.
 Kunze Marie — Dachdeckergerbe — XVII., Hauptstraße 106.
 Wepely Leopold — Drechsler — VII., Halbgasse 7.
 Dimisch Marie — Ertheilung von Einzelunterricht im Clavierspiel — VII., Zieglergasse 23.
 Adel Siegfried — Fleischschleifer — IX., Nechtensteinstraße 31.
 Rodrba Marie — Fragnerin — IX., Fuchsthalergasse 12.
 Niernberger Michael — Gast- und Schankgerbe — XVIII., Währing, Weinhausstraße 81.
 Payer Karl — Gast- und Schankgerbe — XVIII., Währinger-Gürtel 4.
 Schneider Adolf — Gastwirt — XVI., Brunnengasse 49.
 Böhm Alfred — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Simmeringerstraße 151.
 Fraßl Ernst — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Salvarienberggasse 15.
 Oberbauer Wilhelm — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Westbahnstraße 10.
 Raps Josef — Kaffeesieder — XVI., Lerchenfeldergürtel 8.
 Degenhart Hermine — Kaffeeschank — VII., Kaiserstraße 53.
 Feigl Anton — Kaffeeschank — VII., Siebenbrunnengasse 5.
 Dworsky Marie — Kammacher — V., Grünigasse 32.
 Appel Johann — Manufacturwaren-Erzeugung — XIII., Einwaggasse 43.
 Griffa Karl — Mercantil-Druckorten-Verschleiß — VII., Burggasse 79.
 Kovacevits Ludwig — Pfadler — IX., Müllnergasse 16.
 Pokeder Antonie — Pferdefleisch-Ausstoherin — XVII., Hernals, Grillparzerstraße 3.
 Wögeger Alois — Pferdefleisch- und Selbwaren-Verschleiß — VII., Neustiftgasse 14.
 Seidel Elise — Privatlehranstalt für Maßnahmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — I., Weißburggasse 14.
 Babion Anton — Sammeln von Pränumeranten — XI., Simmering, Geiselbergstraße 450.
 Gerstl Max — Schuhmacher — VI., Kasernengasse 22.
 Kalina Josef — Selbwaren-Verschleiß — VII., Andreasgasse 9.
 Malkowsky Anton — Verschleiß von Toiletteartikeln und Parfümeriewaren — I., Schottengasse 6.
 Paier Katharina — Verschleiß von Tuchersten — V., Rampersdorfgasse 27.
 Butschek Karl — Zuckerbäcker — X., Simmeringerstraße 134.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 17. December 1894.

- Kuhn Wenzel — Cantineur — II., Brigittenau, Schlenkenbau.
 Holler Karl — Christbaum-Verschleiß — VI., Gumpendorferstraße 144.
 Niederreither Olga — Fleisch-Verschleiß — V., Wimmergasse 7.
 Schneider Franz — Fleisch-Verschleiß — II., Engerthstraße 198.
 Hüller Franz Josef — Gas- und Wasserleitungs-Installation — XV., Fünfhäus. R. Linzagasse 5.
 Wölfl Franz — Gast- und Schankgerbe — XIX., Heiligenstadt, Rahlensbergerstraße 10.
 Kaufner Pauline — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Hauptstraße 20.
 Sapl Leopold — Geschäftsbeforgung gegen Provision — II., Negerleg. 8.
 Tausky Alois, Tausky Friedrich — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Zutterhandel“ — II., Praterstraße 15.
 Herre Josefine — Holz- und Kohlen-Verschleiß — IV., Waaggasse 10.
 Zeif Barbara — Milch-Verschleiß — XV., Fünfhäus, Blüthengasse 9.
 Hieronimowska Marie — Siegelmarke- und Papierfächer-Erzeugung — VI., Barnabittengasse 8.
 Smetana Elisabeth — Tischlergewerbe — V., Kohlengasse 45.
 Hirsch Thomas — Verschleiß von frischen und getrockneten Blumen, Kränzen und Christbäumen — XIV., Rudolfsheim, Schweglerstraße, Ecke der Felberstraße.
 Königer Katharina — Verschleiß von frischen und getrockneten Blumen, Kränzen und Christbäumen — XIV., Rudolfsheim, Am Sechshausjergürtel.
 Loy Charlotte — Victualien-Verschleiß — XII., Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 131.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 18. December 1894.

- Schmirmacher Josef — Brantweinshandl. — XIV., Rudolfsheim, Fächer-gasse 29.
 Böck Franz — Deichgräber — V., Wienstraße 20.
 Böck Ludwig — Deichgräber — V., Wienstraße 20.
 Mahnetter Karoline — Eislaufplatz — V., Johannagasse 1.
 Ziefer Ludwig — Fisch-Verschleiß — III., Barichgasse 23.
 Friedl Elisabeth — Fleischschleifergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse 36.
 Döhr Rudolf — Gastwirt — XIV., Rudolfsheim, Meindorfstraße 37.
 Schubert Franz — Gastwirt — XIV., Rudolfsheim, Hauptstraße 79.
 Goll Johann — Holz- und Kohlen-Verschleiß — X., Mührgasse 24.
 Weiß Clementine — Insectenpulver-Erzeugung und Verschleiß desselben — III., Bedardgasse 26.

Böhm Rudolf — Kaffeehant — XIV., Rudolfsheim, Hugelgasse 20.
 Robn Siegmund — Kaffeehant — XIV., Rudolfsheim, Hauptstr. 27.
 Stoupa Gottlieb — Kaffeehant — XIV., Rudolfsheim, Fischergasse 18.
 Lövy Camilla — Kleidermacherin — I., Eßlinggasse 18.
 Dangl Anna — Kleinfuhrwerk — XIV., Rudolfsheim, Pouthong. 27.
 Schweiger Leopoldine — Milch- und Gebäck-Verkehr — X., Waldg. 8.
 Salwin Marie — Tischlergewerbe — XVI., Ottakring, Wenzelgasse 18.
 Sobotka Anton — Tischler — XIV., Rudolfsheim, Wienflusgasse 4.
 Sári Matthias — Wein-Verkehr — I., Riemerstraße 7.
 Daumann Franz — Würstel- und Brot-Verkehr im Umherziehen — XVI., Neulerchenfeld, Lerchenfeldbergstraße 26.
 Kunst Anna — Zeitungs-Verkehr — XVI., Ottakring, Oboakerg. 22.
 Edel Josef — Zurichtung von Weichselholz und Handel damit — XV., Zellgasse 12/16.

* * *

Gewerbebeanmeldungen vom 19. December 1894.

Hauenschild Rudolf, Dr. — Hof- und Gerichtsadvocat — I., Graben 29.
 Ott Alois, Edler v., Dr. — Hof- und Gerichtsadvocat — I., Bauernmarkt 3.
 Schedy Ignaz, Dr. — Hof- und Gerichtsadvocat — I., Schottenring 33.
 Walek Rudolf — Bäcker — X., Raaberbahngasse 4.
 Bloch Albert — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
 Ohes Otto — Brantweinshantgewerbe — XVIII., Währing, Genggasse 113.
 Mahr Johanna — Handel mit Christbäumen — Ecke der Burggasse und des Lerchenfeldberggürtels.
 Wagner Alois — Handel mit Christbäumen — XVI., Lerchenfeldberggürtel, vor dem Hause Nr. 45.
 Grab Alois — Fischhandel — I., Fischmarkt.
 Späth Josef — Friseur undiseur — VIII., Josefsbaderstraße 54.
 Plamingen Wenzel — Gastwirtsgeerbe — XIV., Rudolfsheim, Braunschweigergasse 45.
 Schön Katharina — Gasthausbetrieb — XVI., Lerchenfeldberggürtel 23.
 Stadtmann Johann Adam — Gast- und Schankgeerbe — XVIII., Währing, Martinsstraße 97.
 Brun Rosine — Gemischtwaren-Verkehr — V., Embelgasse 47.
 Deutsch Friederike — Gemischtwaren-Verkehr — XVI., Kirchstettengasse 69.
 Robn Salomon — Gemischtwaren-Verkehr — XVII., Hernals, Ottakringerstraße 94.
 Sonnik Katharina — Gemischtwaren-Verkehr — XVII., Hernals, Radnargasse 51.
 Stiegler Jaroslav — Gemischtwaren-Verkehr — XVII., Hernals, Lobenhauerngasse 29.
 Sotowa Hermine — Gemischtwaren-Verkehr — XII., Meidling, Storchengasse 14.
 (Das Weitere folgt.)

Inhalt:

	Seite
Gemeinderath:	
Sitzung des Gemeinderathes	2661
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 18. December 1894.	
Inhalt:	
Mittheilungen des Vorsitzenden:	
1. Entschuldigend des Vice-Bürgermeisters Dr. Richter und der Gem.-Räthe Lechner und Adam wegen Fernbleibens	2661
2. Verlaubend des Gem.-Rathes Müllner	2661
3. Spende des Nikolaus Dumba	2661
4. Spende der Imperial-Continental-Gas-Association	2661
5. Spende des Leopold Gasser	2661
6. Spende des Friedrich Gueß	2661
7. Spende der k. k. geologischen Reichsanstalt	2661
Anträge:	
8. Gem.-Rath Winter, betreffend die Legung von geräuschlosem Pflaster vor den Schulen in der Zink- und Hackengasse im XV. Bezirke	2661
9. Derselbe, betreffend die Errichtung einer Tramway-Haltestelle in der Kaiserstraße nächst der Seidengasse	2661
10. Gem.-Rath Marek, betreffend die Pflasterung der Friedmannsgasse im XVI. Bezirke	2662
11. Gem.-Rath Jedlicka, betreffend das Zusammenfallen der Zinsquartale mit den Erwerbssteuersemestern	2662
Referate:	
12. Gem.-Rath Josef Müller, betreffend die Baulinienbestimmung für die Langacker- und Sandgasse (ehem. Rusdorferstraße und Johannesgasse) in Grünzing	2662

	Seite
13. Gem.-Rath v. Götz, betreffend die Baulinienbestimmung für die Rosenthalgasse in Hütteldorf	2663
14. Derselbe, betreffend die Herstellung eines Klinkertrottoirs vor der Kirche und dem Pfarrhofe in der Fingerrstraße (Hütteldorf) im XIII. Bezirke	2663
15. Gem.-Rath Schneiderhan, betreffend die Errichtung eines Schöpfwerkes an der Pressburger Reichstraße, XI. Bezirk	2663
16. Gem.-Rath Dr. Lederer, betreffend die Einlegung einer gemeinderäthlichen Gartenüberwachungs-Commission	2663
17. Gem.-Rath Mitt. v. Neumann, betreffend die Verlegung der Trasse der Gürtelstraße in der Straße Donaucanal-Arsenal	2665
18. Gem.-Rath Dr. v. Billing, betreffend die Subventionierung des communalen Kindergartens im XI. Bezirke	2667
19. Derselbe, betreffend die Bewilligung von Beiträgen für die Vorseher des V. und VII. Bezirkes behufs Bekleidung armer Schulfinder zur Winterzeit	2667
20. Gem.-Rath Dr. Kogberg, betreffend die Aufnahme von sechs thierärztlichen Praktikanten	2668
21. Derselbe, betreffend die Subventionierung des St. Annen-Kinderpitals für den Bau des Scharlachpavillons	2669
22. Gem.-Rath Wiggelsberger, betreffend die Bewilligung einer Zulage für die den Feuerwehrdienst in den Theatern versehenen Feuerwehrmänner	2669
23. Gem.-Rath Dr. Huber, betreffend die Subventionierung des Kirchenmusikvereines „St. Florian“ im V. Bezirke	2670
24. Derselbe, betreffend die Subventionierung des Vereines zur Pflege des Jugendspiels	2670
25. Gem.-Rath Mayer, betreffend die Bewilligung eines Zuschusses credits zur Rubrik „Instandhaltung der Schullocalitäten und deren Einrichtung“	2671
26. Gem.-Rath Kreindl, betreffend die Subventionierung des Kirchenmusikvereines an der Pfarrkirche in Gersthof	2671
27. Derselbe, betreffend die Weiterverwendung von 20 Anhilfsarbeitern zur Desinfection des Central-Viehmarktes im Jahre 1895	2671
28. Derselbe, betreffend die Subventionierung des Wiener Unterstüßungsvereines für entlassene Sträflinge	2671
29. Gem.-Rath Dr. v. Billing, betreffend die Erhöhung des Monatslohnes des Todtengräbers auf dem gemeinam der Gemeinde Wien und der n.-b. Landes-Ärenanstalt gehörigen Friedhöfe der städt. Verjorgungsanstalt in Ybbs	2671
30. Derselbe, betreffend die Subventionierung der k. k. zoologisch-botanischen Gesellschaft in Wien	2672
31. Gem.-Rath Boschan, betreffend die Subventionierung des Kronprinz Rudolf-Kinderpitals im III. Bezirke	2672
32. Gem.-Rath Dr. Vogler, betreffend die Unterstüßungen der Bestrebungen der männlichen Lehrerschaft in der Frage wegen Befegung der Lehr- und Schulleiterstellen an öffentlichen Mädchen-schulen mit weiblichen Lehrkräften	2672

Stadtrath:	
Sitzungen des Stadtrathes	2680
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 6. December 1894	2680
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 7. December 1894 (vormittags)	2683
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 7. December 1894 (nachmittags)	2686
Allgemeine Nachrichten:	
Grundabtheilungen	2688
Rebveredlungs-Curse	2688
Schul-Angelegenheiten:	
Gewerbeschul-Commission in Wien	2689
Approvisionierung:	
Vorsteherviehmarkt vom 18. und 20. December 1894	2689
Pferdemarkt vom 18. December 1894	2689
Stechviehmarkt vom 20. December 1894	2689
Approvisionierungs-Angelegenheiten:	
Bericht des Marktammtes über die im Monate November 1894 zum Consume nach Wien eingeführten Thiere und Fleischwaren, die vorgenommenen Schlachtungen und die in Ausübung der Markt-, Sanitäts- und Veterinärpolizei von den Beamten des Markt-commissariates und der Veterinärabtheilung vorgenommenen Con-fiscationen	2690
Gefattung der Einfuhr von Schweinen aus dem Comitate und der Stadt Raab in Ungarn nach Niederösterreich	2690
Gewerbe-Angelegenheiten:	
Gefattung der Sonntagsarbeit am 23. December 1894	2690
Baubewegung:	
Gefuche um Baubewilligungen vom 17. bis 20. December 1894	2690
Gewerbebeanmeldungen	2691
Kundmachungen.	

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. Verantwortlicher Redacteur: Dr. Friedrich Edler v. Radler, Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. Pittener Papierfabrik. — J. B. Wallischhauser's k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maack), Wien, I., Wallischgasse 10.